



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalforum Alpenraum 2016:

Effiziente Gemeinden

„Über die Gemeindegrenzen hinaus denken“ lautete die Losung des 4. Kommunalforums Alpenraum im Traktoren Innovationszentrum des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner in Kundl, dem Initiator des Events. Rund 80 Gemeindevertreter aus Tirol und den benachbarten Regionen diskutierten bei Vorträgen und Thementischen die Fragen „Welchen Einfluss haben die internationalen Finanzmärkte auf die Gemeindefinanzen?“ „Welche Möglichkeiten bieten öffentlich-private Kooperationen im Entsorgungsbereich?“ und „Wie können die Kommunen ihre Energieeffizienz nachhaltig steigern?“

Als Mitveranstalter fungierte das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA, das mit Spezialfahrzeugen (inklusive Verwiegesystem) vor Ort vertreten war. Die IKB AG neben dem Österreichischen Gemeindebund, dem Tiroler Gemeindeverband, dem Städtischen Gemeindeverband, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Forum Land Kooperationspartner des Kommunalforums, präsentierte ihre Produkte und Dienstleistungen für die Gemeinden: vom modernen Messbus über mobile WC-Anlagen und Notwasserlösungen bis zur LED-Strassenbeleuchtung, Photovoltaik-Paneelen und einer Elektrotafel. Im Freigelände wurden neue Modelle von Elektroauto-

tos für den Einsatz im kommunalen Bereich (Sozialsprenkel, Bauhof) und für den umweltbewussten Bürgermeister gezeigt.

Informelle Zusammenarbeit

Nach der Forums-Eröffnung durch Lindner-Geschäftsführer Hermann Lindner verwies Landesrat Johannes Tratter auf das bereits erreichte beachtliche Niveau der Zusammenarbeit zwischen den Tiroler Gemeinden. Es gebe 290 bestehende Gemeindeverbände und darüber hinaus eine große Zahl in-mittlerer Formen der Zusammen-



V. l.: Matthias Zitterbart (DAKA), Landesrat Johannes Tratter, Geschäftsführer Hermann Lindner, Josef Steigenberger (Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Bezirk Oberbayern) und Ernst Schöpfl (Tiroler Gemeindeverband).

arbeit droht unsere Gemeinden nicht akut – die Frage ist viel mehr, wie viele unbezahlte Rechnungen wir unseren Kindern hinterlassen möchten“, unterstrich Alois Steimbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit AG. Die Finanzkrise ist nach seinen Worten „nicht vom Himmel gefallen“, sondern durch eine bewusste Deregulierung entstanden.

Enge Kooperation

Münsters Bürgermeister Werner Entner informierte darüber, wie seine Gemeinde die Abfall-

Entsorgungskosten über mehrere Jahre um ein Drittel senken konnte. Münster setzt dabei auf eine enge Kooperation mit dem Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA und der Einführung eines sog. Verwiegesystems, einem verursachergerechten und rechtssicheren Gebührensystem (Eichung). Danach bezahlt die Gemeinde auch bei der Deponie nach Kilogramm und nicht nach Volumen. Der Bürger wiederum bezahlt den Restmüll, den er entsorgt hat. Die Abrechnung erfolgt transparent, womit „Schwarzentleerungen“ verhindert werden. (Fortsetzung auf Seite 4)

Leitlinien des Bayernbundes e.V.:

Aktive Bürgergesellschaft für unsere Dörfer

Eine „Lebenswerte Zukunft für Bayerns Regionen“ steht im Mittelpunkt eines aktuell vorgelegten Konzepts des Bayernbundes e.V. Unter dieser Zielsetzung will der Verein unter dem Vorsitz von MdL A. D. Adolf Dingreiter dazu beitragen, den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten und als Heimat zu erhalten. In mehreren Arbeitskreisen wurden hierzu Leitlinien zu den Themenbereichen Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur, Mobilität, sowie soziale und medizinische Versorgung erarbeitet, die Staat und Gesellschaft als Anregung dienen sollen.

„Wenn wir nicht zulassen wollen, dass sich ländliche Räume in Zukunft entleeren, müssen wir jetzt entschieden gegensteuern. Hier sind in erster Linie Staat und Kommunen gefordert“, heißt es in dem Konzept. Aber die öffentliche Hand werde die anstehenden Herausforderungen nicht alleine bewältigen können. Hier müsse sich auch eine aktive Bürgergesellschaft in den Dörfern einbringen. Gerade dort habe das ehrenamtliche Engagement seine besonderen Stärken. „Eigeninitiative und Eigenverantwortung kann auch in den Dörfern Leistungen erbringen, die hauptsächlich nicht darzustellen sind. Wichtig ist dabei, dass diese Ehrenamtlichkeit Unterstützung, Wertschätzung und Anerkennung von Staat und Kommunen erhält.“

Strukturschwäche

Mit Blick auf den Themenbereich Wirtschaft wird auf die Schwierigkeiten strukturschwacher Räume hingewiesen. Diese Gemeinden benötigten mehr fi-

nanzielle Unterstützung des Staates, damit sie neue Infrastruktureinrichtungen schaffen und die bestehenden erhalten und weiter ausbauen können.

Anreize setzen

Im Einzelnen seien folgende Schritte notwendig:
 • Unterstützung bei der Ansiedlung von neuen und bei der Erweiterung von bestehenden Gewerbebetrieben, z. B. durch steuerliche Anreize.
 • Anbaugebot im LEP für Gewerbegebiete lockern und gemeindeübergreifende Gewerbegebiete fördern. Die Lockerung des Anbaugebotes darf jedoch nicht für den Einzelhandel und für Dienstleistungen gelten. Diese müssen in den Zentren und Mittelpunkten der Dörfer und Märkte angesiedelt bleiben.
 • Erweiterung der beschränkten Ausschreibung für Baumaßnahmen der öffentlichen Hand, damit mehr Aufträge im ländlichen Raum bleiben.

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Ruf nach seriöser Finanzierung

Nach Sitzungen seiner Spitzengremien in Berlin hat der Deutsche Städtetag an Bund und Länder appelliert, sich über die Finanzierung der Integration von Flüchtlingen endlich zu einigen. Ein eigenes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung war ebenso Thema der Beratungen wie ein modernes Kulturgutschutzrecht, das nationale Kulturgüter schützt und den legalen Handel stärkt.

Die Städte forderten die Länder auf, die Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge rasch und konsequent anzuwenden und in der Praxis möglichst unbürokratisch auszugestalten. Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, betonte, begrüßten die Städte, „dass der Bund drei Jahre lang die Unterkunftskosten im Hartz-IV-System für anerkannte Flüchtlinge voll zu tragen bereit ist und so – wie von uns gefordert – erhebliche zusätzliche Sozialausgaben der Kommunen vermieden werden“.

Kostenklärung

Bund und Länder müssten nun

auch nach vielen Beratungsrunden auch gemeinsam einen Weg finden, wie die erheblichen zu erwartenden Integrationskosten bewältigt werden können. Eine schnelle Einigung tut Not. Die besten Integrationskonzepte würden nur Wirklichkeit, wenn geklärt ist, wer sie bezahlt. Ihre Finanzierung dürfe nicht den Kommunen zugeschoben werden.

Integrationspolitik

Die Kommunen verfügten über zahlreiche integrationspolitische Erfahrungen, machte Lohse weiter deutlich. Integration finde vor Ort in den Kommunen statt und die Städte wollen, dass sie gelingt. Doch die große gesamtstaatliche Aufgabe finanziere sich nicht von allein und die Kosten einer unterlassenen oder gescheiterten Integration wären um ein Vielfaches höher.

Bund und Länder müssten ihre (Fortsetzung auf Seite 4)



Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 4. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern, heißt es beim 4. Bayerischen Wasserkraft-Forum am 21. Juli 2016 im Energiepark Hirschaid. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden unter anderem Ausbaumöglichkeiten und ökologische Wertehaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für kommunale Besucher und Behördenvertreter ist die Teilnahme kostenfrei. Eingeladen sind politische und kommunale Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse. www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

sammenarbeit. Quantitativ führend sei der Bildungsbereich mit 217 Schulsprenkeln sowie der Sozialbereich mit 162 Einheiten, darunter Sanitätssprengel, Sozial- und Gesundheitssprengel, Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeheime.

Hohe Erwartungshaltung

Dieses erfreuliche Ausmaß bedeute aber noch nicht das Ende der Fahnenstange, informierte Tratter. Die steigende Komplexität vieler Verwaltungsmaterien, die demografische Entwicklung, die teilweise angespannte Finanzlage sowie die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung hinsichtlich öffentlicher Dienstleistungen ließen vielmehr den Druck vor allem auf die Klein- und Kleinstgemeinden weiter steigen.

„Die internationale Verschul-



Wir sollten aus dem Brexit unsere Lehren ziehen: Volksabstimmungen über wichtige Fragen sind problembehaftet. Westbindung und Wiedervereinigung wären bei einem Plebiszit durchgefallen. Dazu bemerkte Franz Josef Strauß: „Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Munde reden.“ Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Luftreinhaltung: ÖPNV-Ausbau und mehr Radwege	Seite 2
Städtebauförderprogramm: Anstoßwirkung für Investitionen	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Der Brexit trifft auch Bayerns Wirtschaft	3
Bayerischer Ehrenamtskongress: Lebendige Kultur	3
Wohnen im Alter: Innovationspreis „Zu Hause daheim“	3
Bayerischer ORH: Wechsel im Präsidentenamt	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
Abfall · Umwelt	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Bayerisches Städtebauförderprogramm 2016:

Anstoßwirkung für weitere Investitionen

61,5 Millionen Euro Fördermittel für 294 Städte und Gemeinden

In Bayern stehen in diesem Jahr für 294 Städte und Gemeinden Fördermittel von rund 41,6 Millionen Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm zur Verfügung. Davon fließen ca. 87 % in den ländlichen Raum, wo 60 % der Bevölkerung leben. Zusammen mit den Investitionen der Kommunen ergibt sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von 61,5 Millionen Euro im Städtebauförderprogramm 2016. Damit würden die Bund-Länder und EU-Städtebauförderungsprogramme wirkungsvoll unterstützt. Dies erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Zuteilung der Fördergelder an die jeweiligen Programmkommunen.

Mit der Förderung wolle man vor allem innerörtliche Industrie- und Gewerbebrachen revitalisieren und Impulse für die städtebauliche und strukturelle Entwicklung setzen, so Herrmann. Es gehe aber auch um Maßnahmen in den Ortskernen der kleineren Städte und Gemeinden und die Bewältigung des Strukturwandels aufgrund demografischer Veränderungsprozesse im ländlichen Raum. Dabei sei die Nachnutzung innerörtlicher Leerstände sowie die barrierefreie Umgestaltung öffentlicher Räume sehr wichtig. Ein weiterer Förderschwerpunkt sei die Umwandlung militärischer Liegenschaften in den von der Bundeswehrreform 2011 betroffenen Kommunen.

Neuer Bürgertreff

Der Bauminister führte für jeden der sieben Regierungsbezirke einzelne Beispiele an. So werde im oberbayerischen Wartenberg die Sanierung und Umnutzung des ehemaligen Schulhauses unterstützt, um einen Bürgertreff und Veranstaltungsraum einzurichten. Auf den umliegenden Flächen entstehe ein Bürgerpark. In Bad Wiessee erfolge eine Neugestaltung des Lindenplatzes mit der Folge einer großzügigen Querung über die Bundesstraße in der Ortsmitte. Schwerpunkt sei in Oberbayern jedoch die „Militärkonversion“ auf Grund der Bundeswehrreform 2011 mit Standortschließungen bzw. -reduzierungen. Betroffen seien hier von den Kommunen Bockhorn, Feldafing, Fürsteneck, Garmisch-Partenkirchen, Manching, Mittenwald und Penzance

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Helmut Steininger
94405 Landau a. d. Isar
am 12.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Braun
92287 Schmidmühlen
am 10.7.

Bürgermeister Marinus Schaber
83543 Rott am Inn
am 20.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jens Machold
85283 Wolnzach
am 11.7.

Bürgermeister Burkhard Klein
97348 Rödelsee
am 13.7.

Bürgermeister Lothar Müller
95703 Plößberg
am 15.7.

Bürgermeister Klaus Löffler
96361 Steinbach a. Wald
am 16.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
86733 Alerheim
am 8.7.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Benachrichtigung der bevorstehenden runden Geburtstage.

Neuordnung und Revitalisierung der innerörtlichen Gewerbebrache „Mediengelände“ im Wege des Städtebauförderprogramms. Hingegen soll in Markt Königstein ein ungenutztes Wohngebäude zu Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge umgebaut werden.

In Schwaben sei ein Förderschwerpunkt die barrierefreie Neugestaltung der Freiflächen um das neue Bürgerzentrum und die Schaffung eines Ortsplatzes in Möttingen. Darüber hinaus erhalte die Stadt Nördlingen aus dem Sonderkontingent des Bayerischen Städtebauförderprogramms Finanzhilfen für die Reaktivierung und Entwicklung des „Döderleingeländes“. Ebenso würden die von der Bundeswehrreform betroffenen Kommunen Donauwörth, Kaufbeuren, Kempten und Sonthofen bei der Bewältigung ihrer großen Herausforderungen unterstützt.

Förderschwerpunkte

Als Förderschwerpunkte in Oberfranken sieht Herrmann die Umnutzung der ehemaligen Fabrikantenvilla des Textilwerks Soergel in Regnitzlosau sowie die Entkernung und den Umbau der „Alten Spinnerei Kulmbach“ zu einem

Jugendzentrum. Gerade in Oberfranken sei die Revitalisierung von Brachen früherer Porzellanfabriken sowie Webereien und Spinnereien von Bedeutung. Hier würden fast 60 % der vorgesehenen Landesmittel für elf ausgewählte Projekte eingesetzt. Die Konversion der ehemaligen US-Kaserne „Warner Barracks“ in Bamberg werde weiterhin mit Landesmitteln gefördert.

Revitalisierung eines alten Brauereigeländes

In Mittelfranken gehe es um die Umgestaltung der Freifläche am Jugendzentrum im Eckentaler Ortsteil Eschenau sowie die Revitalisierung des seit Jahren brachliegenden Areals der ehemaligen Brauerei „Hauß-Bräu“ in Lichtenau. Für Unterfranken erwähnte der Bauminister die barrierefreie Sanierung und Umnutzung des ortsbildprägenden Gebäudes „Marktplatz 7“ im Altort von Untermerzbach zu einer Bürgerwerkstatt mit Touristeninformation. Im Wege der Leerstandsbesetzung werde das ehemalige „Jägerhaus“ in Iphofen als Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge wieder hergerichtet. Schließlich sollen in Kleinheubach die „Alte Schule“ und das „Alte Rathaus“ gemeinsam zu einem kulturellen Zentrum für Bürger und Vereine saniert werden.

Von der Städtebauförderung gehe eine hohe Anstoßwirkung für weitere Investitionen aus. Damit leiste sie auch einen wertvollen Beitrag für den Arbeitsmarkt insbesondere in den von Abwanderung bedrohten Regionen, erklärte Herrmann abschließend. **rm**

Sicherheitswacht bringt mehr Sicherheitsgefühl

Innenminister Herrmann will Erfolgsmodell weiter vorantreiben

Die Bayerische Sicherheitswacht gibt es seit April 1994. Nach einem dreijährigen Pilotversuch wurde sie 1997 zu einer dauerhaften und erfolgreichen Einrichtung im Freistaat. Inzwischen ist die Sicherheitswacht in 128 Kommunen bayernweit aktiv. Zuletzt hat Innenminister Joachim Herrmann grünes Licht für eine zehnköpfige Einheit in der Gemeinde Ottobrunn bei München sowie für vier Sicherheitswächter in Mering bei Augsburg gegeben.

Laut Herrmann hat sich die Bayerische Sicherheitswacht außerordentlich bewährt und steigert durch ihre Präsenz das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ganz erheblich. Darüber hinaus helfe sie durch den engen Kontakt zur Polizei bei der Vorbeugung vor Vandalismus und Ordnungsstörungen. Mittlerweile seien ca. 770 Bürgerinnen und Bürger im Dienste der Sicherheit vor allem auf der Straße, in Fußgängerzonen und in Parks unterwegs. Für die Aus- und Fortbildung der Sicherheitswachtmittglieder stünden in den örtlichen Dienststellen erfahrene Polizeibeamte zur Verfügung.

Koordinierung durch Polizei

Auch werde von ihnen koordiniert, wann und wo die Wächter auf Streife gehen. Hierbei handle es sich weder um eine Hilfspolizei noch um eine Bürgerwehr, betonte der Innenminister. Es gehe vielmehr um die Unterstützung der Polizei bei ihren Aufgaben durch Informationen zu ver-

dächtigen Vorkommnissen. Ein selbständiges Einschreiten der Sicherheitswächter sei nur in Ausnahmefällen wie z.B. bei Not geratene Bürgern zulässig.

Nach einem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung im Jahre 2010 zur weiteren Stärkung der Sicherheitswacht seien u.a. die kommunalen Wachen in staatliche überführt und die Finanzierung komplett übernommen worden, erläuterte der Minister. Zudem könnten seitdem staatliche Sicherheitswachts auch in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern eingerichtet werden.

Herrmann plädierte für wesentlich mehr Sicherheitswächter in Bayern. Dazu sollten die Kommunen die etwaige Einführung einer solchen Einrichtung vor Ort überprüfen. Hierbei würden sie von den jeweiligen Polizeipräsidien unterstützt. „Wenn sich Bürgerinnen und Bürger für die Gemeinwohl einsetzen wollen, gibt es mit der Bayerischen Sicherheitswacht eine ideale und seriöse Einrichtung“, erklärte Herrmann abschließend. **rm**

Verstärkter Ausbau des ÖPNV - mehr Radwege in Bayern

Maßnahmen zur Luftreinhaltung nach Münchner Verwaltungsgerichtsurteil

Bayern will den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) weiter ausbauen. Ebenso soll der Bau von Radwegen und auch Rad-schnellwegen an Staats- und Bundesstraßen stärker vorangetrieben werden. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann im Anschluss an das Urteil des Verwaltungsgerichts München, in dem von der Landeshauptstadt mehr Anstrengungen bei der Luftreinhaltung gefordert werden.

Jährlich stelle der Freistaat den Kommunen und Verkehrsunternehmen ca. 200 Millionen Euro für den allgemeinen ÖPNV zur Verfügung. Zudem wende Bayern 90 % der vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel für die Bestellung der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf, erläuterte der Minister. Auch werde gemeinsam mit dem Bund der Ausbau der für den ÖPNV notwendigen Schieneninfrastruktur finanziert. Hierbei sei insbesondere der Bau der zweiten S-

Bahn Stammstrecke in München von Bedeutung. Dadurch werde den Autofahrern der Umstieg auf den ÖPNV wesentlich erleichtert.

Fahrradparkplätze

Des weiteren investiere der Freistaat bereits verstärkt in den Bau von Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen ca. 200 Millionen Euro von 2015 bis 2019. Mehr Radschnellwege sollen vor allem in den Großräumen München und Nürnberg entstehen. Und die

Kommunen würden bei der Errichtung von Fahrradparkplätzen an ÖPNV-Haltestellen unterstützt, führte Herrmann aus. Er wies auch noch auf die Bedeutung der Elektromobilität hin. Hierfür habe der Bund im Rahmen eines Förderprogramms von 2017 bis 2020 ca. 300 Millionen Euro zur Schaffung von 15.000 Schnell- und Normallade-stationen bereit gestellt. Daran werde sich der Freistaat mit eigenen Landesmitteln beteiligen. Darüber hinaus würden bis 2017 alle Tank- und Rastanlagen durch die Tank und Rast GmbH mit Schnell-ladestationen ausgestattet. Schließlich könnte die in den staatlichen Behörden vorhandene Ladeinfrastruktur von den Bedieneten und den Besuchern kostenlos genutzt werden. **rm**

„Kein Flüchtling darf auf die Straße gesetzt werden!“

Bayerischer Gemeindegtag: Obdachlosrecht nicht geeignet für anerkannte Flüchtlinge

„Es ist absehbar, dass die anerkannten Flüchtlinge Wohnungen brauchen. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass die Kommunen die Anerkanten unter dem rechtlichen Deckmantelchen „obdachlos“ zu beherbergen haben“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindegtags im Nachgang zum jüngsten Gespräch mit Kanzlerin Angela Merkel in Berlin.

„Das Obdachlosrecht ist für Einzelfälle geschaffen, wenn Bürgerinnen und Bürger unverschuldet ihre Wohnung verlieren. Für die vielen Flüchtlinge kann diese Regelung allerdings nicht greifen“, sagte Dr. Brandl. Nach Abschluss der Asylverfahren brauchen die Anerkanten bzw. geduldeten Flüchtlinge Wohnraum. Sofern sie selbst keine geeigneten Unterkünfte finden, wird vertreten, dass sie in die Obdachlosigkeit und damit formalrechtlich in die Verantwortung der jeweiligen Gemeinde fallen. Im Rahmen des Obdachlosrechts hätte die Gemeinde entsprechende Unterkünf-

werden. Das entlastet die Landkreise und die kreisangehörigen Gemeinden, die den Großteil der Kosten bisher getragen haben.

Jüngst hatte sich die Kanzlerin mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der bayerischen Kommunalverbände getroffen.

Stärkung der medizinischen Reha

„Wir wollen die medizinische Rehabilitation in Bayern weiter stärken und haben dafür ein ganzes Maßnahmenpaket angestoßen“, erklärten Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und sein Stellvertreter Klaus Holetschek. Der Gesundheitsausschuss des Bayerischen Landtags hat einen entsprechenden Antrag der CSU-Fraktion einstimmig angenommen.

„Besonderes Augenmerk soll dabei auf Kooperationen und Vermarktung gelegt werden. Insbesondere das Thema Internationalisierung muss eine größere Rolle spielen“, so Holetschek. „Wir haben dabei zum Beispiel auch die

Verenigten Arabischen Emirate im Blick. Ein arabischer Teil der Wertschöpfung in den Bereichen Gesundheit und Tourismus in Bayern, speziell in Helldorf und Kurorten, entfällt auf die Rehabilitation“, verdeutlichte der CSU-

Abgeordnete. „Die Reha-Anbieter leisten wesentliche Abgaben und Beiträge im Rahmen der Kur- und Fremdenverkehrsabgabe und stehen für viele Tausend Arbeitsplätze – direkt in den Kliniken selbst, aber auch indirekt über die dem medizinischen und gesundheits-touristischen Bereich vorgelagerten Wertschöpfungsstufen“, erklärte Seidenath, der auch stellvertretender Vorsitzender des Gesundheitsausschusses ist.

Den beiden Politikern zufolge sei die tatsächliche Bedeutung der Reha in Bayern nicht hinreichend bekannt. „Die Erfassungssystematik der amtlichen Statistik weist die tatsächliche Nachfragegrößen nicht aus.“ Daher wäre eine Untersuchung der volkswirtschaftlichen und sozioökonomischen Effekte sowie der Nachfrage- beziehungsweise Patientenstrukturen wertvoll. **□**

Veranstaltungshinweis:

Brandschutzkompetenz im Dialog

Das Thema „Brandschutz“ stellt eine Veranstaltung am 27. Juli in der Schlossökonomie in Eggenfelden/Gern in den Mittelpunkt, veranstaltet von der Coplan AG in Zusammenarbeit mit kommunalen Kooperationspartnern und der IHK Niederbayern.

Ansprechen soll das „Brandschutzforum“ vor allem Kommunen, Bauherren und Planer. Anlass ist die Brandkatastrophe von Scheinreuth: In einem Gästehaus in der oberbayerischen Gemeinde war am Pfingsten 2015 ein Feuer ausgebrochen, aufgrund fehlender Rettungswege starben sechs Menschen in den Flammen. Bei der strafrechtlichen Aufarbeitung des Unglücks geriet auch die Kommune in die Schusslinie, da der fehlende Brandschutz seitens der Behörde nie geahndet worden war.

Fachkompetenz und Verantwortung, und auch das Zusammenwirken von Kommunen und Planern sind im Brandschutzforum zentrale Themen. Neben der Theorie, die sich mit „Flucht- und Rettungswegen im Baurecht“ befasst, gibt es im Praxisteil am Nachmittag auch eine Vorführung der Feuerwehr Eggenfelden, die eine Personerrettung mittels Drehleiter zeigen wird. Ziel dessen ist, genau beobachten zu können, worauf es in Sachen Flucht- und Rettungswege wirklich ankommt.

Die Veranstaltung beginnt um 9 Uhr im Götischen Kasten in der Schlossökonomie Gern. Referenten sind Dipl.-Ing. Rupert Stinglwagner, Sachverständiger für vorbeugenden Brandschutz und Rottal-Inns Kreisbrandrat Johann Prex, außerdem werden als Gäste für Fragen Eggenfeldens Bürgermeister Wolfgang Grubwinkler, Stadtbaumeister Markus Eder, Kreisbaumeister Peter Hofer, Eggenfeldens stellvertretender Feuerwehrkommandant Herbert Stauber und Guntram Lohrer, Abteilungsleiter Architektur der Coplan AG, zur Verfügung stehen. Die Veranstaltung schließt um 16.30 Uhr mit einem „Get together“. Die Schirmherrschaft hat MdL Reserl Sem übernommen.

Weitere Informationen unter www.brandschutzforum-sob.de **□**

Bayerischer Ehrenamtskongress in Nürnberg:

Lebendige Kultur

Beim Bayerischen Ehrenamtskongress in Nürnberg tauschten sich Wissenschaft und Praxis zu aktuellen Fragen des bürgerschaftlichen Engagements aus. Das Thema Ehrenamt beleuchteten an zwei Tagen rund 500 Kongressteilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet in Vorträgen, Exkursionen und Workshops.

Wie Bayerns Sozialministerin Emilia Müller bei der Eröffnung hervorhob, engagiere sich im Freistaat nahezu jeder Zweite in einem Ehrenamt. „Bei der letzten Erhebung 2009 waren dies noch rund 36 Prozent, jetzt sind es 47 Prozent.“ Diese herausragende Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements mache deutlich, dass das Miteinander in Bayern funktioniert und gelebt wird. Bayern nehme damit im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Engagementpolitik

Die Entwicklung zeige aber auch, so Müller, „dass wir mit unserer Bayerischen Engagementpolitik goldrichtig liegen. Diesen Weg setzen wir konsequent fort. Dazu gehört auch der Bayerische Ehrenamtskongress, der heuer bereits zum dritten Mal stattfindet. Er ist ein bundesweit einzigartiges Forum für das bürgerschaftliche Engagement.“

Besonders freute sich die Ministerin fünf Inhaber einer Ehrenamtskarte zu begrüßen. Diese hatten bei einer Verlosung des Bayerischen Sozialministeriums die Teilnahme am Kongress und einen Aufenthalt in Nürnberg mit einer Begleitperson gewonnen. „Sie alle tragen dazu bei, dass wir in Bayern eine lebendige Kultur des Ehrenamtes haben. Sie setzen ihre Zeit und ihr Herzblut für ihre Mitmenschen ein. Mit der Verlosungsaktion möchte ich Ihnen heute ganz besonders dafür danken“, betonte die Ministerin.

Vorträge im Plenum beleuchteten im Anschluss die Themen „Glückliche Ehrenamtliche – Was ist für die Führungsebene zu beachten?“, Die Jugend von heute? Erreichen. Erreichen. Gewinnen.“ und „Der Eigensinn des Engagements. Potentiale und Grenzen ehrenamtlicher Arbeit“.

Glücksforschung

Im Vortrag von Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel (Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm) wurden die Erkenntnisse der interdisziplinären Glücksforschung und die der darauf basierenden neueren Managementansätze in einem Zwei-Säulen-Konzept (Glücksstrategie) zur Steigerung des Wohlbefindens in Organisationen entwickelt. Zunächst ging es um eine Sensibilisierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, um eher wenig greifbare Vorstellungen von Glück, von einem glücklichen und zufriedenen Leben im Lichte der Erkenntnisse der Glücksforschung zu sortieren und zu verorten.

Dahinter steht die Erkenntnis, dass der entscheidende Schlüssel für ein glückliches bzw. zufriedenes Leben bei jedem selbst liegt. Zum anderen wurde aufgezeigt, wo Organisationen konkret ansetzen können, um die Voraussetzungen für Wohlbefinden zu verbessern. Es ging um die Art der Führung sowie die Art der Arbeitsplatzgestaltung und -organisation.

Zielgruppe Jugendliche – Wie „tickt“ die Generation der 14- bis 27-Jährigen? Welche Hobbies und Interessen hat sie? Wo und wie engagiert sie sich? Diese Fragen betrachtete Ronny Türk (Minax Intermedia GmbH & Co. KG) gemeinsam mit den Zuhörern durch die präzisierende Brille und stellte dabei zunächst relevante Studienergebnisse vor. Anhand von Praxisbeispielen wurde zudem aufgezeigt, über welche Kanäle man die Zielgrup-

pe erreicht und für Engagement und Partizipation begeistern könnte.

Gesellschaften sind darauf angewiesen, dass Menschen auch jenseits professioneller, organisierter oder rechtlich festgelegter Routinen tätig sind. Das Ehrenamt gehört in diese Kategorie. Der Vortrag von Prof. Dr. Armin Nasheh (Ludwig-Maximilians-Universität München) zeigte, dass ehrenamtliche Tätigkeiten eine wichtige Scharnierfunktion für die Gesellschaft haben.

Jugendliche im Ehrenamt

Wie gelingt es, Jugendliche für ein Engagement zu begeistern? Was sind Erfolgsfaktoren und was sind Stolpersteine für ein Engagement der U25? Wie hat sich das Engagement junger Menschen in den letzten Jahren verändert? Und welche Entwicklungen sind jetzt für die nächsten Jahre schon absehbar? Mit dieser Frage befasste sich eine Podiumsrunde, an die sich zahlreiche Workshops – u.a. zu den Themen „Datenschutz im Ehrenamt“, „Aktuelle steuerrechtliche Brennpunkte rund um gemeinnützige Organisationen“, „Konfliktprävention in Vereinen und Verbänden“, „Erfolgreiche Nachfolge für Führungspositionen in Vereinen“, „Fundraising – Chancen und Stolpersteine“, „Interkulturelle Verständigung“, „Ambulante Hospizarbeit“ sowie „Barrierefrei ins Ehrenamt“ anschlossen.

Geldbergewinnung

Am zweiten Tag des Ehrenamtskongresses lieferten diverse Exkursionen wertvolle Detailinformationen. So wurde in einem Seminar die Struktur der Bürgerstiftung Nürnberg und deren Arbeitsweise mit Ehrenamtlichen aufgezeigt. Konkret ging es um das Projekt KulturTicketNürnberg – einer ehrenamtlichen Vermittlung von kostenlosen Theaterkarten an Mitbürgerinnen und Mitbürger. Im Zentrum standen die Fragen „Wie werden neue Projekte initiiert? Wie werden Partner

und Geldgeber gewonnen und einbezogen? Wie werden Mitarbeiter gewonnen und geschult? Wie werden ehrenamtliche Mitarbeiter belohnt und motiviert?

Eine weitere Exkursion hatte die Kommunale Engagementlandschaft zum Thema. Im Auftrag der Stadt Forchheim mit Unterstützung der Ehrenamtsvermittlung wurde im Rahmen einer Masterarbeit 2015 erstmals bundesweit eine Vollerhebung über das gesamte ehrenamtliche Engagement in einer Kommune durchgeführt. Die Vorgehensweise bei der Studie, Ergebnisse, Handlungsempfehlungen und die Bedeutung für die Praxis wurden vorgestellt. Trends und notwendige Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Ehrenamtsmanagement der Stadt Forchheim mit 30.000 Einwohnern lassen sich auf andere Kommunen übertragen. Das Angebot bietet auch Zeit für Diskussion und Erfahrungsaustausch über Anerkennungskultur, Ehrenamtsbeiräte etc.

Kunst, Kultur und Musik

Kunst, Kultur, Musik gehören zu den attraktivsten Gelegenheitsstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements. Seit 2003 begeistert die Passinger Fabrik in München Bürger und Bürgerinnen für ehrenamtliches Engagement in der Stadtteilkultur. Die Kulturschwester sind Ersthelferinnen in der Mission Stadtteilkultur: mutig, experimentierfreudig, pragmatisch und sozial. Die Kulturschwester 2.0 postulieren eine neue Generation von Engagierten und emanzipieren sich von althergebrachten Hierarchien und Strukturen wie sie häufig noch in Vereinen praktiziert werden. Neben der Präsentation des Projekts wurden in diesem Workshop mit den Teilnehmern Bedingungen erörtert, wie Bürger für ein Kulturrenament gewonnen und welche Initiativen gefördert werden können.

Gibt es in meiner Institution Rassismus? Sind Frauen in meiner Umgebung gleichberechtigt? Mit diesen und weiteren Fragen setzen sich (post-)migrantische junge Männer aus dem Raum Nürnberg im Rahmen des Projekts „HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“

Bayerischer Oberster Rechnungshof:

Wachablösung im Präsidentenamt

Christoph Hillenbrand als Nachfolger von Dr. Heinz Fischer-Heidberger
„Vorbildlicher Hüter der bayerischen Finanzen“

Ministerpräsident Horst Seehofer hat jüngst in der Münchner Residenz den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Dr. Heinz Fischer-Heidberger, verabschiedet und dabei dessen herausragende Verdienste gewürdigt: „Der Oberste Rechnungshof in Bayern ist der Hüter der bayerischen Finanzen. Und Dr. Fischer-Heidberger hat diese Aufgabe vorbildlich, durchaus streitbar und mit herausragendem Einsatz ausgefüllt.“

Unter seiner Führung war der Rechnungshof stets eine unabhängige, manchmal unbequeme und immer leistungsfähige Institution. Im Interesse der Bürger, Steuerzahler und des Freistaats Bayern hat sich Dr. Fischer-Heidberger mit großem Engagement für einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel stark gemacht. Dafür sage ich ihm meinen Dank und meine höchste Anerkennung.“

Begrenzte Amtszeit

Dr. Heinz Fischer-Heidberger war seit dem 1. Juli 2004 Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Die Amtszeit des Präsidenten ist gesetzlich auf zwölf Jahre begrenzt und endete

Hohe Wertschätzung

Seit 2009 ist Fischer-Heidberger zudem Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). In dieser Funktion wurde er kürzlich einstimmig von der Ministerpräsidentenkonferenz bestätigt. Seehofer: „Dr. Fischer-Heidberger wird also auch weiterhin über öffentliche Finanzen in Gestalt der Rundfunkbeiträge wachen und den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten aufmerksam im Auge haben. Das Votum der Ministerpräsidentenkonferenz für ihn macht deutlich, welche hohe Wertschätzung seine Erfahrung und Kompetenz bundesweit genießen.“

GZ

Kolumne
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ausscheiden der englischen Nationalmannschaft aus der Fußball-Europameisterschaft schien ein Wink des Schicksals zu sein. Wenige Tage nach dem Referendum für einen Ausstieg aus der Europäischen Union verlor das Heimatland des europäischen Fußballs gegen den Neuling und Außenseiter Island mit 2:1. Vor allem junge Fußballfans werden sich wohl noch lange an diese beiden Ereignisse erinnern, denn laut Umfragen stimmten 64 Prozent der unter 25-Jährigen für einen Verbleib in der Europäischen Union. Die Verflechtung beider Begebenheiten erinnerte mich an einen erst kurz zuvor erschienenen Artikel in einer



führen und einer Steigerung um 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. An Großbritannien ein Exempel zu statuieren, wie schmerzhaft eine Trennung von der EU sein kann, bringt also auch erhebliche Schwierigkeiten für die rund 460 bayerischen Unternehmen, die dort aktiv sind.

In erster Linie sind es Unternehmen im Bereich Maschinen- und Werkzeugbau, des Tourismus und der Chemie, die sich auf den Exportmarkt jenseits des Arnelkanals spezialisiert haben und nun mit Absatzeinbrüchen rechnen müssen. Im Besonderen trifft es die bayerische Autobranche, denn mehr als die Hälfte der Ausfahrten nach Großbritannien gehen auf Autos und Autoteile zurück. Welchen Stellenwert die Automobilindustrie für die deutsche und vor allem für die bayerische Wirtschaft hat, wurde spätestens nach der letzten Wirtschaftskrise und der Einführung der Abfrachtpremie offensichtlich.

Der Brexit trifft auch Bayerns Wirtschaft

großen deutschen Tageszeitung mit der Überschrift: „Wer raus sein will, muss leiden!“ Darin enthalten waren die Stellungnahmen verschiedener europäischer Spitzenpolitiker, die sich erziert über das britische Votum zeigten und für ein sofortiges und notfalls kostspieliges Austreten Großbritanniens aus der EU plädierten.

Bei aller Genugtuung, die jene Spitzenpolitiker über das verlorene Spiel der englischen Nationalmannschaft gefühlt haben, dürfen wir nicht vergessen, welche Konsequenzen der Brexit für die verbleibenden 27 EU-Staaten hat. Auch am Freistaat Bayern wird das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU nicht spurlos vorübergehen. Als zweitwichtigster Sportmarkt drohen der bayerischen Wirtschaft erhebliche Rückschläge, wenn aktuelle Handelsverträge ersatzlos gestrichen werden. Ein Überblick über die bestehenden Handelsbeziehungen mit Großbritannien macht dies deutlich: Im Jahr 2015 wurden bayerische Waren im Wert von 15,5 Milliarden Euro nach Großbritannien exportiert. Dies entspricht rund 8,6 Prozent aller bayerischen Aus-

Ihr Alois Rainer

Mitglied des Deutschen Bundestags
Stellvertreter der KPV-Landesvorsitzender

Wohnen im Alter:

„Innovationspreis „Zu Hause daheim“

Die meisten Menschen möchten ihr Leben im Alter auch bei Unterstützungsbefähigung selbstständig gestalten. Damit das kein Traum bleibt, hat das Bayerische Sozialministerium vor zehn Jahren die „Koordinationsstelle Wohnen im Alter“ ins Leben gerufen. Nun wurde zusätzlich der landesweite Innovationspreis „Zu Hause daheim“ ins Leben gerufen.

„Wir wollen ältere Menschen bei ihrem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben im Alter unterstützen. Die Koordinationsstelle ist hier seit zehn Jahren ein verlässlicher und wichtiger Ansprechpartner. Sie ist eine kompetente Anlaufstelle rund um das Thema „Wohnen im Alter“, betonte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller anlässlich der Jubiläumsfeier in Würzburg und weiter: „Die Einrichtung einer landesweiten Koordinationsstelle war damals beispielsweise und in dieser Form deutschlandweit einzigartig. Heute ist sie mehr denn je gefragt.“

Ruf als versierter Manager

Horst Seehofer: „Christoph Hillenbrand hat das Amt des Regierungspräsidenten von Oberbayern mit viel Elan und hoher Kompetenz ausgefüllt. Der Regierungsbezirk war bei ihm in besten Händen. Bei der Hochwasserkatastrophe 2013 und der Bewältigung des Pflichtlingsantrums in München im vergangenen Jahr hat er sich über die Grenzen Oberbayerns hinaus einen Ruf als versierter, entscheidungsfreudiger Manager erworben. Für das Amt des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs bringt Christoph Hillenbrand die besten Voraussetzungen und Qualifikationen mit. Für seine neue verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich ihm Glück und Erfolg.“

Selbstbestimmtes Altern

Landtagspräsidentin Barbara Stamm ergänzte: „Wenn wir jedem ein selbstbestimmtes und würdevolles Altern ermöglichen wollen, dann brauchen wir eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten und Wohnformen. Die vorhandenen Ideen und Konzepte müssen weiter in die Fläche getragen werden. Die Koordinationsstelle leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag.“

Die Koordinationsstelle „Wohnen im Alter“ begleitet beispielsweise Gemeinden, Wohlfahrtsverbände aber auch private Initiativen beim Aufbau verlässlicher Unterstützungsnetzwerke für ein Wohnen zu Hause. Sie unterstützt aber auch bei der Initiierung und Um-

setzung alternativer Wohnformen. In den vergangenen 10 Jahren fanden bereits 1.800 Beratungen, 460 Vorträge, zahlreiche Austauschtreffen und aktive Netzwerke statt. Daraus sind zahlreiche bayernweite Projekte entstanden.

Ideensuche

Gleichzeitig gab die Ministerin den Startschuss für die Bewerbung zum ersten landesweiten Innovationspreises „Zu Hause daheim“: „Wir suchen kreative und neue Ideen rund um Thema Wohnen im Alter. Diese wollen wir mit dem Innovationspreis „Zu Hause daheim“ auszeichnen.“

42.000 Euro Preisgeld

Der mit insgesamt 42.000 Euro dotierte Preis wird im Rahmen der zweiten bayernweiten Aktionswoche „Zuhause daheim“ im Mai 2017 verliehen. Ab sofort können sich beispielhafte Projekte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, wie Nachbarschaftshilfen, Quartierskonzepte, Seniorenhausgemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnformen bewerben. Die Bewerbungen können bis 31. Dezember 2016 bei den jeweiligen Bezirksregierungen eingereicht werden.

Weitere Informationen unter www.wohnen-alter-bayern.de sowie unter www.zu-hause-daheim.bayern.de

Ruf nach...

(Fortsetzung von Seite 1)
Mittel für den Bau bezahlbarer Wohnungen noch stärker anheben, um dem faktischen Bedarf in den Regionen mit knappem Wohnungsangebot gerecht zu werden. Und die Länder müssten sich finanziell stärker für den Bau und Ausbau von Kindergärten und Schulen engagieren, für Schulpsychologen, Dolmetscher, Sozialpädagogen und Sprachförderprogramme in Kitas.

Der Deutsche Städtetag befürwortete das Integrationsgesetz des Bundes, hob Lohse hervor: „Für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten mit Bleibeperspektive in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt ist es richtig, die Integration der Menschen frühzeitig und gezielt zu fördern und gleichzeitig eigene Anstrengungen von ihnen zu fordern. Wichtig ist außerdem eine ausgewogene Verteilung anerkannter Flüchtlinge, weshalb die Länder die Wohnsitzauflagen rasch einführen sollten und ohne großen Verwaltungsaufwand. Mit Hilfe von Wohnsitzauflagen können Länder Flüchtlinge so auf Städte und ländliche Gebiete verteilen, wie es den örtlichen Potentialen entspricht und so stärker betroffene Kommunen vor Überforderung schützen.“

Durch die Wohnsitzauflagen könnten die Integration von Menschen erleichtert und soziale Brennpunkte vermieden werden. Sinnvolle Kriterien für die Verteilung seien Kapazitäten bei der Versorgung mit Wohnraum sowie die Lage am örtlichen Arbeits- und Ausbildungsmarkt, so Lohse. Berücksichtigt werden sollten bei dem Verteilungsmechanismus auch die Flüchtlinge, die bereits seit dem 1. Januar 2016 anerkannt wurden. Das bedeute nicht, dass diese Menschen umziehen müssten. Vielmehr würde die Personenzahl der bereits Anerkannten in den Städten, in denen sie leben, bei der Verteilung angerechnet.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages stellte ausdrücklich fest, die Instrumente Sanktionen und Wohnsitzauflage im Integrationsgesetz sollten fortlaufend darauf geprüft werden, ob sie geeignet und erforderlich sind, die Integration zu unterstützen.

Wichtig seien die im Integrationsgesetz vorgesehenen größeren Möglichkeiten für den Spracherwerb, mehr Orientierungskurse und die Förderung möglichst frühzeitiger Qualifizierung und Beschäftigung. Der Deutsche Städtetag unterstützt die Ansätze des Bundes, Menschen mit Bleibeperspektive eine Beschäftigung zu ermöglichen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dazu zählten der verbesserte Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Sozialgesetzbuch III ebenso wie die Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung oder auch das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“, mit dem für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln geschaffen werden.

Nötig sei allerdings, die kommunale Ebene bei der Ausgestaltung der erweiterten Beschäftigungsmöglichkeiten der Flüchtlinge während des Asylverfahrens einzubeziehen und diese Angebote unbürokratisch zu organisieren, betonte die Städtetagspräsidentin. Zudem sollten auch Beschäftigungsangebote für anerkannte Asylbewerber nach dem Übertritt in das sogenannte Hartz-IV-System geschaffen werden.

Unterstützt wird von den deutschen Städten ein eigenes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung. In diesem Zusammenhang begrüßen sie das Anliegen der Bundesregierung, das geltende Recht im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Für richtig halten die

Städte auch die Absicht, in einem Bundesteilhabegesetz sowohl den Leistungsträgern zu ermöglichen, die Angebote besser zu steuern, als auch den stetigen Ausgabenanstieg der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung innerhalb der kommunalen Sozialhilfe zu dämpfen. Der vorliegende Referentenentwurf erfülle diese Erwartungen allerdings nicht, unterstrich der Deutsche Städtetag.

Nach den Worten von Vizepräsident Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister aus Nürnberg, „ist ein eigenes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung außerhalb der Sozialhilfe richtig und wird auch von den Städten gefordert. Das neue Gesetz muss dem Grundsatz der Inklusion Rechnung tragen, also der gleichberechtigten Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle Leistungsrechte und alle Lebensbereiche. Diskriminierungen bei Leistungen oder Lebenschancen wegen einer Behinderung sind nicht hinnehmbar und müssen endlich abgeschafft werden. Hier zu müssen sich die jeweiligen Lebensbereiche wie die gesundheitliche Versorgung und die Schulen stärker für die Belange der Menschen mit Behinderungen öffnen.“

Konkret lobte Maly die im Gesetzentwurf angestrebte Trennung der Fachleistungen für Menschen mit Behinderung von Leistungen für ihren Lebensunterhalt, auch wenn im Einzelnen eine noch schärfere Abgrenzung notwendig erscheint.

Nehme man den zentralen Leitgedanken der UN-Behindertenkonvention nach Inklusion ernst, müssten sich vor allem die Regelsysteme der Sozialversicherungen für Menschen mit Behinderung mehr öffnen, um die Belange dieser Menschen von vornherein und ohne die Inanspruchnahme von Sondersystemen wie der Eingliederungshilfe zu berücksichtigen: „Der Gesetzentwurf verspricht dagegen neue Leistungen, beispielsweise für Mobilität und Assistenz, die mehr Menschen als bisher nutzen werden. Dies wird vorwiegend durch die Träger der Eingliederungshilfe und damit vor allem bei den Kommunen für erhebliche Mehrkosten sorgen, ohne dass ein Ausgleich vorgesehen ist. Dabei darf es nicht bleiben“, forderte Maly.

Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen betragen im Jahr 2014 insgesamt 16,4 Milliarden Euro und steigen jedes Jahr um rund 1 Milliarde Euro weiter an. Mit dem bisher vorliegenden Gesetzentwurf kann diese Ausgabendynamik keinesfalls eingedämmt werden, da den Leistungsausweitungen in der Eingliederungshilfe keine entsprechenden Einsparpotentiale durch die Verpflichtung vorrangiger Leistungsträger oder durch bessere Steuerungsmechanismen gegenüberstehen.

Die neuen Regelungen lassen vielmehr massive Mehrkosten für die Träger der Eingliederungshilfe und auch bei der Hilfe zur Pflege befürchten, die durch die veranschlagten Minderausgaben keinesfalls kompensiert werden können. Konkret geht es dabei vor allem um folgende Punkte:

- Der leistungsberechtigte Personenkreis wird neu definiert und dabei ausgeweitet, so dass mehr Menschen zukünftig Leistungen in Anspruch nehmen können.
- Der Gesetzentwurf sieht neue Leistungen vor, beispielsweise neue Formen bei der Hilfe zur Arbeit. Das Budget für Arbeit wird flächendeckend eingeführt, neben dem seit langem bestehenden Werkstätten für Menschen mit Behinderung werden andere Leistungsanbieter zugelassen. Dadurch werden mehr Menschen als bislang Leistungen in Anspruch nehmen. Die Schätzung des Ministeriums geht lediglich von 100 Millionen Euro ab 2020 aus. Die Städte sehen dagegen ein erhebliches

Kostenrisiko, da gerade die Personenkreise, die die Werkstätten nicht nutzen, die neuen Alternativen aufgreifen werden. Auch im Bereich der Bildung, der Mobilität und der Assistenz werden neue Leistungen eingeführt, anstatt die vorrangigen Leistungssysteme auf die Belange von Menschen mit Behinderungen auszurichten.

- Auch die Annahme, die Träger der Eingliederungshilfe könnten durch mehr Effizienz ab 2020 Mehrkosten in Höhe von 100 Millionen Euro ausgleichen, kann der Deutsche Städtetag nicht nachvollziehen.

- Außerdem sieht der Entwurf vor, die anrechnungsfreien Beträge beim Einkommen und Vermögen zu erhöhen und prognostiziert dafür Mehrkosten von 351 Millionen Euro im Jahr 2020. Die Städte rechnen damit, dass die Kosten erheblich höher liegen, weil deutlich mehr neue Leistungsberechtigte hinzukommen dürften als im Gesetzentwurf angenommen.

„Die Städte fordern neben inhaltlichen Korrekturen eine seriöse und nachvollziehbare Berechnung der finanziellen Auswirkungen des Referentenentwurfs, also eine Kostenfolgenabschätzung. Ziel muss es sein, neue Leistungen seriös gegen zu finanzieren“, stellte der Vizepräsident fest. Befürwortet wird von den deut-

schon Städten die Neuregelung des Kulturgutschutzrechts mit dem Ziel, den illegalen Handel mit Kulturschätzen zu verhindern, den legalen Handel zu stärken sowie nationales Kulturgut vor der dauerhaften Ausfuhr zu schützen. Gleichzeitig betonen sie die große Bedeutung von Sammlern und Künstlern für das kulturelle Leben in den Städten.

Wie Verbandspräsidentin Lohse anlässlich der zweiten und dritten Lesung im Bundestag bemerkte, seien Städte Orte der Kreativität, Kunst und Kultur und unterstützen den Schutz des kulturellen Erbes. Sammler und Künstler seien für das reiche kulturelle Leben in den Städten mit ihren Museen unverzichtbar. Wichtig sei deshalb, dass die Länder, wie bisher auch, mit Augenmaß vorgehen und nur wenige, außerordentlich wichtige Werke auf die Liste des national wertvollen Kulturgutes setzen und dabei die Eigentumsrechte von Sammlern berücksichtigen.

Mit der Gesetzesnovelle werden sinnvollerweise mehrere Vorgängergesetze zusammengefasst und modernisiert. Eine entsprechende EU-Richtlinie aus dem Jahr 1992 wird zudem endlich in nationales Recht umgesetzt. So soll der deutlich angestiegene illegale Handel, insbesondere mit antiken Kulturgütern aus Vorderasien, Asien und Afrika, bekämpft werden. **DK**

Effiziente...

(Fortsetzung von Seite 1)

Insgesamt wurden Entsorgungskosten gesenkt, das Restmüllaufkommen reduziert und die Wertstoffsammlung gesteigert. „Unserer Erwartungen haben sich voll erfüllt“, bilanzierte Entner.

Jansjörg Peer, Bürgermeister der Gemeinde Mutters, und Martin Angerer (Innsbrucker Kommunalbetriebe AG) erläuterten, wie Gemeinden durch Energieeffizienzmaßnahmen Kosten sparen können.

Von 170.000 Bürgern und Bürgerinnen des Bezirks Innsbruck-Land leben bereits 90 Prozent in einer energieeffizienten Gemeinde. Die sechs e5-Gemeinden des Bezirks Innsbruck-Land, darunter die Gemeinde Mutters, leisten echte Pionierarbeit in Sachen Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien. Dies sei eine wichtige Vorbildwirkung auf dem Weg „Tiro 2050 energieautonom“ mit dem Ziel, 50 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen und 30 Prozent mehr erneuerbare Energie zu produzieren, meinte Peer. Denn nur durch bewussten Umgang mit den Energieerzeugern könnten der nächsten Generation eine sichere, leistungsfähige Energieversorgung, eine intakte Umwelt und damit verbunden eine hohe Lebensqualität garantiert werden.

Die Gemeinde wurde in der Vergangenheit für ihre energieeffiziente Wohnhaussiedlung Birchfeld ausgezeichnet. Mit weiteren ambitionierten Maßnahmen wie der Umrüstung der Straßenbeleuchtung sowie der Innenbeleuchtung der Gemeindegebäude auf hundert Prozent LED-Lampen, der Förderung der Energieberatung für Gemeindeglieder, dem Betrieb eines Trinkwasserkraftwerks und der Erstellung eines nachhaltigen Verkehrskonzepts geht Mutters vorbildhaft in die Energiezukunft.

Lukas Rühli, Projektleiter bei Avenir Suisse, skizzierte den Stand der Gemeindefusionen in der Schweiz. Die Zahl der Gemeinden nahm dort in den vergangenen Jahren weiter ab. Gemeindefusionen kamen dort zustande, wo die Kantone explizite finanzielle Anreize dafür setzten und wo der Problemdruck groß genug war. Das Ziel von Zusammenlegungen sollte eine Gemeindefusion sein, mit der der schleichenden Zentralisierung Einhalt geboten werden kann.

Gemeindefusionen sind Rühli zufolge kein Selbst-

zweck. Gemäß dem liberalen Ideal sollten staatliche Entscheidungen möglichst dezentral, nämlich nahe bei den betroffenen Bürgern erfolgen. Je kleiner aber die Gemeinden sind, desto geringer ist ihre Fähigkeit, Aufgaben autonom zu erfüllen. Sie müssen diese in Gefäße der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auslagern, die oft mit Demokratiedefiziten und einem Verlust an Steuerungskompetenz verbunden sind.

Wachsende Aufgabenfülle und komplexe Rechtsfragen bei zugleich enger werdenden finanziellen und personellen Ressourcen: Dies sind die schwierigen Rahmenbedingungen, mit denen viele Tiroler Gemeinden heute zurechtkommen müssen. In der Praxis zeigt sich, dass das Bündeln von Kräften und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit immer häufiger als Chance ergriffen wird, damit gewünschte Vorhaben und Entwicklungen dennoch finanzierbar und umsetzbar sind.

Um den aktuellen Stand zu erheben und Potenziale für die Zukunft aufzuzeigen, wurde das Institut für Föderalismus mit der Erstellung einer Studie zur interkommunalen Zusammenarbeit in deutschsprachigen Raum beauftragt, die Georg Kuschnigg beim Kommunalforum Alpenraum präsentierte. Demzufolge liegen insgesamt 46 Kooperationen mit 7.605 Kooperationsstellen aus der Perspektive der Gemeinden vor.

Kuschnigg zufolge gibt es wenige Beispiele in den Bereichen Wirtschaft/Standorte und Verwaltung. Potenziale lägen in der Infrastrukturbetreuung und regionales Denken spiele eine geringe Rolle. Der Trend geht eindeutig zu einer zunehmenden Komplexität, die einen höheren Spezialisierungsgrad erfordert. Es existiere kein durchgängiger „roter Faden“, jedoch ähnliche Organisationsmuster. Außerdem gebe es keine flächendeckende Umsetzung, sondern punktuelle Lösungsmodelle.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine von Alois Vahmer moderierte Talkrunde mit politischen Vertretern. Beteiligt waren Ernst Schöpf, Präsident Tiroler Gemeindevorstand, Andreas Schatzer, Präsident Südtiroler Gemeindevorstand, Josef Steigenberger, Bürgermeister Bernried am Starnberger See, Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags im Bezirk Oberbayern sowie Regina Norz. Sie diskutierten über Themen wie Gemeindefusionen, gemeinsame

Aktive Bürger...

(Fortsetzung von Seite 1)

Entscheidungen, Klassenminderstärken teils deutlich zu reduzieren und mehr Flexibilität bei der Organisation regionaler Bildungslandschaften deuteten in die richtige Richtung.

Ehrenamtlich wirkende Organisationen sollten sich stärker in Schulen einbringen, um ihre Leistungen besser als bisher darstellen zu können und so junge Mitglieder zu gewinnen und auf dem Land zu halten. Wichtig sei es auch, in den regionalen Bildungseinrichtungen das Fach Heimatkunde zu stärken.

Die Gründung von Hochschulen für angewandte Wissenschaften - die früheren FHs - hätten Räume erschlossen, in denen akademische Bildungsangebote bislang nicht verbreitet waren. So könnten junge Menschen in ihren Regionen studieren und neue Menschen kämen hinzu. Die Schaffung regionaler Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Anbindung an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sei eine bedeutende Maßnahme zur Förderung ländlicher Räume gewesen. „Damit haben die Regionen von modernen Entwicklungen profitiert und dadurch sind dort innovative Wirtschaftsformen und attraktive Arbeitsplätze entstanden. Diese Entwicklung muss durch dezentrale Kooperationen der Hochschulen mit Kommunen und der Wirtschaft weiter ausgebaut werden.“

Da viele dieser neu geschaffenen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen noch nicht ausreichend bekannt sind, sollten regionale „Karrierefelien“ geschaffen werden, die SchülerInnen und Schülern auf dem Land aufzeigen, welche Ausbildungsperspektiven ihre Heimat bietet.

Der ländliche Raum braucht zur Zukunftssicherung eine gut ausgebaut, moderne Infrastruktur. Dazu zählen z. B. eine gute Anbindung an die Fernverbindungen von Straße und Schiene sowie ein leistungsfähiger Breitbandanschluss, der der Wirtschaft und speziell auch den IT-Unternehmen das Arbeiten im ländlichen Raum ermöglicht. Neue Informationstechnologien böten die Möglichkeit, das derzeit größte Handicap des ländlichen Raumes auszugleichen - die Entfernung von städtisch gebundenen Ausbildungsstätten und qualifizierten Arbeitsplätzen. Zudem müssten ländliche Räume gut erreichbare Bildungs- und Qualifizierungsangebote schaffen. Dazu brauche es vielfältige und gute Bildungseinrichtungen. Wo diese fehlen, wandern junge Familien ab.

Darüber hinaus plädiert der Bayernbund für Sport- und Freizeiteinrichtungen für junge Menschen, wohnortnahe Versorgungszentren (z. B. Dorfläden mit regionalen Produkten, Postannahmestellen, Geldautomaten u. ä.), eine angemessene Förderung von dörflicher Infrastruktur (z. B. Dorferneuerung) und die Förderung des Wohnens für Einheimische, damit die soziale Struktur der Dörfer erhalten bleibt. Außerdem müssten Staat und Wirtschaft mehr Telearbeitsplätze zur Verfügung stellen, um so Anfahrtswege zu reduzieren und auch die notwendige Vorbildfunktion bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erfüllen.

Stichwort Mobilität: Auch in ländlichen Räumen muss laut Bayernbund für wenig mobile Personen (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen) eine angemessene,

Beschaffung, Dienstleistungen für Bürger, Schaffung von Lebensqualität sowie Interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden. So schilderte beispielsweise Josef Steigenberger die Zusammenarbeit in bayerischen Gemeinden als „Spagat“ zwischen Ausgabenpolitik und der gerechten Interessenvertretung gegenüber den Bürgern. **DK**

umweltverträgliche Mobilität geschaffen werden. Wo dies aus finanziellen Gründen durch einen funktionierenden ÖPNV oder Schülerverkehr nicht möglich sei, muss ein Bürgerbusprojekt eingerichtet werden, das ein flexibles Leistungsangebot erstellt.

Dieses Projekt wird ehrenamtlich organisiert und bietet mit Kleinbussen die erforderlichen Leistungen kostengünstig an. Eine finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand für die Beschaffung der Fahrzeuge, die Organisation und den Betrieb sei notwendig, wie am erfolgreichen Beispiel des im Jahr 2003 gestarteten Bürgerbusses Chiemsee dargestellt wird. Der Bürgerbus bringt für insgesamt zehn Gemeinden in den Landkreisen Rosenheim bzw. Traunstein eine erhebliche Verbesserung der ÖPNV-Situation. Viele Verbindungen werden erst durch den Bürgerbus ermöglicht. Pro Jahr werden ca. 5.000 Personen befördert und 65.000 km zurückgelegt.

Mit Blick auf die soziale und medizinische Versorgung heißt es: „Eigeninitiative, Eigenverantwortung der Bürger, ehrenamtliches Engagement und aktive Beteiligung sind das Rückgrat vieler Funktionen und Aufgaben im ländlichen Raum. Damit können Defizite ausgeglichen werden, die der ländliche Raum hier gegenüber Ballungsräumen hat. In jeder Gemeinde gibt es qualifizierte und lebensstüchtige Senioren, die zur Leistung bzw. Mitarbeit in sozialen Projekten bereit sind.“

Wo Kinderkrippen oder Kindergärten nicht eingerichtet werden können, müsse die Betreuung über Tageseltern sichergestellt werden. Schulung und Betreuung dieser Tageseltern könne über die Landkreis-Jugendämter ermöglicht werden. Kindergärten, Schulen und Ausbildungsplätze - soweit nicht am Ort - sollten durch einen Bürgerbus erreicht werden können. Auch die Teilhabe und Mitgestaltung am überörtlichen Gemeinschaftsleben sei mit dem Bürgerbus zu bewerkstelligen.

Es gelte, sozialraumorientierte Projekte als Kommunikations- und Treffmöglichkeiten (z. B. durch Anmietung von Räumen im Dorfgasthaus durch die Gemeinde) zu schaffen und so auch gelebtes Brauchtum und Tradition zu ermöglichen. Dies schaffe regionale Identität und stärke den Gemeinschaftsgeist. Auch müsse das Mehr-Generationen-Wohnen gefördert werden.

Zudem sei der Fokus auf die Betreuung und Pflege älterer, kranker und behinderter Menschen durch ausgebildete ehrenamtliche Kräfte im Rahmen eines gemeindlichen Sozialwerkes zu richten. Ziel sei die Rehabilitation vor stationärer Pflege; Menschen müssten so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld belassen werden. Für die Grundausstattung müssten diese Einrichtungen eine finanzielle Unterstützung von der Öffentlichkeit erhalten. Als Beispiel wird das Sozialwerk Stephanskirchen e. V. angeführt - hier habe soziales Miteinander ein Zuhause. Ärzten wiederum müsse es erleichtert werden, sich in Gemeinschaftspraxen zu organisieren.

Wie das Konzept weiter darlegt, „könnte bürgerschaftliches Engagement dadurch zusätzlich gefördert werden, dass man nach dem Modell der Bezirksausschüsse in großen Städten Ortsbeiräte in großen Flächengemeinden schafft“. Sie sollten sich in besonderer Weise der Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft verpflichtet fühlen. Für sie sollte auch ein Seminar für sog. „Dorfkommern“ eingerichtet werden, das aufzeigt, wie die Entwicklung eines Dorfes vorangetrieben werden kann. Hier könne beispielsweise die Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten e. V. tätig werden. **DK**

KfW-Kommunalpanel 2016:

Investitionsrückstand in Höhe von 136 Milliarden Euro

Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände

Laut den Ergebnissen des vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe erstellten Kommunalpanels gestaltet sich die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen im Jahr 2015 ambivalent. Der Optimismus hinsichtlich der Investitionsplanungen, der noch die Befragung des KfW-Kommunalpanels 2015 bestimmte, ist einer abwartenden Zurückhaltung gewichen. Nach Angaben der Gemeinden, Landkreise und Städte ist der wahrgenommene Investitionsrückstand im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr von 132 Mrd. Euro auf 136 Mrd. Euro gestiegen; die Investitionstätigkeit blieb damit hinter den Erwartungen zurück.

Für die meisten Kommunen waren die Finanzierungsbedingungen gut (15-32 % haben je nach Kreditaufzeit eine Verbesserung festgestellt), die Kommunen erwirtschafteten zudem in der Summe einen Finanzierungsüberschuss (3,1 Mrd. Euro.) Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen hinsichtlich Haushaltsausgleich, Schulden und Investitionen weiter gewachsen.

Die Investitionen in Kommunen ohne Haushaltsausgleich (rund 28 %) fielen in der Summe um mehr als ein Drittel niedriger aus. Zugleich fällt es diesen Kommunen auch deutlich schwerer, den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten.

Vor allem in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur sowie im Schul- und Bildungsbereich bestehen weiterhin die größten Investitionsbedarfe mit 35 bzw. 34 Mrd. Euro. Für 2016 rechnen die Kommunen für alle Aufgabenbereiche mit einem An-

stieg ihrer Investitionen um knapp 9 % auf 26,7 Mrd. Euro, was angesichts der fortbestehenden Unsicherheiten als ein optimistisches Signal verstanden werden kann.

Neben Sachinvestitionen bedarf es im Bildungsbereich laut Kommunalpanel auch einer vorausschauenden Personalpolitik von Ländern und Kommunen. Denn angesichts der Altersstruktur im öffentlichen Dienst im Allgemeinen und im Bildungssystem im Besonderen, ist schon heute absehbar, dass in den kommenden Jahren nach der „Pensionierungswelle“ massive Einstellungen erforderlich werden, um das notwendige Angebot im formalen Bildungsbereich im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten – insbesondere, wenn die Schülerzahlen zunächst einmal durch die Zuwanderung steigen.

Der Schuldenaufwuchs stellt besonders für die Großstädte eine Herausforderung dar, die einen hohen Kassenkreditbestand aufweisen, gleichzeitig aber einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen. Da diese Städte in ihrer

reich mit den größten Zuwächsen für die nächsten Jahre. Dies gilt vor allem auch für die verpflichtende Implementierung des Inklusionsansatzes durch die Kommunen. Um den bereits entstandenen Umsetzungsrückstand in diesem Feld zu verringern, müssen sich die Bundesländer mit ihren jeweiligen Kommunen wohl auf eine angemessene Kostenteilung verständigen, auch um Kapazitäten für andere bildungspolitische Aufgaben – wie derzeit z. B. die Integration der Zuwanderer – freizusetzen.

Neben Sachinvestitionen bedarf es im Bildungsbereich laut Kommunalpanel auch einer vorausschauenden Personalpolitik von Ländern und Kommunen. Denn angesichts der Altersstruktur im öffentlichen Dienst im Allgemeinen und im Bildungssystem im Besonderen, ist schon heute absehbar, dass in den kommenden Jahren nach der „Pensionierungswelle“ massive Einstellungen erforderlich werden, um das notwendige Angebot im formalen Bildungsbereich im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten – insbesondere, wenn die Schülerzahlen zunächst einmal durch die Zuwanderung steigen.

Der Schuldenaufwuchs stellt besonders für die Großstädte eine Herausforderung dar, die einen hohen Kassenkreditbestand aufweisen, gleichzeitig aber einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen. Da diese Städte in ihrer

jeweiligen Region zentralörtliche Funktionen für die umliegenden Kommunen wahrnehmen und aufgrund der Stadt-Umland-Problematik auch steuerlich im Nachteil sind, bleibt die Frage nach möglichen Instrumenten zum Abbau der hohen Verbindlichkeiten offen. Einen allgemein verbindlichen Königsweg gibt es hier wohl kaum. Ein Instrumentenmix, der den jeweiligen Verhältnissen vor Ort Rechnung trägt, scheint realistischer und erfolgversprechender.

Bestandteile könnten, so das KfW-Kommunalpanel, neben einer Neujustierung der kommunalen Finanzausgleichssysteme auch Entschuldungsmaßnahmen und Auflagen sein. Die Frage nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für die zum Teil schwierige Finanzlage einzelner Kommunen wird ebenfalls Gegenstand der politischen Debatte bleiben. Realistischerweise erfordert die Lösung der Haushaltsprobleme der Gemeinden eine Mischung verschiedener Ansätze. „Dazu muss nicht nur der Bund einen Beitrag leisten. Vielmehr sind es vor allem die Länder und die Kommunen selber, die aktiv an der Gesundung der Gemeindefinanzen mitwirken müssen.“

„Die Ergebnisse des Kommunalpanels 2016 bestätigen die vom Deutschen Städtetag wiederholt als höchst problematisch angeführten, weiter wachsenden Unterschiede zwischen den Kommunen“, machte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy in einer ersten Reaktion deutlich. Während Kommunen mit strukturellen Haushaltsproblemen laut Umfrage je Einwohner durchschnittlich 177 Euro investieren konnten, können finanzstärkere Kommunen im gleichen Zeitraum auf 290 Euro je Einwohner.

Die Investitionen der finanzschwachen Kommunen blieben demzufolge schon heute um mehr als ein Drittel hinter den Investitionen der übrigen Kommunen zurück. „Deshalb erneuert der Deutsche Städtetag seine Forderung: Im Zuge der Reform der föderalen Finanzbeziehungen sollten Bund und Länder die Investitionskraft der Kommunen dauerhaft stärken. Außerdem sollten sie gezielte Hilfen für strukturschwache Städte und Regionen vorsehen, weil es diesen aus eigener Kraft nicht möglich ist, ihre Lage entscheidend zu verbessern“, unterstrich Dedy.

Nach Auffassung des DStGB sind Bund und Länder aufgefordert, endlich eine angemessene und gerechte Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen. Die Entlastung der Kommunen um 5 Mrd. Euro ab 2018 und der

vom Bund aufgelegte Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. Euro könnten daher nur ein erster Schritt sein.

DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentierte wie folgt die Ergebnisse: „Die Untersuchung zeigt, dass die Situation der Kommunalfinanzen nach wie vor ernst ist. Gerade bei den kommunalen Straßen tritt dies deutlich zutage. Andererseits zeigt das Panel auch, dass die Landkreise ihre Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsintegration und der Inklusion von Menschen mit Behinderung sehr ernst nehmen und sich stark engagieren. Dass diese zusätzlichen Aufgaben mit weiteren Finanzierungsnotwendigkeiten verbunden sind, liegt auf der Hand. Insgesamt muss es zu einer deutlichen Stärkung der kommunalen Finanzkraft kommen.“ **DK**

Arbeitsmarktzahlen für Juni 2016:

Niedrigste je gemessene Arbeitslosenquote in Bayern

Der bayerische Arbeitsmarkt hat sich im Juni weiterhin sehr robust entwickelt: „Es gibt nach wie vor Stellenaufbau auf hohem Niveau, und die Arbeitslosenquote in Bayern liegt so nahe am Vollbeschäftigungslevel wie noch nie. Die aktuelle Arbeitslosenquote ist die niedrigste, die je in Bayern gemessen wurde“, stellte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner fest.

Quote bei 3,2 Prozent

Die Arbeitslosenquote in Bayern betrug im Juni 2016 durchschnittlich 3,2 Prozent und ist damit gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat um 0,2 Prozentpunkte gefallen.

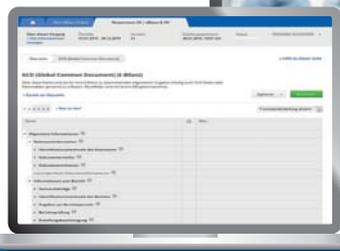
Aigner betonte, dass flexible Arbeitsmärkte als entscheidender Faktor für Beschäftigungserfolge erhalten werden müssen: „Deshalb ist es gut, dass die Erhöhung des Mindestlohns auf 8,84 Euro in den engen Grenzen geblieben ist, die sich die Kommission selbst auferlegt hat. Es bleibt dabei: Der Mindestlohn verringert in vielen Regionen und Branchen Beschäftigungschancen und ist für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose eine zu hohe Hürde. Wir brauchen jetzt schnell mehr Klarheit über die tatsächlichen Beschäftigungseffekte des Mindestlohns, die nicht durch konjunkturelle Entwicklungen überdeckt werden“, unterstrich die Ministerin. **□**



E-Bilanzen kostengünstig an die Finanzverwaltung übermitteln.

Die Online-Lösung zur Erfüllung der aktuellen steuerlichen und handelsrechtlichen Vorgaben.

JETZT KOSTENLOS ANMELDEN!
www.ebilanz-online.de



Schnell,
Kostengünstig,
Vielseitig.

JETZT AUCH FÜR:

- Betriebe gewerblicher Art
- Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

Ihre Vorteile

- **Kostengünstig:** Die Nutzung der Anwendung ist kostenfrei möglich. Sie zahlen maximal 25,00 € zzgl. Ust. je übermittelter E-Bilanz an die Finanzverwaltung.
- **Manuelle Eingabemöglichkeit:** einfache und schnelle Eingabe von Sonder- und Ergänzungsbilanzen ohne Buchungsvorgang.
- **Wiederverwendbarkeit:** Die in eBilanz-Online getätigten Eingaben, wie z. B. die Kontenzuordnungen (Mapping) per Drag & Drop oder Datenimport, sowie die eingegebenen Stammdaten (GCDs), stehen Ihnen zur Wiederverwendung im Folgejahr zur Verfügung.
- **Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Betriebe gewerblicher Art:** eBilanz-Online ermöglicht die Erstellung und Übertragung der E-Bilanz an die Finanzverwaltung.
- **Datensicherheit:** Der Bundesanzeiger Verlag verfügt über eine 60-jährige Erfahrung im Umgang mit sensiblen Unternehmensdaten und jahrelanges Know-how im sicheren Betrieb elektronischer Plattformen und der Verwaltung von Unternehmensdaten.

Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns kostenfrei an unter Tel. 08 00/1 23 43 39. Sie erreichen uns Mo. bis Fr. von 8:00 Uhr bis 18:30 Uhr – Wir beraten Sie gerne!

Gute Zusammenarbeit mit Kommunen:

Gestärktes Heimatbewusstsein

Bilanzpressekonferenz
der Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen

Ungeachtet internationaler „Wetterleuchten“ waren die Ausführungen von Verwaltungsratsvorsitzendem Landrat Leo Schrell, von Vorstandsvorsitzendem Thomas Schwarzbauer und Vorstandsmitglied Martin Jenewein bei der Bilanzpressekonferenz der Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen von Optimismus geprägt.

Die Zukunftsaussichten wurden als solide bewertet. Hierzu trugen im Jahresergebnis 2015 und im Ausblick auf die Geschäftsentwicklung 2016 unter anderem die weiter gestiegene Wirtschaftskraft im Landkreis sowie die niedrigsten Arbeitslosenquoten europaweit bei.

In vielerlei Hinsicht zählte der Landkreis Dillingen zu den Zukunftsregionen, wie Landrat Schrell unterstrich. Der Landratschef lobte die hervorragende Zusammenarbeit der Kreis- und Stadtsparkasse mit den Städten und Gemeinden: „Wir fördern Heimatbewusstsein.“

Förderung der Region

Die Vorstände Schwarzbauer und Jenewein wiesen auf die besondere zielgerichtete „Mission“ des Kreditinstituts hin: „Wir machen unsere Kunden erfolgreich, wir entwickeln unsere Mitarbeiter zu starken Persönlichkeiten und fördern die Region.“

Präsentiert wurden Erfolgszahlen der Geschäftsentwicklung 2015: Bilanzvolumen 1,456 Milliarden Euro (plus 4,8 Prozent), Bilanzgewinn 1,035 Millionen Euro (minus 3,9 Prozent), Geldvermögensbildung 1,378 Milliarden Euro (plus 2,2 Prozent), Kundenkreditgeschäft gesamt 1,005 Milliarden Euro (plus 6,3 Prozent), Geschäftsvolumen Kundengeschäft 2,403 Milliarden Euro (plus 4,8 Pro-

zent), Geschäftsvolumen gesamt 3,046 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent).

„Wir betreuen unsere Kunden ganzheitlich“, hoben Schwarzbauer und Jenewein hervor. 15.100 Beratungen bedeuteten bayernweit einen hervorragenden zweiten Platz. Die Kundeneinlagen beliefen sich auf 894 Millionen Euro (plus 0,8 Prozent). Die Kundenkredite 2015 betragen 168 Millionen Euro - ein Plus von 29 Prozent.

Immobilienmarkt

Die Regionaldirektorin bei der LBS Bayern, Sybille Knecht, verwies auf die starke positive Entwicklung im Immobilienmarkt. Bausparen sei Schlausparen, so Knecht: „Viele unserer Kunden investieren in Sachwerte.“ In Summe wurden 2015 1.228 Bausparverträge in Höhe von 53 Millionen Euro abgeschlossen.

Großer Wert wird in der Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen auf eine hervorragende Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt. Ende 2015 verzeichnete man 340 Mitarbeiter.

Stark beachtet war erneut die Sozialbilanz des Instituts. Gefördert wurden das gesellschaftliche, gemeinnützige und ehrenamtliche Engagement mit einer Investitionssumme von insgesamt 257.500 Euro. **jd**



V. l.: Walter Strohmaier (Landesobmann der bayerischen Sparkassen), Dr. Ivo Holzinger (zweiter Verbandsvorsitzender), Prof. Dr. Ulrich Reuter (erster Verbandsvorsitzender), Josef Pellkofer (neu gewählter zweiter Verbandsvorsitzender), Dr. Ulrich Netzer (Präsident des Sparkassenverbands Bayern).

Neuwahl des zweiten SVB-Vorsitzenden:

Josef Pellkofer folgt Dr. Ivo Holzinger

Die 90. Ordentliche Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern hat einstimmig einen neuen zweiten Verbandsvorsitzenden gewählt: Josef Pellkofer, 1. Bürgermeister der Stadt Dingolfing, übernimmt das Amt von Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen.

Pellkofer ist damit Stellvertreter von Prof. Dr. Ulrich Reuter, der als erster Vorsitzender die Verbandsversammlung, das oberste Organ des Verbands, leitet. Bereits von 2011 bis 2014 war Pellkofer zweiter Verbandsvorsitzender des Sparkassenverbands Bayern und somit intensiv in die strategischen Entscheidungen des Verbands eingebunden.

Gute Wünsche

Pellkofer folgt im Amt auf Dr. Ivo Holzinger, der bereits seit 1996 Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern war, insgesamt 17 Jahre lang als zweiter Verbandsvorsitzender und von 2011 bis 2014 als erster Verbandsvorsitzender Verantwortung für die bayerische Sparkas-

senorganisation übernommen hat. Netzer wünschte dem neu gewählten zweiten Verbandsvorsitzenden Pellkofer eine erfolgreiche Amtszeit und wies auf die Bedeutung kommunaler Entscheidungsträger für die Sparkassen hin: „Da die dezentral organisierten Sparkassen das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung widerspiegeln, sind kommunale Vertreter an ihrer Spitze Verbindungsglieder, die nachhaltig dafür sorgen, dass das Angebot an Finanzdienstleistungen eng mit den regionalen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft verzahnt ist“, so Netzer.

Das Engagement für die Sparkassen sei daher ein bedeutender Hebel zur Förderung der Wirtschaftsstruktur und des Wohlstands in Bayern. **□**

Sparkasse Dillingen und VR-Bank Donau-Mindel arbeiten zusammen

Die Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen a. d. Donau und die VR-Bank Donau-Mindel gehen in einer besonderen Zeit besondere Wege. Um die Bargeldversorgung für ihre Kunden aufrechtzuerhalten oder sogar zu verbessern kooperiert die VR-Bank mit der Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen a. d. Donau.

Seit 1. Juli können in verschiedenen Geschäftsstellen der Sparkasse Kunden der VR-Bank kostenfrei Bargeld abheben: Die bisherigen SB-Geschäftsstellen der Sparkasse in Dillingen-Hausen und in Bächingen werden zu gemeinsamen Geschäftsstellen umgewandelt. In Haunsheim und in Dillingen-Schretzhelm können VR-Bank-Kunden in den SB-Geschäftsstellen der Sparkasse kostenfrei Bargeld abheben.

Digitalisierung und Kundenverhalten

Die VR-Bank Donau-Mindel eG und die Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen stellen sich mit der Kooperation gemeinsam den Herausforderungen einer besonderen Zeit. Die zunehmende Digitalisierung prägt das Verhalten der Kunden. Der Zahlungsverkehr wird immer stärker durch Online-Banking erledigt. Entsprechend reduziert sich die Frequenz der Kunden in den Geschäftsstellen.

„Die Wünsche und Belange unserer Kunden und der heimischen Bevölkerung sind Basis unserer geschäftspolitischen Überlegungen. Von der Zusammenarbeit

von Sparkasse und VR-Bank bleibt der Wettbewerb im Kundengeschäft deshalb natürlich völlig unberührt. Gerade außerhalb der großen Ballungsräume sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken die Marktführer. Es besteht ein intensiver Wettbewerb mit qualifizierten Finanzdienstleistungen und Beratungen zu fairen Preisen um die Kunden in der Region - oft sehr zum Leidwesen der Großbanken, die bei dieser Wettbewerbslage ihre Margen- und Ertragsvorstellungen nicht realisieren können“, so der Konsens der Vorstände der beiden Bankinstitute.

Nullzinspolitik, hohe Risiken an den Finanzmärkten und immer kompliziertere Finanzangebote lassen sich nicht durch Internetbanking mit vielseitigen Beschreibungen erledigen. „Das persönliche Gespräch und die individuelle Beratung sind auch in Zukunft das Selbstverständnis der Sparkasse Dillingen und der VR-Bank Donau-Mindel als regionale Institute“ - auch darüber sind sich die Bankvorstände einig. Beide Institute werden, wie bisher, uneingeschränkt ihre Kunden individuell beraten. **□**

Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd hatte die Landräte, Bürgermeister, Kämmerer und sonstige Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus der Stadt Schwabach, dem Landkreis Roth und dem Altlandkreis Weißenburg zum 11. Kommunalforum in das Fabrikmuseum Roth eingeladen. Thema der diesjährigen Veranstaltung waren: „Perspektiven für Wirtschaft und Finanzen - Überblick über die aktuelle Zinsentwicklung“ und „Aktuelle Informationen zu paydirekt - dem neuen Onlinebezahlungs-system der deutschen Kreditwirtschaft“.

Jürgen Rohmer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Mittelfranken-Süd, begrüßte die anwesenden Bürgermeister und sonstigen kommunalen Vertreter, stellte kurz die Vertreter der Verbundpartner, die eigenen Spezialisten sowie die Referenten vor. Er bedankte sich bei Wolfgang Lösch, dem Vorsitzenden des Historischen Vereins und Senior Vice President Business Group Automotive Cables LEONI Kabel GmbH für die Gastfreundschaft. Wolfgang Lösch ging in seinem Grußwort auf die Geschichte des Museums ein.

Anschließend referierte Dr. Stefan Kipar, Volkswirt bei der BayernLB über die Perspektiven für Wirtschaft und Finanzen und gab einen Überblick über die aktuelle Zinsentwicklung“. In seinem Vortrag ging er auch auf die Risiken eines Brexit ein. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung stand die Entscheidung noch aus.

Der zweite Referent Helmut Rätke, Electronic Banking Berater der Sparkasse, stellte paydirekt, das neue Internet-Bezahlverfahren der deutschen Kreditwirtschaft vor.

paydirekt bietet dem Käufer im Vergleich zu ähnlichen Verfahren, wie zum Beispiel PayPal viele Vorteile. paydirekt unterliegt dem deutschen Datenschutz und die Daten werden in Deutschland gespeichert. Die Registrierung ist einfach und erfolgt über den Onlinebanking-Zugang des Käufers.

Für den Bezahlvorgang im Online-Shop benötigt der Käufer nur Benutzernamen und Passwort. Sowohl Online-Händler als auch Kommunen haben viele Vorteile: Geringere Kosten im Vergleich zu PayPal, eine hohe Reichweite, da alle deutschen Girokontoinhaber, die einen Online-Banking-Zugang haben, sicher und einfach mit paydirekt bezahlen können. **□**



Repräsentanten aus Finanzwirtschaft und Kommunalpolitik beim Fototermin.

Bayern Facility Management GmbH:

Weiter auf Erfolgskurs

Die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) aus München blickt trotz herausfordernder Marktgegebenheiten auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurück. Das Marktumfeld für Facility Services stellte seine Akteure auch 2015 vor einige Herausforderungen. Ein harter Wettbewerb mit teilweise aggressiven Preiskalkulationen sowie der weiterhin andauernde Fachkräftemangel prägten den FM-Markt.

Trotz dieser Marktbedingungen schaffte es die BayernFM die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 6,4 % auf 40,3 Mio. Euro zu erhöhen. Darin enthalten sind rd. 5,0 Mio. Euro Umsatz der Sicherheitstochter BayernCS. Die Zahl der Mitarbeiter stieg um knapp 3 % auf nunmehr 415 (davon 107 BayernCS).

Im Bereich Objektbewirtschaftung konnte das Kundengeschäft insbesondere mit der Beauftragung zur Bewirtschaftung der BMW Welt und des BMW Museums um mehr als 20 % ausgebaut werden. Weitere Bewirtschaftungsaufträge für repräsentative Büro-/Gewerbemöbilities in München wurden mit der Versicherungskammer Bayern sowie dem Münchner Assetmanagement- und Fondsdienstleister Real I.S. abgeschlossen.

In den Geschäftsfeldern Bauen und Beraten gelang es der BayernFM mit innovativen Produkten und Beratungsleistungen sich verstärkt am Markt zu positionieren. Insbesondere beim Energieaudit gemäß Energiedienstleistungsgesetz (EDL-G) vertrauten mehr als 50 Kunden auf die Expertise des Energieberatungsteams der BayernFM. Eine deutliche Steigerung der Umsätze bei begleitenden Leistungen wie Construction Monitoring und Projektsteuerung runden die erfolgreiche Entwicklung in diesen Geschäftsfeldern ab.

Neben dem Neugeschäft fokussiert sich die BayernFM auf eine nachhaltige Kundenbindung. Das Ergebnis der Kundenbefragungen mit einem Schnitt von 1,7 nach Schulnotensystem sowie die Quote für die Folgebeauftragung von 91 % belegen die hohe Kundenzufriedenheit.

Die BayernFM sieht sich als mittelständischen Komplett-dienstleisters im bayerischen FM-Markt gut positioniert und rechnet auch zukünftig mit einem stetigen Wachstum und zufriedenen Kunden. **□**



Von links: Thomas Schwarzbauer, Sybille Knecht, Leo Schrell und Martin Jenewein.

Veröffentlichung des DSGVO:

Praktisch helfen - Integration unterstützen

In der Flüchtlingskrise sind die Sparkassen aktive Partner aller staatlichen Ebenen sowie der Wirtschaft vor Ort. Sie stehen insbesondere den Kommunen zur Seite, die in erster Linie betroffen sind. Sparkassen sind fester Bestandteil regionaler Kultur und Gesellschaft. Mit ihrer besonderen geschäftspolitischen Ausrichtung unterstützen sie die ökonomische und gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge aktiv.

Die Integration der Flüchtlinge ist aber nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch für die Gesellschaft und die Volkswirtschaft als Ganzes bedeutsam. So werden die langfristigen Auswirkungen der Migration auf Wohlstand und Wachstum in Deutschland maßgeblich davon abhängen, wie schnell und gut die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gelingt.

Das Heft „Praktisch helfen - Integration unterstützen. Volkswirtschaftliche Perspektiven der aktuellen Flüchtlingskrise“, mit dem der DSGVO gleichzeitig die neu geschaffene Reihe „Wirtschaftspolitische Positionen“ eröffnet.

Weitere Informationen unter www.dsgv.de **□**

Kommunaler Finanzausgleich 2017:

KPV-Vorsitzender Rößle fordert Investitionsoffensive

„Wir fördern für den kommunalen Finanzausgleich 2017 eine Offensive bei Investitionen und damit verbunden die Erhöhung der Zuweisung nach Art. 10 Finanzausgleichsgesetzes (FAG) auf 500 Mio. EUR. Denn wer nicht investiert, wird mittel- und langfristig abgehängt.“ So formulierte Landesvorsitzender Stefan Rößle den Standpunkt der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU im Rahmen einer Gesprächsrunde mit den zuständigen Staatssekretären Albert Füracker aus dem Finanz- und Heimatministerium sowie Gerhard Eck aus dem Innenministerium.

Die im Artikel 10 des FAG aufgeführten Baumaßnahmen für Schulen, Kindertageseinrichtungen oder für kulturelle Einrichtungen bedürfen immer mehr finanzieller Mittel.

Steigende Bau- und Nebenkosten

Die Begründung für ihre Forderung nach einer stärkeren Förderung der kommunalen Investitionen liefert die KPV wie folgt: Die Kommunen sind für den Ausbau und den Erhalt der kommunalen Infrastruktur verantwortlich. Eine Vernachlässigung des Unterhalts führt langfristig zu höheren Kosten und zum

Rückgang von Wachstum und Produktivität. Die Weiterentwicklung dieses Bestandes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Bürger, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität.

Hochbauprojekte

Konkret geht es unter anderem um bauliche Sanierungen sowie die notwendige Neuschaffung von Klassenzimmern und Funktionsräumen in Schulen sowie Betreuungseinrichtungen. Bei derartigen Hochbauprojekten sind die Kommunen aktuell mit massiv gestiegenen Kosten kon-

frontiert. Zudem ist eine zusätzliche Belastung durch einen deutlichen Anstieg der Nebenkosten, ausgelöst durch HOAI, Brandschutzauflagen und Energieeffizienzverordnung festzustellen.

Zudem wird der Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und anerkannten Asylbewerbern in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen.

Wichtige Aufstockung

Die finanziellen Spielräume der Kommunen werden darüber hinaus durch die ständig steigenden Sozial- und Jugendhilfekosten immer geringer, was die Durchführung von derartigen Investitionsprojekten zusätzlich erschwert. Landesvorsitzender Rößle: „Kommunale Investitionen sind nicht nur Voraussetzung für zukünftige Steuereinnahmen vor Ort, sondern auch für eine

positive gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Freistaat. Die Attraktivität der Gemeinden, Städte und Landkreise auf der einen Seite sowie die vollumfängliche Aufgabenbewältigung auf der anderen Seite können mit der Aufstockung um 70 auf 500 Millionen Euro spürbar verbessert werden.“

Deutlich höhere Pro-Kopf-Pauschale beim Personal nötig

Ferner fordert die KPV im Bereich Personal eine höhere Finanzaufstockung. Stefan Rößle: „Eine deutliche Anhebung der Mittel über die Pro-Kopf-Pauschalen nach Artikel 7 des FAG sehe ich als begründet an. Die Aufstockung muss aber aus staatlichen Haushaltsmitteln erfolgen, da es sich hier um einen finanziellen Ausgleich für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises handelt.“

Die Gemeinden, die Verwaltungsgemeinschaften und die Landkreise erhalten derzeit über die Pro-Kopf-Pauschale Finanzaufstockungen als Ersatz des Verwaltungsaufwands für die Aufgaben des jeweils übertragenen Wirkungskreises. Dies sind bei den Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden 16,70 Euro und bei kreisfreien Gemeinden 33,40 Euro jeweils pro Einwohner und Haushaltsjahr.

Höherer Personaleinsatz

Eine Aufstockung der Pauschalen fand letztmalig am 1. Januar 1999 statt, obwohl sich die Personalkosten seither nachweislich um mehr als 20 Prozent erhöht haben. Stefan Rößle: „Der Personaleinsatz ist gerade auch mit der Bewältigung des Flüchtlingszuzugs enorm gestiegen und die Mehrkosten belasten die Haushalte der Gemeinden, Städte und Landkreise. Um die behördlichen Aufgaben weiterhin dienstleistungs- und bürgerorientiert wahrnehmen zu können, muss der Freistaat Bayern seinen Kommunen bei den Ausgaben für den Personalbedarf unter die Arme greifen.“

Zudem steht in vielen Landratsämtern nicht ausreichend staatliches Personal zur Verfügung, um die staatlichen Aufgaben vollumfänglich bearbeiten zu können. Stefan Rößle: „Die Ausstattung mit staatlichem Verwaltungs- und Fachpersonal muss vom Freistaat deutlich verbessert werden.“

Bei den Verhandlungen der KPV mit den beiden Staatssekretären Füracker und Eck unter der Leitung von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle waren von kommunaler Seite noch Bezirksstagspräsident Josef Mederer, Landrat Christoph Göbel, Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, und Bürgermeister Alois Scherer beteiligt.

heit über die finanzielle Belastung durch die Unternehmensnachfolge auch in den nächsten Jahren führen.“

„Es ist davon auszugehen, dass auch das neue Gesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden wird. Die Unternehmen erhalten also wieder nur Rechtssicherheit für beschränkte Zeit – und das auf einer hoch komplexen Grundlage. Es ist bedauerlich, dass der Gesetzgeber nicht dem Weg Österreichs gefolgt ist, die Erbschaftsteuer abzuschaffen“, betont Rödl.

Rödl & Partner ist als integrierte Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an 106 eigenen Standorten in 49 Ländern vertreten. IT-Beratung sowie Wirtschaftsprüfung ist 4.200 unternehmerisch denkenden Partnern und Mitarbeitern zu verdanken.

BayernLabo:

Darlehensprogramm „Hochwasser 2016“

Ab sofort bietet das Förderinstitut BayernLabo mit dem Darlehensprogramm „Hochwasser 2016“ ein Hilfsprogramm für die Beseitigung von Schäden an überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden in den betroffenen Gebieten an. Es können Darlehen bis zu 50.000 Euro je beschädigter Wohnung mit einem Zinssatz von 0 Prozent auf 10 Jahre Laufzeit und einem Tilgungssatz von jährlich 4 Prozent gewährt werden.

Beantragt werden können die Darlehen bei der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt). Die BayernLabo gewährleistet eine schnelle und unbürokratische Umsetzung des Darlehensprogramms, um Betroffene in ihrer Notsituation zügig zu unterstützen.

Förderprogramm Investkredit Kommunal Bayern

Das Darlehensprogramm gehört zum umfangreichen Hilfspaket des Freistaats Bayern für Hochwasserschädigte. Kommunen steht für Sanierungsmaßnahmen und Ersatzneubauten sowie für präventive Hochwasserschutzmaßnahmen er-

gänzend zu dem staatlichen Hilfspaket das BayernLabo-Förderprogramm Investkredit Kommunal Bayern zur Verfügung. Die jeweils aktuellen Konditionen finden sich auf der Internetseite der BayernLabo unter www.bayernlabo.de.

Ende Mai bis Anfang Juni 2016 sind nach tagelangen Regenfällen ganze Regionen Bayern im Wasser versunken. Die Staatsregierung hat für die Hochwasserschädigten in Bayern ein umfangreiches Hilfsprogramm beschlossen. Die BayernLabo beteiligt sich mit ihrem neuen Darlehensprogramm „Hochwasser 2016“ und dem bewährten Förderprogramm „Investkredit Kommunal Bayern“ an den finanziellen Hilfen für betroffene Bürger und Kommunen.

BayernLB Corporates Day:

Unternehmen vernetzen sich

Rund 250 Unternehmen und Unternehmensvertreter haben sich beim 7. Corporates Day der BayernLB in München über aktuelle Finanzierungslösungen und -trends ausgetauscht.

Kern der Kundenveranstaltung ist der Best-Practice-Gedanke. In 18 Workshops nutzten die Teilnehmer – allesamt Firmen- und Immobilienkunden der BayernLB – die Möglichkeit zum Wissensaustausch, für Diskussionen und Networking. Experten der teilnehmenden Unternehmen gestalten nach dem Motto „Von Kunden für Kunden“ die Workshops selbst. „Der Corporates Day ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was wir unter modernem Banking verstehen – er vereint große Expertise und ausgeprägter Kundennähe“, betonte Michael

Bücker, der im Vorstand der BayernLB das Firmenkundengeschäft verantwortet.

Themenschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf Fragestellungen der Unternehmensfinanzierung wie dem Hedging von Rohstoffpreisen, Supply Chain Finance oder Konsortialfinanzierungen. In Workshops und individuellen Expertengesprächen wurden aber auch zahlreiche weitere Themen behandelt, darunter ein möglicher Brexit, die Digitalisierung oder das Büro der Zukunft.

Forsa-Umfrage:

„Sparerschutz in Europa in jedem Staat einzeln sicherstellen“

Die Mehrheit der Bundesbürger ist dafür, dass der Sparerschutz in der Europäischen Union auch zukünftig in den einzelnen Staaten sichergestellt wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut forsa für den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) durchgeführt hat.

Die Bundesbürger erteilen damit den Plänen einer zentralen europäischen Einlagensicherung, wie sie von der EU-Kommission verfolgt werden, eine deutliche Abfuhr. Zusammen mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (70 Prozent) und der Sozialpolitik (67 Prozent) gehört die Einlagensicherung (62 Prozent) zu den Bereichen, die die Mehrheit der Menschen in Deutschland weiterhin in nationaler Zuständigkeit sehen will. Die Umfrage war im Zusammenhang mit der Brexit-Diskussion durchgeführt worden.

Grundlage für Stabilität

„Die Sparer in Deutschland haben sehr hohes Vertrauen in die bestehenden eigenverantwortlichen Sicherungseinrichtungen. Sie wissen, dass ihr Ersparnis sicher ist. Das muss auch in Zukunft so bleiben, denn Sparerschutz ist die Grundlage für volkswirtschaftliche Stabilität“, sagte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Alle EU-Länder seien gefordert, das Vertrauen der Sparer

durch eigene Maßnahmen zu stärken. „Eigene Maßnahmen zu unterlassen und sich stattdessen auf die Solidität anderer zu verlassen, ist keine Lösung. Jeder Mitgliedstaat muss die Einlagen seiner Sparer gemäß den europaweit geltenden Standards selbst absichern“, so der DSGV-Präsident.

Nach der Umfrage stehen die Bundesbürger mit großer Mehrheit hinter der Europäischen Union. Weit über 80 Prozent der Befragten finden die Idee, dass die Staaten in Europa wirtschaftlich und politisch eng zusammenwachsen, grundsätzlich gut. Das ist mehr als vor fünf Jahren. Rund jeder zweite ist jedoch der Ansicht, dass die EU zu viel über Dinge entscheide, die besser die einzelnen Staaten entscheiden sollten.

Eine Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedsländer hält der Großteil der Befragten – 48 Prozent – für die bessere Alternative, damit die EU wieder mehr Akzeptanz bei den Bürgern findet. Nur 27 Prozent sehen in einer Kompetenzverlagerung an die EU die Lösung des Akzeptanzproblems.



Im Rahmen des Bayerischen Landkreistags in Bad Kissingen informierte die S-Finanzgruppe als Zahlungsverkehrs-Partner der AKDB unter anderem über ihr Angebot „paydirekt“ (vgl. Seite 6, Kommunalforum Sparkasse Mittelfranken). Dabei handelt es sich um eine zuverlässige Bezahlpattform, die auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ausgerichtet ist und sich über offene Schnittstellen in Fachverfahren und Portale einbinden lässt. Ein sicherer Betrieb im AKDB-Rechenzentrum sowie attraktive Konditionen und eine einfache Abwicklung durch einen Rahmenvertrag mit dem Payment-Service-Provider sind garantiert.

Unser Bild zeigt an den beiden Partnerständen von links: Heike Hofstetter und Rudolf Schleyer (beide AKDB), Anne-Marie von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung), Landrat Prof. Ulrich Reuter (SVB-Verbandspräsident), Andrea Bastian (SVB-Fachreferentin Kommunalkundengeschäft), Dr. Johann Keller (Bayerischer Landkreistag) und Wolfgang Schmidt (BayernLabo).

Prof. Dr. Christian Rödl zur Erbschaftsteuerreform:

Deutsche Unternehmen im globalen Wettbewerb geschwächt

Der Kompromiss zur Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer, der von der Großen Koalition verkündet wurde, wird bei beschäftigungsstarken Familienunternehmen zu erheblichen Mehrbelastungen führen. Während nach geltendem Recht Veranlassungsabschlüsse von 85 bis 100 Prozent möglich sind, wenn die Beschäftigung, gemessen an der Lohnsumme, gehalten und das Unternehmen nicht verkauft wird, droht nun ab einem Wert des übertragenen Unternehmens/Anteils von 26 Mio. Euro eine hohe steuerliche Belastung der Nachfolge.

Für mittelgroße Unternehmen wird die bisherige Begünstigung schnell bis auf 0 abgeschmolzen, für große Unternehmen ab 90 Mio. Euro Übertragungswert kommt eine Verschönerung nur noch in Betracht, wenn die Erwerber eine Bedürftigkeit nachweisen.

Teure Nachfolge

„Je größer der wirtschaftliche Erfolg, je höher der Beitrag zur Beschäftigung und je mehr Steuern die Unternehmen in Deutschland zahlen, desto teurer wird künftig die Nachfolge“, warnt Prof. Dr. Christian Rödl, Geschäftsführender Partner von Rödl & Partner. „Wir schwächen dadurch unsere mittelständisch geprägten Weltmarktführer im internationalen Wettbewerb. Erfolgreiche Unternehmen, die hier in Deutschland Arbeitsplätze schaffen, werden dazu gezwun-

gen sein, zu verkaufen oder sich zu verschulden, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können.“

„Vermögenssteuer durch die Hintertür“

Der Reformvorschlag sieht unter anderem vor, im Rahmen einer Bedürfnisprüfung das Privatvermögen des Nachfolgers in die Berechnung der Erbschaftsteuerbegünstigung mit einzubeziehen. Bis zu 50 Prozent des privaten Vermögens muss der Nachfolger einsetzen, um die Erbschaftsteuer auf das Betriebsvermögen zu bezahlen, nur eine höhere Erbschaftsteuer wird ihm erlassen. „Die Große Koalition führt mit der Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer durch die Hintertür eine Vermögenssteuer für Unternehmen ein“, betont Rödl.

Positiv ist festzuhalten, dass bei der hassen Kompromissaus-

setzung zwischen den Regierungsparteien im Detail noch Regelungen im Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Schäuble entschärft wurden, die zu einer noch stärkeren Belastung geführt hätten. Das gilt beispielsweise für die Regelungen zur Begrenzung der Überbewertung von Unternehmen im vereinfachten Ertragswertverfahren, die realitätsgerechtere Ausgestaltung eines Bewertungsabschlages für Familienunternehmen mit Kapitalbindung, die Entlastung von kleinen Unternehmen mit nicht mehr als fünf Arbeitnehmern von der Bürokratie der Lohnsummenprüfung und vor allem die Einbeziehung von Drittlandsbeteiligungen in das unternehmerische Vermögen.

Übermaß an Bürokratie in Sicht

„Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erbschaftsteuerreform zu steuerlichen Mehrbelastungen auf breiter Linie führen wird“, so Rödl. „Auf die Unternehmen kommt ein Übermaß an Bürokratie und Erfüllungsaufwand zu. Das wird zu erheblicher Unsicher-

Treibende Kraft für eine nachhaltige Zukunft

GdW und DGRV zum Internationalen Tag der Genossenschaften

„Genossenschaften: Die treibende Kraft für eine nachhaltige Zukunft!“ – unter diesem Motto wurde weltweit der Internationale Tag der Genossenschaften gefeiert. Der Ehrentag stand damit ganz im Zeichen der „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen.

„Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine wichtige Aufgabe der Weltgemeinschaft. Genossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag, die Armut in den benachteiligten Ländern der Erde zu bekämpfen“, sagt Dr. Eckhard Ott, Vorstandsvorsitzender des DGRV.

„Genossenschaften richten ihr Handeln an ökonomischen, ökologischen und sozialen Prinzipien aus, agieren dadurch nachhaltig und übernehmen große Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft“, betont Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Die 2030-Agenda der Vereinten Nationen sieht für die weltweite Entwicklungszusammenarbeit 17 nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) vor. Armut, Hunger, Ungleichheiten, mangelnde Bildung und die Benachteiligung von Frauen und Jugendlichen sollen durch nachhaltiges Wirtschaften und einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen überwunden werden. Die Menschheit kann diese ehrgeizigen Ziele aber nur gemeinsam in einer globalen Partnerschaft erreichen.

„Die UN-Nachhaltigkeitsziele prägen auch die genossenschaftliche Entwicklungsarbeit des DGRV. Seit mehr als 40 Jahren arbeiten wir in partnerschaftlicher Kooperation mit den benachteiligten Regionen der Welt am Aufbau genossenschaftlicher Unternehmen und Verbundstrukturen. Genossenschaften fördern eine breite wirtschaftliche und soziale Entwicklung“, ergänzt Ott.

„Wichtig ist zudem der Grundsatz, dass die Lösungen nicht von außen kommen, sondern in den jeweiligen Ländern entwickelt werden. Dies ist entscheidend für eine nachhaltige internationale Kooperation“, resümiert Gedaschko. Nach diesem Prinzip leistet die Wohnungswirtschaft bereits seit 1969 mit einer eigenen Organisation (DESWOS) vor Ort Hilfe zur Selbsthilfe beim Bau von Wohnraum.

Nach Angaben des Internationalen Genossenschaftsbundes ICA sind weltweit 2,6 Millionen Genossenschaften mit einer Milliarde Mitgliedern in den verschiedensten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen tätig. Sie bieten etwa 250 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Auch in Deutschland fördern etwa 8.000 Genossenschaften ihre 21 Millionen Mitglieder.

Der Internationale Tag der Genossenschaften wird seit 1923 jeweils am ersten Samstag im Juli gefeiert. Die UNO und ICA weisen mit diesem Ehrentag auf die besondere Bedeutung der Genossenschaften für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hin.

Studie von Öko-Institut und Grünem Punkt:

Duales System entlastet Umwelt und Klima

Schon heute leistet das duale System einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Bei entsprechendem Rahmenbedingungen könnte es allerdings noch viel mehr leisten, lautet das Ergebnis einer umfassenden Studie zu ökologischen Leistungen und Potenzialen des dualen Systems, die das Öko-Institut und der Grüne Punkt in Berlin präsentierten.

Laut Untersuchung entlastet das duale System die Atmosphäre Jahr für Jahr um 3,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Davon gehen allein 1,9 Millionen Tonnen auf die Verwertung der Leichtverpackungen aus Kunststoffen, Metallen und Verbunden (Gelbe Tonne, Gelber Sack) zurück.

Durch das Recycling von Leichtverpackungen wird die Umwelt in vielerlei Hinsicht entlastet. Die Versauerung der Böden sinkt ebenso signifikant wie die Belastung durch Phosphatäquivalente, die sogenannte terrestrische Eutrophierung. Darüber hinaus werden fossile energetische Ressourcen, beispielsweise Kohle und Öl, durch das duale System geschont.

Das Recycling von Leichtverpackungen trägt im Vergleich zur Verwertung anderer Abfallfraktionen überdurchschnittlich stark zum Klimaschutz bei, pro Tonne beispielsweise 19 Mal mehr als die Entsorgung des Restmülls, der zu großen Teilen in Müllverbrennungsanlagen beseitigt wird. Mehr als die Hälfte des Klimaschutzbeitrags aus der Verwertung von Abfällen ist dem dualen System zuzurechnen.

Wie die Untersuchung weiter zeigt, hat sich Recycling unter Umweltsichtspunkten den Verfahren der energetischen Verwertung überlegen. Dies gilt insbesondere in der Gesamtschau aller Umweltkriterien und dann, wenn man neben den klassischen Wir-

kungskategorien der Ökobilanz auch Aspekte wie den Ressourcenschutz und die Umweltbelastung durch die Rohstoffgewinnung berücksichtigt.

Durch die Ausweitung der Erfassungsmenge, optimierte Getrennhaltungskonzepte und eine flächendeckende Sortierung auf dem Stand der heutigen Technik könnte das duale System einen noch größeren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Dieser könnte sich bei optimaler Entwicklung und unter Einbeziehung der Gutschriften für Glas sowie Papier, Pappe und Karton auf über 4,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr summieren. Der Ausbau des dualen Systems würde auch zu einer Klaren Verringerung der Versauerung, der Eutrophierung und des Verbrauchs fossiler energetischer Ressourcen führen.

Alle heute absehbaren Trends lassen die Überlegenheit des Recyclings gegenüber der energetischen Verwertung zukünftig noch weiter ansteigen.

Laut Studie stellen höhere Quoten für das Kunststoffrecycling, eine Erleichterung der Sortierung in den Haushalten (beispielsweise durch die Einführung der Wertstofftonne), Anreize für die Verwendung besser recycelbarer Verpackungsmaterialien (Design for Recycling) sowie Sicherheit im Hinblick auf die notwendigen Investitionen in Innovationen und technischen Fortschritt wirkungsvolle Stellschrauben dar. DK

MünchenerHyp:

Nachhaltigkeitsrating verbessert

Die Münchener Hypothekbank eG zählt laut dem aktuellen Nachhaltigkeitsrating von oekom research zu den drei am besten bewerteten Banken in der Kategorie „Financials/Mortgage & Public Sector Finance“. Dabei hob die Agentur das Rating der MünchenerHyp von C auf C+ an. Im Einzelnen bewertete oekom research das ökologische Engagement der Bank mit B- und das soziale Engagement mit C+. Zugleich bestätigte sie deren „Prime Status“.

Als Gründe für die verbesserte Bewertung nannte oekom research unter anderem die Qualität des Darlehensportfolios unter sozialen und ökologischen Aspekten, den verantwortungsbewussten Umgang mit den Kunden sowie das im vergangenen Jahr neu eingeführte Nachhaltigkeitsdarlehen. „Wir freuen uns, dass unsere Maßnahmen, Nachhaltigkeit tief im Kerngeschäft der MünchenerHyp zu verankern, eine Bestätigung in dem aktuellen Rating von oekom research erfahren. Das gibt uns noch mehr Antrieb, diesen Weg weiter zu verfolgen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

oekom research zählt international zu den führenden Agenturen für Nachhaltigkeitsratings. In der Kategorie „Financials/Mortgage & Public Sector Finance“ werden 59 Banken aus der ganzen Welt bewertet. Die beste Einstufung in dieser Kategorie ist C+, sie wird von etwas über 10 Prozent der Institute erreicht.

Neue Publikation:

Branchenleitfaden Abfallwirtschaft

Ein neuer Leitfaden speziell für kommunale Unternehmen der Abfallwirtschaft wurde auf der IFAT 2016 von der Nachhaltigkeitsinitiative der Abfallwirtschaft, einem Zusammenschluss der 13 größten kommunalen Entsorger Deutschlands und der Stadt Wien, vorgestellt. Unternehmen der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung können somit ihr Engagement im Bereich Nachhaltigkeit besser sichtbar machen.

Die Publikation, herausgegeben vom Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), ist insbesondere kleineren Unternehmen der Branche den Einstieg ins Thema erleichtern. Grundlage ist der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK), der in 20 Kriterien festlegt, mit welchen Angaben und Kennzahlen Unternehmen über ihr Nachhaltigkeitsmanagement berichten sollten.

Die Nachhaltigkeitsinitiative der Abfallwirtschaft und Stadtreinigungen wurde 2014 von den 13 führenden Abfallentsorgern und Stadtreinigern Deutschlands und der Stadt Wien ins Leben gerufen und wird vom VKU und dem Beratungsunternehmen :response unterstützt.

Wie dem Leitfaden zu entnehmen ist, hat der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) als Mitglied der Nachhaltigkeitsinitiative die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – seit 2008 fest in den Unternehmenszielen verankert. Im Rahmen der Strategiearbeit hat der AWM Managementansätze zu den Themenbereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales abgeleitet. Diese enthalten jeweils Leitbild, Leitsätze und Ziele.

Daneben wurden Kernindikatoren (KPIs) definiert, anhand derer die Nachhaltigkeitsaktivitäten des AWM im Rahmen des strategischen Controllings gemessen werden. Zusätzlich wurden Maßnahmen definiert, die der Zielerreichung dienen. Im Rahmen des Nachhaltigkeitsmanagements und der Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie werden die wesentlichen Themen regelmäßig intern und – im Rahmen von Stakeholderdialogen – extern überprüft. Gegebenenfalls werden Ziele, Maßnahmen und Kernindikatoren angepasst.

Da Abfallvermeidung eine Gesetzesvorgabe ist und am effektivsten zum Ressourcenschutz beiträgt, arbeitet der AWM seit über 25 Jahren nach einem ökologischen Abfallwirtschaftskonzept, das Abfallvermeidung an die erste Stelle stellt. Dazu betreibt er effektive Öffentlichkeitsarbeit zur Müllvermeidung und hält zahlrei-

che Angebote vor. In einem betriebseigenen Gebrauchtwarenkaufladen werden gut erhaltene Gegenstände zu geringen Preisen weiterverkauft.

Das umfangreiche Online-Angebot zur Abfallvermeidung umfasst einen Secondhandführer, ein Versuchenportal, ein Leihlexikon, ein Flohmarktportal und einen Reparaturführer. Hier können sich Anbieter kostenfrei eintragen und Interessierte Adressen einfach finden. Auch auf lokal-politischer Ebene setzt sich der AWM erfolgreich für die Abfallvermeidung ein. In den 1990er Jahren erwarb er im Stadtrat, das auf Veranstaltungen auf öffentlichem Grund Essen und Getränke ausschließlich in Mehrwegprodukten ausgegeben werden dürfen. Dadurch wurde auf dem Münchner Oktoberfest die Restmüllmenge um 90 Prozent gesenkt.

Um das innerbetriebliche Ressourcenmanagement zu optimieren, führt der AWM derzeit ein Energiemanagement nach ISO 50001 ein und beteiligt sich an Ökoprotokoll, einem Kooperationsprojekt zwischen Kommune, Betrieb und der IHK mit dem Ziel, den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz zu verbessern. Im Laufe des Jahres 2016 werden Einsparpotenziale aufgezeigt und Verbesserungsmaßnahmen definiert und umgesetzt werden.

Der Würzburger Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ wiederum stellt laut Publikation den derzeit rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilungen Straßenreinigung, Abfalldienste und Fuhrpark die Kleidung für den täglichen Arbeitseinsatz zur Verfügung.

2012 entstand die Idee, sukzessive von „konventioneller“ auf fair gehandelte und fair produzierte Arbeitskleidung umzusteigen. Mit der Unterstützung der lokalen Agenda 21 und des Würzburger Weltladens haben die Mitarbeiter des Beschaffungswesens zunächst die Vielzahl der am Markt vorhandenen Labels auf ihre Aussagekraft und Glaubwürdigkeit geprüft. Nach der Entscheidung für die Labels Fair Trade und Fair Wear wurden entsprechende An-

Bayern Kapital:

Beteiligung an Seed-Finanzierungsrunde von TerraLoupe

Das Münchner Computer-Vision-Start-up TerraLoupe analysiert Luftbilddaten großer Landstriche mittels künstlicher Intelligenz. Die Nutzung von Deep-Learning-Verfahren ermöglicht es, nun auch kleine Objekte in großen Flächen automatisch zu erkennen. Für die Seed-Finanzierung hat TerraLoupe neben Bayern Kapital ein Konsortium von Business Angels um Prof. Dr. Michael Mirow, Prof. Dr. Christoph von Einem und das e2C3-Angebotnetzwerk als Investoren gewonnen.

Das frische Kapital will TerraLoupe jetzt in die Erweiterung und Verfeinerung der Algorithmen investieren. Diese können aus großen Datenmengen relativ kleine Objekte wie etwa Dachfenster oder Straßenschilder effizient erkennen; solche Lösungen waren bisher am Markt nicht erhältlich. So hilft TerraLoupe etwa (Rück-)Versicherungen, ihre Risiken in der Gebäudeversicherung städte-übergreifend besser abzuschätzen, weil zum Beispiel Dachfenster oder Wintergärten großflächig an und um Häuser automatisch erkannt werden. Automobilhersteller kommen schneller und günstiger zu hochgenauen Straßenkarten für Fahrerassistenzsysteme und autonomes Fahren. Solche Karten enthalten zum Beispiel auch Objektinformationen zur Verkehrsinfrastruktur. Solar-energieversorger können geeignete Dachflächen für die Installation einer Solaranlage identifizieren.

„Prinzipiell wollen wir mit unserer Plattform die Digitalisierung der Außenwelt vorantreiben und perspektivisch die erkannten Objekte georeferenziert mit weiteren Informationen zusammenführen. Viele Kunden sind überrascht, was heute schon möglich ist. Und wir können ihnen jetzt Informationen vermitteln, die ihr Geschäft fördern“, erklärt TerraLoupe-Geschäftsführerin und Gründerin Manuela Rasthofer. „Der Geodatens-Markt vollzieht derzeit einen Wandel: Nach der Sammlung und Aufbereitung von Geodaten wird nun die automatisierte und flächendeckende Analyse dieser riesigen Datenmengen das nächste große Wachstum in der Branche vorantreiben. Unternehmen wie TerraLoupe, die hierbei einen klaren technologischen Mehrwert bieten können, werden in Zukunft eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir freuen uns daher, dass wir TerraLoupe mit unserer Finanzierung begleiten können“, erläutert Roman Huber, Geschäftsführer von Bayern Kapital.

Kreditgenossenschaften gewinnen eine Viertelmillion Mitglieder

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben in den vergangenen fünf Jahren mehr als eine Viertelmillion neue Mitglieder gewonnen. Dies teilte der Genossenschaftsverband Bayern (GVV) anlässlich des Internationalen Genossenschaftstags mit. Insgesamt waren zum Ende 2015 2,667 Millionen Bürgerinnen und Bürger an einer Volksbank Raiffeisenbank im Freistaat beteiligt. Das ist rechnerisch jeder fünfte Einwohner in Bayern. Zum Jahresende 2010 waren es 2,416 Millionen.

„Der Mitgliederzuwachs bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken ist ein Vertrauensbeweis für das Geschäftsmodell der genossenschaftlichen Institute“, kommentiert GVB-Vorstand Jürgen Gros die positive Entwicklung. Der kontinuierliche Anstieg in den vergangenen Jahren zeige, dass die bayerischen Bürger von der soliden und regionalen Ausrichtung der Kreditinstitute überzeugt sind. Das gilt für den gesamten Freistaat: In allen bayerischen Regierungsbezirken hat die Zahl der Anteilseigner seit Ende 2010 zugenommen.

GVB-Vorstand Jürgen Gros:

Pläne für Kontenabfragen gehen zu weit

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen den gemeinsamen Vorschlag von Bund und Ländern ab, dem Fiskus unbegrenzt und ohne Anfangsverdacht Einblicke in Bankkonten von Kunden zu gewähren. Im Kampf gegen Steuerbetrug ist unter anderem vorgesehen, den Paragraphen 30a Abgabenordnung („Schutz von

Bankkunden“) abzuschaffen. Damit wäre es den Finanzämtern möglich, massenhaft Kontodaten von Privat- und Firmenkunden bei Kreditinstituten abzufragen. Die Pläne sind bei der Jahrestagung der Länderfinanzminister beschlossen worden.

„Die Politik geht eindeutig zu weit“, kommentierte Jürgen Gros, Vorstand beim Genossenschaftsverband Bayern (GVV), das Vorhaben. Zwar sei es richtig, mit harten Bandagen gegen Steuerkriminalität zu kämpfen. Die Mehrheit der Bürger dürfe jedoch nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Darüber hinaus zeugt es nach Ansicht des GVB von einem falschen Staatsverständnis, Banken zu „Erfüllungsgeldern der Finanzbehörden“ zu machen. „Selbstverständlich unterstützen die bayerischen Genossenschaftsbanken die Behörden bei begründeten Verdachtsmomenten im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften. Aber die Institute lehnen es ab, ohne begründeten Verdacht massenhaft Kundendaten nach Gutdünken der Finanzbeamten zu liefern. Damit wird das Bankgeheimnis endgültig abgeschafft“, so Gros.

8. Bayerische Immissionschutztag:

Neuerungen in der Umweltgesetzgebung

KUMAS-Fachkongress in Augsburg

Rund 200 Teilnehmer verzeichneten die diesjährigen Bayerischen Immissionschutztag in Augsburg, veranstaltet vom Förderverein KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e. V. in Kooperation mit Andrea Versteil Rechtsanwältin, dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und der Müller-BBM GmbH.

Die seit 2009 etablierte Veranstaltungsreihe richtet sich an Unternehmen, Kommunen, Behörden, Planungs- und Gutachterbüros sowie Fachanwälte für Verwaltungsrecht. Sie dient dem Austausch über neueste gesetzliche und technische Entwicklungen sowie der Diskussion aktueller Probleme des Vollzugs im Immissionschutzrecht.

Planungsvorhaben der Industrie, aber auch der Kommunen, werden durch die unmittelbare Nachbarschaft und allgemein durch die Bevölkerung zunehmend kritisch begleitet. „Eine Herausforderung für Antragsteller und Behörden besteht darin, Einflüsse auf die Umwelt im Dialog verständlich darzustellen“, er-

läuterte KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky. Die Bayerischen Immissionschutztag vermitteln das nötige Fachwissen, um kontroverse Diskussionen zwischen den Beteiligten zu versachlichen und die Dialogbereitschaft zu fördern.

Wichtige Neuerungen in der Umweltgesetzgebung standen in diesem Jahr auf der Tagesordnung. In Überblicksvorträgen berichtete das Bundesumweltministerium über den Stand der Arbeiten zur Novellierung des Gesetzes zur Umweltingenieurprüfung und des Umweltingenieurberufsgesetzes. Ein weiterer Schwerpunkt war die Podiumsdiskussion zwischen Experten, die die Möglichkeiten und Gren-

zen der neutralen Vermittlung zwischen Anlagenbetreibern, Behörden und der Nachbarschaft am Beispiel einer Gießerei zum Gegenstand hatte.

Emissionsminderung

Insbesondere Emissionen aus dem innerstädtischen Verkehr führen gerade in den Sommermonaten zu hohen Belastungen der Bevölkerung. Welche Maßnahmen Städte zur Verringerung der Belastung ergreifen können und welche technischen Konzepte z. B. die Fahrzeugindustrie entwickelt, um einen wirksamen Beitrag zur Emissionsminderung zu leisten, darüber gab für die Fahrzeugindustrie Dr. Udo Hartmann, Konzernbeauftragter Umweltschutz der Daimler AG Auskunft. Mit der Fortschreibung der TA Luft befasste sich Hans-Peter Ewens, Bundesministerium für

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bonn. Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft ist das zentrale Regelwerk zur Verringerung von Emissionen und Immissionen von Luftschadstoffen aus genehmigungsbedürftigen Anlagen. Sie legt den Stand der Technik für über 50.000 Anlagen in Deutschland fest. Die TA Luft entfaltet als sog. normenkonkretisierende Verwaltungsvorschrift eine unmittelbare Außenwirkung; damit ist sie für Anlagenbetreiber und die betroffene Öffentlichkeit von erheblicher Relevanz.

Die TA Luft 2002 entspricht laut Ewens in Teilen nicht mehr dem Stand der Technik, weil dieser sich weiter entwickelt hat. Hohe Umweltstandards sind Grundlage für das heute bereits vorhandene umfangreiche Know-how in der Umweltschutztechnik in Deutschland, deren Weiterentwicklung auch zukünftig Vorteile für die heimische Industrie sichern wird. Um weiterhin dem Anspruch eines fortschrittlichen, vollzugsvereinheitlichenden und entbürokratisierenden Regelwerkes gerecht zu werden, ist eine Anpassung und Fortschreibung geboten.

TA Luft

Vorgesehen ist, die Überarbeitung der TA Luft in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Seit Juni 2015 finden Gespräche mit den Ressorts, Länder, Industrie- und Umweltverbänden auf Basis von Arbeitspapieren statt. Auf dieser Grundlage soll in Kürze der Referentenentwurf erstellt und zur Anhörung versandt werden.

Die Auswirkungen der Novellierung der TA Luft auf den Anlagenbetrieb und die Genehmigungspraxis aus Sicht eines Gutachters erläuterte Norbert Suttrich, Müller-BBM GmbH, Plannegge. Die geplante neue TA Luft

wird seiner Auffassung nach sowohl den künftigen Betrieb genehmigungspflichtiger Anlagen als auch die Genehmigungspraxis massiv beeinflussen. Neben aus umweltpolitischer Sicht begrüßenswerten Änderungen enthalte der bisherige Entwurf aber auch etliche Regelungen, die in der Fachwelt kontrovers diskutiert wurden. Dem in Kürze angekündigten Referentenentwurf könne daher mit Spannung entgegengeesehen werden.

Lärmsanierung

Besondere Fragestellungen der Lärmsanierung an industriellen Altstandorten mit Herausforderungen für Betreiber, Behörden und Gutachter rundeten die Veranstaltung sowohl aus rechtlicher als auch technischer Sicht ab. Wie Rechtsanwältin Prof. Dr. Andrea Versteil deutlich machte, bestehen gegen die Überplanung bestehender Gewerbe- oder Industriegebiete mittels einer Emissionskontingentierung nach der DIN 45691 keine grundsätzlichen bauplanungsrechtlichen Bedenken. Bestandsschutzverwägungen und das Interesse der Grundstückseigentümer am unveränderten Fortbestand der Verhältnisse im Plangebiet engen aber den Abwägungsspielraum der planenden Gemeinde ein. Dies gelte sowohl für die Festlegung der Gesamt-Immissionswerte als auch bei der Verteilung der Emissionskontingente auf die relevanten Teilflächen im Plangebiet.

Die Möglichkeit einer Summation oder die Festsetzung von Zuschlägen seien regelmäßig seitens der Gemeinde zumindest zu erwägen. Stets sei zu prüfen, ob und in welcher Form eine Irrelevanzklausel vorgesehen wird, um die Bestandsschutzinteressen der Gewerbetreibenden angemessen zu berücksichtigen.

Grundwasser entdeckt werden“. Bereits heute existierten technisch geeignete und bezahlbare Aufbereitungsverfahren, die ständig weiter entwickelt werden. Bei komplexen Sanierungsmaßnahmen mit längerem Zeithorizont empfehle es sich, Pilotversuche vor Ort durchzuführen, um die technisch und wirtschaftlich optimale Lösung für den jeweiligen PFC-Schadensfall zu finden. **DK**

Werkstoffgesetz

Verbändepapier einzig realistische Alternative

Die dualen Systeme Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland, Recly und Landbell unterstützen das Verbändepapier zur Weiterentwicklung des Verpackungswirtschafts. Von den drei Systembetreibern wird vor allem die Notwendigkeit gesehen, in der bis zur Bundestagswahl 2017 verbleibenden kurzen Zeitspanne längst überfällige Fortschritte beim Recycling zu erzielen.

Kompromiss

Erstmals seit Beginn der Gespräche über ein Werkstoffgesetz ist es gelungen, führende Verbände aus Handel, Industrie und

Godehard Mayer, InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG Burgkirchen zufolge sind die Möglichkeiten, auf die Lärmumgebung einzuwirken, vielfältig. Von der Installation lärmarmen Ventilatoren insbesondere auch bei Verdunstungskühlanlagen, dem Einsatz von Schalldämpfern bei Emissionsstellen, dem Einsatz von Regelklappen anstelle von Ventilen bei Rohrleitungen mit hohem Querschnitt und Durchsatz bis hin zum Einsatz von Frequenzumrichter sei das ganze Spektrum möglicher Schallminderungsmaßnahmen angewandt worden. Die seit 30 Jahren geübte Praxis, mithilfe einer Schallschutzvereinbarung die Schallemissionen zu reduzieren bzw. die Entwicklungsfähigkeit des Industrieparks Werk Gendorf zu erhalten, sei ein Erfolgsmodell und habe sich bewährt.

Wie Mirco Ebersold, Müller-BBM GmbH, hervorhob, ist es auch an Industriestandorten, die sich nicht in einem konkreten Lärmkonflikt befinden, sinnvoll und hilfreich, den schalltechnischen Zustand der Anlagen und Schallschutzmaßnahmen im Werk genau zu kennen. Hierzu habe sich das Instrument eines schalltechnischen Werkslärmkatasters an vielen Standorten bewährt. Damit sei relativ schnell z. B. der Aufwand und die Umsetzbarkeit von Anlageneuplanungen im Werk abzuschätzen.

Gerade für Neuplanungen in Werken, die bereits ihre zulässigen Immissionsrichtwerteanteile ausgeschöpft, mache es Sinn, über ein Werkslärmkataster zu prüfen, ob vielleicht an anderer Stelle im Bestand die Umsetzung von Lärminderungsmaßnahmen technisch und wirtschaftlich sinnvoller ist. Damit könne mehr Flexibilität für die Realisierung der Neuanlage erhalten werden. Zudem könne mit einem Werkslärmkataster der kontinuierliche Verbesserungsprozess des schalltechnischen Anlagenzustandes fortgeschrieben und regelmäßig dokumentiert werden.

Begleitet wurde der zweiteilige Kongress von einer Fachausstellung, in der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Besuchern präsentierten. Der Vizepräsident des LfU, Dr. Richard Fackler, hatte vor Immissionschutz-Experten aus ganz Deutschland die Fachveranstaltung eröffnet. **DK**

GAB-Altlastensymposium 2016 und altlastenforum BW:

Rechtliche Grundlagen, innovative Verfahren

Wie bereits 2011 äußerst erfolgreich praktiziert, fand auch heuer ein gemeinsames von der GAB und dem altlastenforum Baden-Württemberg veranstaltetes Altlastensymposium statt. Neu-Ulm war der Standort für eines der größten und wichtigsten Foren zum Thema Altlasten im süddeutschen Raum.

An zwei Tagen wurden aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen und fachlichen Grundlagen der Altlastenbearbeitung präsentiert, innovative Erkundungs- und Sanierungsverfahren erläutert und Beispiele von erfolgreichem Flächenrecycling vorgestellt. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die Altlastensanierung in der Praxis. Abgerundet wurde das Programm durch eine Fachexkursion zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit der Besichtigung von Baustellen und dem Besucherzentrum.

Nach der Begrüßung von Michael Kremer, GAB, München, Manfred Flittner, Vorsitzender altlastenforum Baden-Württemberg e.V. und Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg führten der Aufsichtsratsvorsitzende der GAB, Dr. Christian Barth (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Helmfried Meinel (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg) mit ihren Eröffnungswortbeiträgen in die Tagungsthematik ein.

„Anwendungsgrundsätze zur Gefahrenbeurteilung und Gefahrenabwehr bei Altlasten“ lautete das Vortragsthema von Dr. Gernot Huber, Bayerisches Landesamt für Umwelt, Hof. Nach seinen Ausführungen wurden durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretern der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA), LABO und LAGA „Grundsätze für die Anwendung der Geringfügigkeitsschwellenwerte“ erarbeitet.

Eine maßgebliche weitergehende Grundlage für unterschiedliche Anwendungsbereiche der GFS im Wasser-, Boden- und Abfallrecht sowohl in der Vor- wie Nachsorge wurde hierdurch geschaffen und so zur Harmonisierung der Rechtsbereiche beigetragen. Die abschließende Abstimmung des Berichtes auf Bund-/Länderebene sowie der mögliche Eingang in künftige Vollzugshilfen und Rechtssetzungsverfahren bleiben Huber zufolge abzuwarten.

Über die „Alte Weberei Tübingen – von der Industriebrache zum gemischten Quartier“ informierte Cord Soehle, Baubürgermeister der Universitätsstadt Tübingen. Das Quartier Alte Weberei entstand auf dem ehemaligen Firmengelände der Frotierweberei Egeria im Stadtteil Lustnau. Die Flächen wurden 2008/2009 von der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Tübingen (WIT) erworben und anschließend entwickelt (ca. 7 ha).

Tübinger Modell

Im Sommer 2012 startete das erste Bauvorhaben, im Juli 2013 zogen die ersten Bewohner ein. Vergangenes Jahr wohnten in dem fertig entwickelten Quartier bereits rund 800 Menschen.

Die Alte Weberei führt das „Tübinger Modell der Quartiersentwicklung“ (z.B. Französisches Viertel, Loreto, Mühlenviertel) fort:

- gemischte urbane Quartiere auf Brachflächen
- Projektentwicklung durch die Stadt
- Vergabe der Grundstücke bevorzugt an Baugemeinschaften
- Auswahl der Projekte nicht nach Höchstpreis, sondern zum Festpreis in einem „Wettbewerb der Konzepte und Ideen“.

Die Fabrikbrache mit den produktionsbedingten Altlasten in Kombination mit dem quer hindurchführenden verfüllten Neckartalarm im Überschwemmungsgebiet von drei Flüssen galt eigentlich als kaum bebaubar, wie Soehle darlegte. In einem intensiven Abstimmungsprozess haben die Stadt/WIT und das beauftragte Ingenieurbüro CDM mit den zuständigen Stellen beim Landratsamt und beim Regierungspräsidium ein Altlastenkonzept erarbeitet, das unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen umsetzbar war. Die enge und konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten war entscheidend dafür, dass die Konzepte für den Städtebau, die Altlastenbeseitigung und den Hochwasserschutz

in Einklang gebracht werden konnten und sich somit die Fabrikbrache in ein neues Stadtquartier verwandeln konnte.

Mit der Alten Weberei ist so auf einer – früher als nahezu unbaubar eingeschätzten – Industriebrache mit Altlasten- und Hochwasserproblematik ein buntes und vielfältiges Stadtquartier mit rund 100 Arbeitsplätzen innerhalb des bebauten Siedlungsgebietes entstanden. Die Universitätsstadt Tübingen hat mit der „Alten Weberei“ den Flächenrecyclingpreis Baden-Württemberg 2016 erhalten.

Mit einer Bilanz des Förderprogramms „Alte Lasten – Neue Energien“ warteten Michael Kremer und Alexander Böhm (GAB München) auf. Das Förderprogramm unterstützte seit 01.08.2012 kommunale und private Akteure bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen (PVA) auf Altlasten und Deponien im Sinne eines motivierenden Investitionsanreizes mit einem finanziellen Zuschuss. Die bei diesen vorgezogenen und/oder belasteten Flächen anfallenden Mehrkosten (z. B. wegen erhöhter planerischer und baulicher Anforderungen) sollten damit weitgehend kompensiert und so die Errichtung von PVA auf diesen Flächen wirtschaftlich konkurrenzfähig zum Bau von Anlagen „auf der grünen Wiese“ gestaltet werden.

Erfolgreiches Förderprogramm

„Alte Lasten – Neue Energien“ ist Ende 2014 ausgelaufen. Laut Kremer und Böhm war es „ein großer Erfolg“. Die Fördermittel seien nahezu komplett ausgeschöpft worden und brächten der Umwelt einen doppelten Gewinn: Erstens einen Beitrag zum Flächenrecycling und zweitens eine starke Unterstützung der Energiewende sowie des Klimaschutzes in Bayern und Deutschland.

Hervorzuheben seien außerdem „die sehr wenigen Konflikte bei der Abwicklung mit den Antragstellern, vor allem gemessen an der hohen Zahl der Anträge und Maßnahmen, der effiziente Abwicklungsprozess bei der GAB sowie die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Umweltministerium“.



Einladung zum Brandenschutzforum Südostbayern.
Für Kommunen, Bauherren und Planer.

Mittwoch, 27. Juli 2016
Götischer Kasten, Hofmark 45, 84307 Eggenfelden.
Anmeldung unter: www.brandenschutzforum-sob.de

Veranstalter: COPLAN AG, Kooperationspartner: Landkreis Rottal-Inn, Stadt Eggenfelden, FFW Eggenfelden, IHK Niederbayern, RUSTIBS

Tag der Franken:

Patente Franken - Fränkische Patente

Mit einem feierlichen Festakt in der Hofer Freiheitshalle ging jüngst eine umfangreiche Aktionswoche zum Tag der Franken 2016 zu Ende. Rund 70 Kommunen aus Ober-, Unter- und Mittelfranken hatten sich während der Woche mit rund 100 Veranstaltungen unter dem Motto „Patente Franken – Fränkische Patente“ an der Veranstaltungsreihe des Bezirks Oberfranken beteiligt. Franken habe sich als moderne, innovationsbereite, zukunftsfähige Region in der Mitte Europas dargestellt, freute sich Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler.

Es war ein buntes Bürgerfest, das die Stadt Hof zum Abschluss der diesjährigen Aktionswoche zum Tag der Franken den zahlreichen Besuchern bot. Neben zahlreichen Aktionen auf dem fränkischen Markt und dem Weinfest zog vor allem das 29. Oberfränkische Volksmusikfest viele Gäste aus nah und fern in den Norden Oberfrankens. Aufgrund der dezentralen Ausrichtung und der elf teilnehmenden Gruppen erklart im ganzen Hofer Stadtgebiet fränkische Volksmusik.

Die zentrale Abschlussveranstaltung in Hof stand am Ende einer ganzen Aktionswoche, die unter dem Motto „Patente Franken – Fränkische Patente“ stand. „Besonders gefallen hat mir, dass in etlichen Orten durch kleine Ausstellungen oder Vorträge oder Führungen der Fokus auf örtliche Erfinderpersönlichkeiten gerichtet wurde. Und es wurde ins öffentliche Bewusstsein gerufen, dass es gar nicht wenigen Orten Weltmarktführer für bestimmte Produkte sitzen“, bilanzierte Bezirksstagspräsident Dr. Günther Denzler während des abschließenden Festaktes in der Freiheitshalle.

Angemessener Stolz

Neben ihm erinnerten auch der Hofer Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und die Landtagspräsidentin Barbara Stamm daran, was Franken ausmache. Dr. Fichtner dankte als diesjähriger Gastgeber allen die an der Umsetzung des Festtags mitgewirkt hätten. „Nehmen wir diesen Tag der Franken als Aufforderung zu berechtigtem Selbstbewusstsein und angemessenem Stolz“, schloss das Stadtoberhaupt sein Grußwort mit Blick auf die vielbeschworene fränkische Bescheidenheit. Für Landtagspräsidentin Barbara Stamm habe Franken eine gute Infrastruktur, die es weiterentwickeln gelte, vor allem um jungen Menschen eine Perspektive in der Region zu bieten.

Bezirksheimatpfleger Prof. Günter Dippold bezeichnete Franken in seiner unmittelbaren Ansprache als Landschaft der Denker und Grübler, der Ingenieure und Tüftler, der Entdecker und Pioniere. Er erinnerte unter anderem an die erste Verfassung des Freistaats Bayern, die 1919 in Bamberg verabschiedet wurde, oder an die Mitwirkung vieler fränkischer Männer im Ausschuss der verfassungsgebenden Landesversammlung 1946. Es seien Franken wie Alzheimer oder Röntgen gewesen, die den Geist und Körper durchdrungen hätten. Aber er mahnte auch das verkümmerte Selbstwertgefühl der fränkischen Landsleute an. Eine Eigenschaft, die es zu bekämpfen gelte. „Wir brauchen freches und freies Auftreten, in Respekt gegenüber Anderen, im Wissen um unsere eigenen Schwächen, augenzwinkernd und doch erfüllt von dem Bewusstsein für den eigenen Wert“, appellierte Dippold unter großem Beifall. Mit Blick auf die vergangenen Tage und die stattfindende Fußball-Europameisterschaft fasste der Bezirksheimatpfleger zusammen: „Wir Franken brauchen weniger England, aber viel mehr Island.“

Dem Ministerpräsidenten Horst Seehofer war es schließlich vorbehalten, den vom Perkussionsensemble der Musikschule der Hofer Symphoniker und von Prof. Peter Sadlo musikalisch umrahmt Festakt mit seiner Ansprache zu beschließen. „Heute ist ein

41. Bayerischer Nordgautag in Neumarkt:

Bewusstsein für die Heimat fördern

Alle zwei Jahre und jeweils in einer anderen Stadt rückt die reiche kulturelle Tradition der Oberpfalz mit dem Bayerischen Nordgautag in den Mittelpunkt des Interesses. Der Name Nordgautag soll an den Begriff des Bayerischen Nordgaus anknüpfen, der seit dem 8. Jahrhundert das altbairische Gebiet nördlich der Donau bezeichnete.

Drei Tage lang fanden in Neumarkt Konzerte und Vorträge, eine große Kunstausstellung, Lesungen, Volksmusik und festliches Treiben, ein reichhaltiges Programm für die Jugend sowie Heimaterkundungen in den Schulen statt. Herausragende Höhepunkte waren der Festakt und die Verleihung der Nordgaupreise an Rudi Bayerl (Heimatpflege), Jürgen Kirner (Musik) und Richard Vogl (Bildende Kunst) sowie ein Festzug durch die Neumarkter Innenstadt.

„Der Nordgautag soll bewusst machen, in welcher schöner Heimat wir leben“, hob Oberbürgermeister Thomas Thumann hervor und verwies darauf, dass Heimatverbundenheit nichts Verstaubtes ist, sondern sich gut mit Weiterentwicklung verbinden lasse.

Er freue sich, dass diese „Präsentation Oberpfälzer Kultur und Lebensart“ nach 1954 und 1982 nunmehr bereits zum dritten Mal in Neumarkt abgehalten wird. Neumarkt sei nicht nur im 15. Jahrhundert Pfalzgrafenstadt und damit Zentrum des Nordgaus gewesen; vielmehr habe Neumarkt für einige Jahre sogar eine politisch äußerst gewichtige Rolle auf der Weltbühne gespielt. Mit König Christoph III. habe ein Neumarkter immerhin die drei Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen regiert.

Landrat Willibald Gäller zufolge ist Neumarkt ein starker wirtschaftlicher Raum in der Mitte Bayerns. Mit Blick auf den Nordgautag erklärte er, Heimat sei dort, wo es sich gut leben lässt und dies sei im Landkreis Neumarkt der Fall.

Lobende Worte fand Regierungsratspräsident Axel Bartel für den Regierungsbezirk Oberpfalz: Er sei ein „wirtschaftlicher Leuchtturm“. 1,1 Millionen Menschen, 7.000 mehr als im vergangenen Jahr, lebten hier. 9.000 Geburten bedeuteten einen Höchststand seit vielen Jahren und nicht zuletzt sei die Arbeitslosigkeit mit gerade einmal drei Prozent im Mai 2016 nirgendwo bundesweit so niedrig wie in der Oberpfalz. Daran habe nicht zuletzt die Region Neumarkt ihren Anteil. Weder der Landkreis Neumarkt noch die Oberpfalz seien als Anhängsel der Metropolregionen zu sehen, sondern als eigene Regionen mit eigenem Wert zu betrachten. Dies unterstrichen die kulturellen und historischen Leistungen.

Laut Dr. Wilhelm Weidinger,

Festtag nicht nur für Franken, sondern für ganz Bayern“, begann der Ministerpräsident seine Rede, verbunden mit der Gratulation für die Organisatoren. Der Tag der Franken lebe und sei lebendig. Bayern brauche Franken und die fränkische Innovationskraft. „Ohne Franken gäbe es kein Bayern“, fasste Seehofer zusammen und ergänzte mit Blick auf Berlin: „Es hat der Bundesrepublik noch nie geschadet, wenn sie auf Franken und Bayern gehört hat.“ Noch nicht festlegen wollte sich Seehofer darauf, ob er auch zu einem vierten Mal als bayerischer Mini-

sterpräsident zum Tag der Franken nach Oberfranken komme. Dieser würde dann im Jahr 2019 stattfinden.

Den krönenden Abschluss des Tags der Franken bildete der Staatsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner Frau Karin Seehofer im Foyer der Freiheitshalle.

Fränkischer Reichskreis

Der „Tag der Franken“ soll an die Gründung des Fränkischen Reichskreises am 2. Juli 1500 erinnern. Auf Beschluss des Bayerischen Landtags findet er seit dem Jahr 2006 jährlich im Wechsel zwischen den drei fränkischen Regierungsbezirken statt. Der Bezirk Oberfranken veranstaltet seit 2013 den Tag der Franken in Form einer dezentralen gesamtfränkischen Aktionswoche, zu der alle fränkischen Kommunen eingeladen sind. □

Finanzstaatssekretärin Mdl. Albert Firacker wiederum meinte in Vertretung von Schirmherr Ministerpräsident Horst Seehofer: „Die Oberpfalz muss sich jeden Tag bewusst werden, dass sie im Wettbewerb der Regionen eine besondere Rolle in Bayern hat.“ Firacker erinnerte daran, dass Neumarkt einst „das Armenhaus“ Deutschlands mit der größten Kindersterblichkeit im Deutschen Reich gewesen war.

Mit Fleiß, Demut und Beharrlichkeit hätten dies „die Generationen vor uns“ geändert, so der Staatssekretär. Heute sei Neumarkt Teil einer Wohlstandsrégi- on. Damals wie heute sei der Zusammenhang wichtig. „Die Nordgautage sind die Motorisierung des Oberpfälzer Bewusstseins.“ Dieses Selbstbewusstsein weiterzutragen, sei Aufgabe jedes einzelnen. DK

Ärzte & Innovationen im ländlichen Raum

Landkreis Günzburg in Berlin auf dem Hauptstadtkongress

Bereits zum 19. Mal traf sich die Führungsebene des deutschen und internationalen Gesundheitswesens in Berlin zum Hauptstadtkongress. In diesem Jahr erstmals vertreten war dort auch der Landkreis Günzburg. Die Gesundheitsregion PLUS im Landkreis Günzburg hatte einen gemeinsamen Stand mit Health Care Bayern e.V. in Berlin.

Schon beim Eröffnungsvortrag trafen sich rund 8.000 hochrangige Vertreter aus dem Gesundheitswesen und der Politik, um sich in diesem Jahr dem Leitthema „Innovation und Vernetzung“ zu widmen. Eindrucksvoll wurde sowohl die Vernetzung von medizinischem Wissen wie auch die Vernetzung von Ärzten, Pflegepersonal und Kliniken sowie auch die Vernetzung von Daten dargestellt – und das alles unter dem Oberbegriff der Innovation.

Innovation sei die Triebfeder, die die Medizin vorantreibt und auch dafür sorgt habe, dass sich in den letzten 200 Jahren die Lebenserwartung von 35 auf 79 Jahre mehr als verdoppelt habe, so die Veranstalter. Waren es in den ersten 100 Jahren vor allem die Veränderungen der Industrie und der Gesellschaft, die zu längerem Leben geführt haben, so sind es seit dem 2. Weltkrieg vor allem die Fortschritte in der Medizin.

„Ernungsschaffender der industriellen Revolution haben es uns ermöglicht, dass wir überhaupt länger leben können – jetzt sind die Veränderungen der Industrie und der Gesellschaft, die zu längerem Leben geführt haben, so sind es seit dem 2. Weltkrieg vor allem die Fortschritte in der Medizin.“ Mitarbeiter des Landratsamtes sowie Vertreter der Caritas, des Brucker Forums und der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentfeldbruck referierten über gegenwärtige Themen und neue Projekte wie z. B. die Einführung der 1,05 Euro-Jobs und das im Landratsamt entwickelte Konzept „Ankommen und Verstehen“ für Asylsuchende in dezentralen Unterkünften zum Thema „Ressourcenschutz – der nachhaltige Umgang mit Energie, Wasser und Abfall“. Die Bürgerstiftung präsentierte ihr neues Projekt „Praktikumsbörse“, zudem wurde das Deutschpaten-System näher dargestellt. □

Millionenüberschuss in Lohr

Kliniken und Heime des Bezirks Unterfranken überraschen mit Plusergebnis

Lohr. Einen Überschuss von fast einer Million Euro konnte das Bezirkskrankenhaus Lohr im vergangenen Jahr erwirtschaften. Auch die beiden Lohrer Heime waren ökonomisch erfolgreich. Sie schlossen mit einem Plus von mehr als 150.000 Euro ab. Beide Ergebnisse übertrafen die Planungen bei weitem, hieß es im unterfränkischen Bezirksausschuss, wo die Jahresrechnungen aller bezirkseigener Kliniken und Heime vorgestellt wurden.

Keinen Hehl macht der Bezirk daraus, dass das positive Ergebnis des BKH in einem ökonomisch schwierigen Umfeld erwirtschaftet wurde. Durch die „enorme“ Patientenüberbelegung werde das Klinikum außerdem personell, sachlich und baulich „ständig an die Grenzen des Zumutbaren“ gebracht. Zugute komme dem Klinikum der „sehr gelungenen Einstieg“ in das psychiatrische Entgeltssystem Psychiarie und Psychosomatik (PEPP).

Ertragschwankungen

„Wir sind bei den Kliniken und Heimen dringend auf positive Betriebsergebnisse angewiesen, um künftig Ertragschwankungen ausgleichen können“, ergänzte Bezirkskammer Rainer Klingert. Alle Überschüsse verbleiben nach seinen Worten vollständig im Finanzkreislauf der Kliniken und Heime: „Sie kommen ausschließlich den Patienten und Bewohnern zugute.“ Was die beiden Lohrer Heime

für psychisch kranke Menschen anbelangt, müsse in den kommenden Jahren durch das Pflegequalitätsgesetz, das Einzelzimmer für die Bewohner vorsieht, umfassend investiert werden. „400 Millionen Euro werden in Unterfranken notwendig sein, um die Häuser auf den neuen Standard zu bringen“, so Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel. Noch gebe es für die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der stationären Einrichtungen kein Sonderprogramm des Freistaats.

Völlig offen ist auch, wie sich das Pflegeleistungsrecht 3 auf die Heime des Bezirks auswirken wird. „Ambulante Leistungen sollen dadurch deutlich erhöht, stationäre Leistungen abgesenkt werden“, erläuterte Bezirksrätin Bärbel Imhof. „Dies könnte uns finanziell treffen.“ Pat Christ

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Rößlmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Spezialist)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlegers strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewährung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresabgabepreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWST

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADE33

VR Bank Kaufbeuren-Obstallgäu eG

IBAN: DE96 7345 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

KPV-Bezirksvorstand Schwaben:

Breite Themenpalette

In der Gemeinde Kammeltal, mitten im Landkreis Günzburg und damit auch im Zentrum Schwabens tagte der Bezirksvorstand der KPV Schwaben. Bürgermeister und Kreisrat Matthias Kiermasz hatte als Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden Stefan Bosse das Baumhotel „Auszeit“ in der Familien- und Kinderregion Landkreis Günzburg ausgewählt. Neben den 3 Baumhäusern „Nest“, „Wasser“ und „Wiesenhäus“ gibt es auch noch ein Seminarhaus mit Platz für bis zu 25 Personen. Wanderwege, ein spezieller Erlebnispfad und künftig sogar eine begehbare Biberburg erweitern das Angebot.

Kaufbeurens OB Stefan Bosse hatte als KPV-Bezirksvorsitzender den örtlichen CSU-Landtagsabgeordneten Dr. Hans Reichhart zum kommunalen Dialog eingeladen. Landrat Hubert Hafner war

mittelkontrolle. Mit der Bildung von zwei überörtlichen Behörden für Nord- und Südbayern unter Einbeziehung der bestehenden Task Force für die Großbetriebe bestand Einverständnis. Der „normale“ Ge-

Da es auch in Schwaben Probleme beim Vollzug – aber auch „Nichtvollzug“ des kommunalen Abgabengesetzes (KAG) gibt und dies meist „Populisten“ auf den Plan ruft, sieht der JU-Landesvorsitzende, MdL Reichhart ein bewährtes System in Rheinland-Pfalz. Die dortige Härtefallregelung sollte übernommen und Eigenleistungen der Gemeinde angerechnet werden.

In einem nächsten Schritt soll an die Abrechnung von Teilausbauten mit Privatverträgen gegangen werden. OB Bosse warnte jedoch davor: „Es gibt noch viel zu viel nicht endgültig hergestellte Straßen“. Oberes Ziel bleibt jedoch, Rechtsfrieden herzustellen. Dafür ist jedoch eine angeordnete fünfjährige Übergangszeit zu kurz.

Kommunales Wahlrecht

Aktuell in der Diskussion sind die Vorschläge des Innenministeriums zur Änderung des kommunalen Wahlrechts. Es geht u.a. um die Verringerung der Anfechtungsgründe, Angleichungen der Briefwahlmöglichkeit an die Land- und Bezirkstagswahlen und ob es auch in Zukunft noch die Verdoppelung der Kandidaten bei Listenaufstellungen geben wird.

Schon lange besteht auch der Wunsch für „handbare“ Stimmzettel, eventuell im Blocksystem. Sicher ist sich MdL Hans Reichhart, dass bei der Sitzverteilung es eine Rückkehr zu d' Hondt geben wird. Der Abschaffung von Stichwahlen bei den Bürgermeistern und Landräte stand Altlandrat Gebhard Kaiser sehr skeptisch gegenüber. Für den Oberallgäuer muss eine Wahl immer mit mehr als 50 Prozent erfolgen.

Weitere Themen der Diskussionsrunde waren, dass die Kreisbrandräte weiter ehren- und nicht haupamtlich mit einer entsprechenden Aufwandsentschädigung tätig sind und für die Überprüfung von Kleinkläranlagen ein längerer Zeitraum als bisher angestrebt werden sollen.

Für dringend erforderlich erachtet wurde auch die Anhebung des Ansatzes für Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Bayerischen Staatshaushalt. Die dazu von der Staatsregierung verkündete Einsparung von 20 Prozent an Verwaltungsvorschriften konnte Landrat Hubert Hafner keinen Glauben schenken. Dies habe eine Umfrage in seinem Amt ergeben.

kommunaler Ansätze, vor allem für die vielen kleineren Kommunen. Neben der Kernwegkonzeption waren es vor allem die Entwicklung neuer touristischer Produkte, die Schaffung von Strukturen für regionale Wertschöpfungsketten sowie die Aufwertung der dörflichen Strukturen durch Leerstandnutzung, die in dieser Zeit die interkommunale Zusammenarbeit geprägt haben.

Die drei ILE-Regionen haben bei dieser Sitzung außerdem beschlossen, die seit 2013 laufende Umsetzungsbegleitung für die Realisierung der ILE-Konzepte um zwei weitere Jahre zu verlängern. Damit stehen den Kommunen weiterhin die Dienstleistungen der FUTOUR Regionalberatung in Haundorf und der Rainer Mayer Advisory in Ellingen zur Verfügung. Für diesen bis 2018 laufenden Umsetzungszeitraum wurden neue Schwerpunkte definiert, die nun mit Hilfe und Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung in Ansbach angegangen werden.



Teilnehmer bei der Tagung des Bezirksvorstandes der KPV-Schwaben im Seminarhaus des Baumhotels „Auszeit“ waren u.a. von links: Altlandrat Gebhard Kaiser (Oberallgäu), Hubert Hafner (Günzburg) als Sprecher der schwäbischen Landräte, Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse als KPV-Bezirksvorsitzender, MdL und JU-Landesvorsitzender Dr. Hans Reichhart sowie als Gastgeber Kammeltals Bürgermeister Matthias Kiermasz.

als Sprecher der schwäbischen Landräte mit dabei. Erstes Thema waren die Änderungen im Veterinärwesen und damit insbesondere auch in der Lebens-

schäftsbetrieb, wo es auch der Koordination verschiedener Stellen vor Ort bedarf, soll dagegen bei den Landratsämtern bleiben.

Sitzung der altmühlfränkischen Bürgermeister in Triesdorf:

Notwendiger Impuls für Kernwege

„Die drei Kommunalen Allianzen Altmühltal, Fränkisches Seenland-Hahnenkamm und Rezattal-Jura haben auf einer gemeinsamen Sitzung in der Hochschule Triesdorf in einer von 28 Bürgermeistern unterzeichneten Resolution Staatsminister Helmut Brunner gebeten, sich dafür einzusetzen, dass den Landwirten und damit dem ländlichen Raum über eine bessere Mittelausstattung für den Ausbau des Kernweggesetzes umfassend wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen ermöglicht werden.“ Mit dieser Aussage erläuterte Oberbürgermeister Jürgen Schröppel die Übersendung der Resolution an den Bayerischen Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an die Fraktionsvorsitzenden der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien sowie an den Stimmkreisabgeordneten Manuel Westphal. OB Jürgen Schröppel nahm dies im Auftrag aller 28 Bürgermeister dieser drei ILE-Regionen (ILE = Integrierte Ländliche Entwicklung) vor.

Zu den Aufgaben der drei ILE-Regionen, welche das Kreisgebiet Weißenburg-Gunzenhausen sowie die Gemeinde Auhausen aus dem Landkreis Donau-Ries flächendeckend abbilden, zählen vor allem interkommunale Maßnahmen und Projekte. Dazu gehört auch das vor einem Jahr beschlossene Kernwegkonzept, das u.a. dazu beitragen soll, dass die gut ausgebauten Flurwege nicht – wie häufig in der Vergangenheit – an den Gemeindegrenzen enden und dass diese in einen baulichen Zustand versetzt werden, der den Anforderungen der modernen Landtechnik entspricht. Insofern handelt es sich hier um eine zentrale Zukunftsaufgabe für die Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raums, die mit diesem vom Freistaat Bayern aufgelegten Programm ausgezeichnet bedient werden kann.

Gerade in der Startphase dieses auf zwei Jahrzehnte angelegten Kernwegkonzeptes sind jedoch Investitionen in einem Umfang

notig, welche mit den aktuell zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln nicht abgedeckt werden können. Aus diesem Grunde appellierten die Bürgermeister an die Staatsregierung, hier neue finanzpolitische Akzente zu setzen, um diesem neuen Instrument auch den notwendigen kommunalpolitischen Rückhalt für die Aufbringung der Eigenmittel zu bieten.

ILE-Konzepte

Im Rahmen dieser gemeinsamen Sitzung in Triesdorf wurden auch die bisherigen Ergebnisse der seit drei Jahren laufenden Umsetzung der ILE-Konzepte einer Überprüfung hinsichtlich ihrer Ergebnisse und Effizienz unterzogen. Auch wenn nicht alle in diese Konzeption gesetzten Erwartungen – aus den unterschiedlichsten Gründen – bereits erfüllt werden konnten, bestand jedoch Einvernehmen in der Einschätzung der großen Bedeutung inter-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Brexit, Next, Frexit, Öxit – wie waren die professionellen Schwarzeher so kreativ wortschöpfend tätig wie heute.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat in den letzten Tagen sehr sorgfältig die Analysen und Ausblicke studiert, die im Zusammenhang mit der Entscheidung des britischen Referendums zum Ausscheiden aus der EU geschrieben und sendet wurden.

Jede Art von Populisten mahnt jetzt an, auch in ihrem Land müsse es entsprechende Volksabstimmungen geben. In den Niederlanden ebenso wie in Frankreich, wo der Front National auch dem Euro raus will und wohl von der Wiedererlangung der Kolonien träumt. In Österreich muss die Präsidentenwahl wiederholt werden, weil dort die Stimmen in so kakanischer Würstigkeit ausgezählt wurden, dass es dem Verfassungsgericht zu viel wurde. Welche gute Gelegenheit für die Rechtspopulisten, dort die EU-Frage massiv zu spielen.

Alle das haben uns englische Reclam-Politiker

hätten genügt. Britannien zahlt Beiträge zur EU – lässt sie uns ins Gesundheitssystem stecken. Was, der größte Teil fließt für Landwirtschaft, Fischerei und Strukturmaßnahmen auf die Insel zurück? Upps, eine kleine Wahlkampflüge, wie am Tag nach dem Referendum auch gleich zugeben wurde.

Wie sich die Bilder doch gleichen. Bei uns sind es die Bürgerbegehren oder Volksentscheidungen immer Kindergärten. So und soviel Kindergärten können gebaut werden, wenn die Umgehungsstraße, der Bahnhof oder der Transrapid nicht gebaut wird, Olympia oder die dritte Startbahn nicht kommt. Am Ende wird das Projekt nicht realisiert und keine Kindergärten gebaut, weil politische Entscheidungen halt nicht nach dem Muster von 1+1=2 funktionieren. Da wäre doch jeder Bürgermeister, jeder Landrat, jedes Mitglied eines Stadt-, Kreis- oder Gemeinderates bescheuert, sich durch hunderte von Seiten Verwaltungsvorlagen zu quälen, Gutachten einzuholen, Anhörungen zu veranstalten, sich mit der Rechtsaufsicht kurzzuschließen oder Planunterlagen zu studieren, wenn die Quintessenz einer Entscheidung schlicht lautete: Die da oben verpressen unser Geld und machen was sie wollen – also Nein, abgelehnt, Austritt.

Wir in Deutschland tun gut daran, von den Briten zu lernen: Keine Volksabstimmungen über wichtige Fragen. Wir wählen Abgeordnete, die sich in Ausschüssen, Enquêtes und vielen Diskussionen ein Bild machen und zu deren Job es gehört, auch mal Unpopuläres zu entscheiden, wenn es vernünftig ist. Wir haben da in 67 Jahren beste Erfahrungen gemacht – Funktionäre, Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung wären allesamt bei Volksabstimmungen durchgefallen. Aber Volksabstimmungen dienen doch zur Befriedigung? Das merkt man auf der Insel: Massenproteste, Abspaltungsdiskussionen in Nordirland und Schottland, millionenfach Petitionen, bittere gegenseitige Vorwürfe zwischen den Generationen. Friede?

Mein Chef, der Bürgermeister, kann angesichts der Lage nur Franz Josef Strauß zitieren: „Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Munde reden.“

Dem Volk nicht nach dem Munde reden

eingebrockt. Der eine war zu schwach, seine eigene Partei in der Europa-Frage hinter sich zu bringen und hat deshalb die Verantwortung auf das Volk abgeschoben. Die anderen haben eitel und selbstgefällig eben diesem Volk suggeriert, dass es unter Königin Elisabeth II wieder so werden kann wie unter Elisabeth I und ein moderner Wiedergänger von Sir Francis Drake die Vorherrschaft Britanniens schon sichern wird.

Alle miteinander haben sich in die Büsche gehauen und die Bürger mit einer hoch komplexen außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Frage allein gelassen. Wie üblich wurde simplifiziert und gelogen. Britannien hat zu viele Einwanderer – raus aus der EU, auch wenn die meisten Einwanderer aus ehemaligen Kolonien stammen und den europäischen Bürgern auch dann Freizügigkeit zu gewähren ist, wenn man von außen am EU-Binnenmarkt teilnehmen will. Ein Blick nach Norwegen oder etwas Zeitungslektüre im Zusammenhang mit dem Schweizer Volksbegehren zur Wanderungsbegrenzung (das auch nicht funktionieren wird)

the Sabriul

Geballte Informationen

Staatsministerin Melanie Huml eröffnete 10. Würzburger Gesundheitstag

Würzburg. Ein Apfel am Tag, sagt eine Weisheit aus Wales, hält den Doktor fern. Doch so einfach ist es nicht. Gesunde Ernährung, wofür der Apfel symbolisch steht, ist zwar wichtig. Doch sie feht nicht vor allen Leiden. Gerade nicht vor psychischen Krankheiten, die mit dem Fokus auf Kinder im Mittelpunkt des 10. Würzburger Gesundheitstages standen. An insgesamt 135 Stunden wurden unter dem Motto „Gesundheit inclusive“ geballte Infos zu Prävention und Therapien präsentiert.

Krankenkassen wie die AOK, Kliniken wie das Julius-Spital, das Bürgerspital und das Uni-Klinikum, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen nahmen an der federführend vom Aktivbüro organisierten Großveranstaltung teil. Das Aktionsbündnis „No Limits“ präsentierte Sportarten für Menschen mit Handicap, beim Rauschparcours des Kreuzbunds gab es Einblicke in die Welt der Sucht. Würzburgs Gesundheitsamt war gleich mit mehreren Ständen vertreten. Neben der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen stellte sich der sozialpsychiatrischen Dienst vor. Informiert wurde außerdem über das Stadt und Kreis vereinende Projekt „Gesundheitsregion plus“.

Schon Kinder und Jugendliche können traurig, ängstlich oder apathisch, aber auch aggressiv gegen sich und andere sein. Sie können unter Alpträumen leiden oder aufgrund von Depressionen die Freude am Spielen verlieren. „Das ist doch immer ein Tabuthema“, betonte Staatsministerin Melanie Huml, die den Gesundheitstag zusammen mit Oberbürgermeister

Christian Schuchardt eröffnete. Familien mit seelisch kranken Kindern litten oft sehr. „Dennoch erzählen sie häufig niemandem, dass etwas nicht stimmt.“ Der Gesundheitstag zeige gerade diesen Familien, wie viele Möglichkeiten es in Würzburg gibt, Hilfe zu erhalten.

Dass immer mehr Kinder und Jugendliche hyperaktiv sind, an Ängsten, Depressionen oder Essstörungen leiden, kann Karin Drechsel vom Sozialpsychiatrischen Dienst des Würzburger Gesundheitsamts bestätigen. Eben darauf machte sie mit der Ausstellung „PsychMobil“ aufmerksam. Diese stammt aus Frankfurt und klärt jugendgerecht über seelische Nöte auf. Zum Beispiel darüber, dass Teenies ihren Körper sehr oft als „schrecklich empfinden“; manche Jugendliche entwickeln einen richtigergehenden Hass auf ihn, was in massive Essstörungen münden kann.

Ein weiterer Grund, warum junge Menschen psychisch krank werden, kann familiäre Gewalt sein. Für hiervon betroffene Kinder hat der AWO Bezirksverband

Unterfranken mit „Rückenwind“ vor knapp einem Jahr ein neues Angebot etabliert. „Bis zu zehn Kinder zwischen acht und zwölf Jahren, die häusliche Gewalt erleben oder Zeugen familiärer Gewalt wurden, treffen sich bei uns jede Woche“, informiert Projektleiter Marvin Jazbinsk. Bis zu zwölf Monate verarbeiten die Kinder gemeinsam das Erlebte. Fünf Kinder nehmen aktuell an „Rückenwind“ teil: „Die Gruppe ist offen, es können jederzeit neue Kinder dazukommen.“

Auch chronische Krankheiten können seelisch in Mitleidenschaft ziehen. Das gilt für Diabetes und Krebs ebenso wie für Epilepsie. „Gerade für Kinder und Jugendliche ist es belastend, an Epilepsie zu leiden“, erläutert Simone Fuchs von der Epilepsieberatungsstelle des Julius-Spitals. Die Kinder erleben bei einem Anfall, dass sie ihren Körper nicht kontrollieren können: „Das kann bis hin zu dem Gefühl führen, das eigene Leben nicht mehr unter Kontrolle zu haben.“ Was große Ängste auslösen kann.

Niedrigschwellige Hilfe bei unterschiedlichen gesundheitlichen oder sozialen Problemen gibt es in Dutzenden Selbsthilfegruppen der Stadt. Beim Gesundheitstag stellten sich 38 dieser Gruppen vor – unter anderem für Menschen mit Parkinson, Skoliose, Bluthochdruck und Tinnitus. Pat Christ

Schwabentag 2016:

Inklusion leben

Erstmals in Augsburg und in Eigenregie des Bezirks wurde der Schwabentag 2016 durchgeführt. Standen bislang kulturelle, historische und Themen der Heimatpflege im Mittelpunkt, widmete sich der Schwabentag heuer dem „sozialen Schwaben“. Insgesamt fanden sich 2.500 Besucher zum „Tag der Bewegung“ ein.

Knapp 90 teilnehmende Einrichtungen, Vereine und Institutionen zeigten, wie die Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen nach der UN-Konvention umgesetzt werden kann. So waren mit dem Schwäbischen Fußballverband und dem Schützengau Donau-Ries große Sportverbände mit dabei, der Inklusionsbeauftragte des schwäbischen Chorverbandes brachte ein inklusives Kindermärchenmusical zur Uraufführung, die Agentur für Arbeit Augsburg, IHK und Handwerkskammer informierten über berufliche Teilhabe. Wohlfahrts-

verbände, Kirchen, Kultureinrichtungen, Selbsthilfeverbände und viele mehr präsentierten, was schwabenweit an Inklusion bereits geschieht.

Mit zahlreichen Mitmachaktionen war das Programm ebenso attraktiv wie breitgefächert. So konnte man zum Beispiel testen, wie es sich anfühlt, im Rollstuhl durch die Halle zu fahren. Auf dem Programm stand zudem ein inklusives Fotoprojekt von Menschen mit und ohne Behinderung zum Thema „Ich fühl mich schön“, darüber hinaus Informationen über das Augsburger Projekt „Inklusion

in Bewegung“, und eine Torsschuss-Messanlage. Wie ein Autist seine Umgebung wahrnimmt, konnte man in einer „Autismuskabine“ erleben und Scheinschränkungen am Beratungsmobil „Blickpunkt Auge“ testen.

Im Informationsbereich waren unter anderem Kommunen wie Augsburg, Kaufbeuren und Kempten sowie einige Landkreise vertreten, die über ihre kommunalen Aktionspläne Inklusion informierten, Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie der Tourismusverband Allgäu-Schwaben, die Regio Augsburg Tourismus GmbH, Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer Schwaben, Wohlfahrtsverbände und Sportvereine. Hier konnte sich das Publikum beraten und informieren lassen, was die Inklusion von Menschen mit Behinderung bedeutet und wie man sie selbst umsetzen kann.

Bereits im April 2015 beschloss der Augsburger Kreistag den „Aktionsplan Inklusion“. Am Schwabentag informierten u. a. Mitglieder der Audit-Gruppe „Barrierefreier Landkreis“ über konkrete Maßnahmen des Aktionsplans und über Barrierefreiheit im Allgemeinen. Anhand eines hölzernen Baukastens wurde z. B. dargestellt, wie eine blindengerechte Straßenquerung geplant werden sollte. Was zu beachten ist, wenn eine Wohnung oder ein Badezimmer barrierefrei gestaltet werden soll, erfuhr die Besucher von ehrenamtlichen Wohnberatern. Bei einem Quiz konnte das eigene

Wissen zum Thema Barrierefreiheit getestet werden.

Stark vertreten war der Landkreis Günzburg – und mit dabei war selbstverständlich das Dominikus-Ringeisen-Werk (DRW) mit seinen Angeboten in ganz Schwaben. So präsentierten die Werkstätten in Ursberg ihre Produkte. Darüber hinaus gab es von den regionalen Standorten des DRW Angebote wie beispielsweise ein No-Light-Projekt, mit dem Besucher bei einem Mobilitätstraining die Welt blinder Menschen erfahren konnten, und es stellte sich die Selbsthilfegruppe Krumbach vor. Zudem boten die „Ambulanten und offenen Hilfen“ des DRW Torwandschießen an.

Die Arbeitsgemeinschaft der Offenen Behindertentherapie im Landkreis Donau-Ries stellte ihrerseits das inklusive Kunstprojekt im Kunstumsetz Wemding vor und die Lebenshilfe informierte über das von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Wir für Menschen“ in Nördlingen. Kinder der Graf-Heinrich-Grundschule Kaisheim und des Abt-Ulrich-Förderzentrums zeigten gemeinsam mit dem TSV Rain, wie inklusiver Sportunterricht aussieht.

Eröffnet wurde die Veranstaltung in der Messe Augsburg im Beisein von Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert sowie der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Irmgard Badura und Staatssekretär Johannes Hintersberger, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Der Schwäbische Bezirkstag hat 2010 Leitlinien zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention in Schwaben be-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Bitte beachten Sie unseren Sonderdruck zur Unternehmerkonferenz des Sparkassenverbands Bayern. 

schlossen. „In einem Aktionsplan haben wir dann konkrete Maßnahmen festgelegt. Deren Erfüllung wird immer wieder überprüft“, so Gastgeber und Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert. Ein ganz wichtiges Anliegen ist es dem Bezirksstagspräsidenten auch, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, was Inklusion bedeutet und wie man dazu beitragen kann, denn: „Inklusion geht uns alle an – sie ist nicht nur eine Sache der Politik oder des Geldes, sondern vor allem eine Angelegenheit der Bewusstseinsbildung. Der Tag der Begegnung soll zeigen, wie man – beispielsweise in der Politik, im Sportverein, im Arbeitsleben, in der Freizeit – Inklusion leben und oft auch mit ganz wenig Aufwand und Mitteln umsetzen kann“, so Reichert weiter.

Neue Bürgermeister in Eching und Eichenau

Bei der Bürgermeisterwahl in Eching (Landkreis Freising) hat der parteilose Kandidat Sebastian Thaler, der von der SPD nominiert, aber auch von Grünen, „Bürgern für Eching“ und Eching-Mitte“ unterstützt wurde, mit 62,1 Prozent der Stimmen gewonnen. CSU-Ortsvorsitzender Thomas Kellerbauer erreichte 37,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,5 Prozent.

Stichwahl

Bei der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Eichenau (Landkreis Fürstentum) siegte der FDP-Bewerber Peter Münster mit 54 Prozent. CSU-Kandidat Dirk Fleischig unterlag mit 46 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,6 Prozent.

Münster wird kommenden September Rathauschef Hubert Jung von der CSU ablösen, der nach drei Amtszeiten nicht mehr antrat. **DK**

Verkäufe

Zerlegbare Sitztribünen

„Layhere Allround Gerüstknoten“
Maximal 1.000 Personen (lt. Prüfbuch). VB 60.000 Euro.
Näheres: Stadt Nördlingen, Tel. 09081/84-140.

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 21. Juli 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- Öffentliche Beleuchtung - Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Winterdienst-Planung - Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schutz
Friedenstraße 73 • 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote –
das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau
mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH - Postfach 10 11 55 - 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 - Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de - Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Gewerbekauf

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heilmatten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
83231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
93320 Kilmbech, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,99 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen
Verkaufsausrüstungen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestrasse 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
05320 5020
38685 Langelsheim · www.langer-gesellschaft.de
Eim Gesellschaft der EIM AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünwä - lichtschlauch - led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123399 812 99
telefax: 09123399 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshaus für
Weihnachtsbeleuchtung
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!



Herzliche Begrüßung durch SVB-Vizepräsident Roland Schmautz im NCC.

UnternehmerKonferenz 2016 der bayerischen Sparkassen:

ARBEITSWELTEN DER ZUKUNFT

Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0: Der technologische Fortschritt mit optimierten Maschinen, vernetzten Daten und mobilen Kommunikationsformen hat immer stärkere Auswirkungen auf unternehmerische Prozesse, Mitarbeiter und Management-Entscheidungen. Die Frage, wie Unternehmer flexibel bleiben und ihre Mitarbeiter, die Produktion und den Vertrieb fit für die Zukunft machen, stand im Mittelpunkt der 14. UnternehmerKonferenz des Sparkassenverbandes Bayern im NürnbergConvention Center NCC Ost.

Mit fast 40 Wissensvorträgen, individuellen Expertengesprächen und zahlreichen fachbegleitenden Info- und Beratungsständen bot die UnternehmerKonferenz den über 1.300 Teilnehmern wertvolle Informationen für zukunftsfähige Strategien, wirtschaftliches Planen und nachhaltiges Handeln. Dabei wurde wieder einmal ganz plastisch gezeigt, wie Unternehmen neue Ideen entwickeln, Chancen ergreifen und wie sie bei ihrer Entwick-

lung von den Sparkassen begleitet werden. Packende Erfolgsgeschichten, die sich tagtäglich in den Geschäftsgebieten der 71 bayerischen Sparkassen abspielen.

PARTNER DER KOMMUNEN

Da sich die bayerischen Sparkassen gleichermaßen als Partner der Kommunen und der Wirtschaft vor Ort betrachten, wurde er-

neut ein eigener Themenbereich für Kommunen angeboten. „Think Tank Arbeitsstätten der Zukunft am Beispiel pendler:stationen – Chancen für die (ländliche) Region“, „Zahlenzauber oder konkreter Mehrwert? – Energieeffizienz Netzwerke auf regionaler Ebene (BEEN-i)“ sowie „Integrierte und buntere Arbeitswelten: gegen den demographischen Wandel und mit Flüchtlingen“ lauteten hierzu die Vortragsthemen.

DIGITALISIERUNG UND INDUSTRIE 4.0

Mit ihrem Know-how ergänzten die Partner der UnternehmerKonferenz den branchenübergreifenden Kongress. Neben den Trendthemen Digitalisierung und Industrie 4.0 kamen auch die „klassischen“ Themen aus Management, Mitarbeiterführung, Unternehmensnachfolge, Finanzierung oder Versicherung und Markenschutz nicht zu kurz.

Top-Speaker und ausgesuchte Fachvorträge waren Garant für einen Tag voller Information und Know-how. Der Vortrag „Markt-



Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.



Vorstellung der Preisträger 2016 bei der Pressekonferenz durch SVB-Vizepräsident Roland Schmautz (rechts).

kapriolen auf dünnem politischen Eis“ des Chefvolkswirts der BayernLB, Dr. Jürgen Michels, bot Stoff für brandaktuelle Ein- und Aussichten. Der Psychologe Christoph Burkhardt stellte die Zukunftstrends in den Arbeitswelten vor, bevor es im Keynote-Vortrag des Genetik-Wissenschaftlers Prof. Dr. Markus Hengstschläger um die Frage ging: „Wie manage ich (m)ein Talent?“ Zum Abschluss des Tages zeigte der ehemalige Schweizer Schiedsrichter Urs Meier den Teilnehmern, wie man mit „Entscheidungen unter Druck“ umgeht.

VERLEIHUNG DES BAYERISCHEN GRÜNDERPREISES

Am Abend der UnternehmerKonferenz fand traditionell die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises statt. Mit einer feierlichen Gala und TV-Live-Aufzeichnung würdigte der Bayerische Gründerpreis Unternehmer in Bayern in sechs Kategorien für den Mut zur Selbständigkeit und ihr wirtschaftliches und persönliches Engagement und setzte damit ein Signal für die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Unternehmen.

Der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, Roland Schmautz, betonte den Erfolg des Gründerpreis-Wettbewerbs und sprach seine Anerkennung für die Nominierten aus: „Die Jungunternehmer haben sich seit Bestehen des bayerischen Gründerpreises deutlich verändert, und das ganz branchenunabhängig. Sie präsentieren sich heute mit mehr Selbstbewusstsein, Professionalität und Klarheit als in früheren Jahren. Internationalität, Personalführungskompetenz, Qualität der Geschäftsausstattung, aber auch Ausbildungsstand und Soft Skills haben insgesamt sehr zugenommen.“

Roland Schmautz:

Sparkassen zeigen Kompetenz und Stärke

Starke Firmen sichern Bayerns Zukunft – wir bauen das Fundament dafür. Wir wollen Mut machen für eine Wirtschaftskultur von Innovationsfreude, Entschlossenheit und Nachhaltigkeit, damit Arbeitsplätze geschaffen werden und die regionale Entwicklung gesichert bleibt, unterstrich der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Roland Schmautz. „Mit dem Bayerischen Gründerpreis und der UnternehmerKonferenz zeigen wir Sparkassen unsere Kompetenz und unsere Stärke als Partner der mittelständischen Wirtschaft.“

Dies sei umso wichtiger, als das Gründungsinteresse in Deutschland auf einem Tiefpunkt angelangt ist, betonte Schmautz. In seiner Studie „Gründerreport 2016“ habe der Deutsche Industrie- und Handelskammertag dargelegt, dass die Unternehmensgründungen bereits seit fünf Jahren rückläufig sind. Seit 2010 sind die Gründungszahlen um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. Das Nachlassen des Gründungsinteresses sei ein Spiegelbild der guten Konjunktur und der dementsprechend guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

FACHKRÄFTEMANGEL

Schmautz zufolge gab es damit in den vergangenen Jahren weniger Anreize, sich im Vollerwerb selbstständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen, das weitere Arbeitsplätze schafft. Auch der zunehmende Fachkräftemangel gehe zulasten der Gründungsdynamik, weil häufig ein gut dotiertes Angestelltenverhältnis der unternehmerischen

Selbstständigkeit vorgezogen wird. Dieser Trend dürfte sich auch heuer fortsetzen. „Insgesamt können die Sparkassen in Bayern zwar nach wie vor bestätigen: Bayern ist ein gutes Pflaster für Existenzgründer aller Branchen. Doch der Abflachung des Gründungsgeschehens wollen wir entgegen wirken. Denn nicht zuletzt von neuen unternehmerischen Initiativen hängt die zukünftige ökonomische Dynamik unseres Wirtschaftsraums ab.“

UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

„Besonders am Herzen liegen uns natürlich die Unternehmensgründungen und auch die Unternehmensnachfolgen, die in der Regel Umstrukturierungen erfordern“, hob der SVB-Vizepräsident hervor. Im Jahr 2015 reichten die bayerischen Sparkassen daher wieder rund 210 Millionen Euro Kredite für rund 1.500 Existenzgründungsvorhaben und Unternehmensnachfolgen aus – leicht weniger als noch ein Jahr zuvor. Bei durchschnittlich knapp drei geschaffenen oder erhaltenen

Arbeitsplätzen bedeute dies dennoch erneut die Schaffung oder Sicherung von mehr als 4.500 Arbeitsplätzen.

„Dabei stellen wir fest, dass in Bayern vergleichsweise weniger Gründungen und Nachfolgen im Bereich klassische Dienstleistungen und Handel angesiedelt sind (60 Prozent) als im Rest des Bundesgebiets (83 Prozent)“, stellte der SVB-Vizepräsident fest. Vielmehr seien die bayerischen Existenzgründungen wieder stark technologisch getrieben. Im Umfeld von Industrie 4.0 entwickelten und produzierten sie „Tech made in Bavaria“. Auch der Bereich E-Commerce nehme an Fahrt auf: „Immer mehr Unternehmer sehen die Notwendigkeit, ihre Leistungen auch über das Internet zu verkaufen. Reine Internetgründungen gibt es in der bayerischen Fläche

allerdings nur wenige, die einschlägige Boom-Region ist hier immer noch Berlin.“

STAATLICHE FÖRDERINSTITUTE

Mehr als zwei Drittel der gesamten Gründungsfinanzierungen werden in Verbindung mit zinsgünstigen Krediten der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank vergeben, mit denen die bayerischen Sparkassen sehr eng zusammen arbeiten. Hier profitierten die Unternehmen von der guten Zusammenarbeit zwischen Sparkasse und Förderinstituten.

Ein Blick auf die Kreditvergabe an den gesamten Mittelstand zeige ein außergewöhnlich lebhaftes Finanzierungsinteresse – die

Sparkassen bleiben äußerst gefragte Kreditpartner. 2015 stieg der Kreditbestand der Unternehmen und Selbständigen bei den bayerischen Sparkassen um 4,8 Prozent auf 62 Milliarden Euro an. Bei den Darlehenszusagen wurde sogar ein Rekord verzeichnet: „Wir haben neue Kredite in Höhe von 13,7 Milliarden Euro und damit um 17,8 Prozent mehr als im Vorjahr zugesagt. Auch 2014 waren mehr Kredite zugesagt worden als im Jahr zuvor (+2,5 Prozent), die Steigerung um fast ein Fünftel im Jahr 2015 ist jedoch bemerkenswert“, teilte Schmautz mit. Der sprunghafte Anstieg resultiere aus dem anhaltenden Konjunkturaufschwung, verbunden mit hohem Bedarf an Neu-Investitionen, aus großem Nachholbedarf aus den Vorjahren sowie dem weiter gesunkenen Zinsniveau für Unternehmenskredite. ■

Günter Hofmann:

Unternehmensnachfolge – Stolperfalle Emotionen in einer digitalen Welt

Loslassen, das eigene Lebenswerk in geeignete Hände geben: Vor dieser Herausforderung steht Jahr für Jahr eine stattliche Zahl von Betrieben. Dabei geht es nicht nur um das Firmenvermögen, die Altersversorgung der Inhaber und die Zukunft der nachfolgenden Generation – auch Arbeitsplätze und die Wirtschaftskraft in der Region stehen auf dem Spiel.

Wenngleich sich die Firmeninhaber mehrheitlich eine familieninterne Nachfolge wünschen, so steigt dennoch die Zahl externer Lösungen, berichtete Günter Hofmann (BayernLB). Eine der Hauptgründe, weshalb Unternehmensnachfolgen scheitern, sind die sogenannten weichen Einflussfaktoren.

MAMMUTAUFGABE

Häufige Beispiele sind die Furcht vor dem Loslassen, mit der Nachfolge hochkommende Konflikte in der Familie, wie z. B. die Gerechtigkeitsfrage, das schwierige Eingeständnis, dass Kinder ihre eigenen Wege gehen wollen oder doch nicht für die Nachfolge geeignet sind sowie die fehlende Erfahrung des Unternehmers, die Mammutaufgabe Unternehmensnachfolge zu meistern. Aus diesem Grund sei es ratsam, in jedem Fall

frühzeitig und unabhängig mit der Nachfolgeplanung zu beginnen und Transparenz über



Günter Hofmann. ■

die Handlungsoptionen zu schaffen. Dies gilt nicht nur für steuerliche und rechtliche Fragen, sondern auch für die Ziele in der Unternehmerfamilie sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens.

UNTERNEHMER-FAMILIENKONFERENZ

Ein noch zu selten eingesetztes Instrument ist die Unternehmer-Familien-Konferenz. Inhaber und Familie des Unternehmens kommen außerhalb des Unternehmertags zusammen, um gemeinsam an der Nachfolgelösung zu arbeiten. Mit Hilfe eines externen, neutralen Moderators wird Transparenz über die jeweiligen Ziele der Unternehmerfamilie geschaffen, mögliche Konflikte werden aufgelöst und ein von allen gemeinsam getragener Weg entwickelt. Veredelt wird dieser dann durch den Einbezug von Steuer-, Rechts- und Bankexperten. So entstehen nach den Coaching-Erfahrungen von Günter Hofmann Lösungen, die für Familie und Unternehmen stimmig und nachhaltig sind.

Falls es mit der internen Nachfolge doch

nicht klappen sollte, gibt es für das Zusammenbringen von Inhabern und übernahminteressierten Managern und Unternehmen eine innovative Lösung wie die S-Unternehmensplattform der bayerischen Sparkassen und der BayernLB. Dabei werden auf Basis eines individuell erstellten, anonymisierten Suchprofils geeignete Kandidaten über intelligente

Datenbankanalysen und die ausgeprägte Marktkenntnis der bayerischen Sparkassen gezielt vermittelt – diskret und passgenau über den bewährten Firmenkundenbetreuer.

Für die Kommunen ist die frühzeitige Sensibilisierung der Unternehmer von enormer Bedeutung, stärken gelungene Unternehmens-

nachfolgen die Wirtschaftskraft in der Region doch auf viele Jahre hinaus im Sinne einer starken Standort- und Wirtschaftsförderungspolitik.

Fazit: Nachfolge regelt man am besten, wenn es dem Unternehmer und dem Unternehmen gut geht. ■

Gunnar Braun/Stefan Drexelmeier:

Zahlenzauber oder konkreter Mehrwert?

Energieeffizienz-Netzwerke auf regionaler Ebene (BEEN-i)

Mit der Bayerischen Energieeffizienz-Netzwerkinitiative (BEEN-i) verfolgen laut Gunnar Braun (VKU Landesgruppe Bayern) und Stefan Drexelmeier (Bayerische Energieagenturen e.V., Energiewende Oberland) Verbände, Kammern und der Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, das Ziel, die Energieeffizienz in der bayerischen Wirtschaft durch die Initiierung von Unternehmensnetzwerken flächendeckend zu verbessern und damit potenziell eine spürbare Senkung der Energiekosten zu erreichen.

Bundesweit sollen bis 2020 im Rahmen der Netzwerkinitiative zum Thema Energieeffizienz in Unternehmen ca. 500 Unternehmenszusammenschlüsse initiiert werden. Aktuell sind bereits 50 Netzwerke gegründet, darunter 10 in Bayern.



Gunnar Braun. ■

Ein Netzwerk besteht aus einem sogenannten Netzwerkträger (Initiator/Organisator) einem Moderator, technischen Berater(n) und den teilnehmenden Unternehmen. Grundsätzlich sind die Netzwerke offen für alle Bran-

chen und Unternehmensgrößen. Für Nicht-KMU's besteht sogar die Möglichkeit, das gesetzlich verpflichtende Energieaudit über ein Netzwerk anerkennen zu lassen.

MODERIERTER ERFAHRUNGS- UND IDEENAUSTAUSCH

Die Unternehmen führen zunächst mit Hilfe einer qualifizierten Energieberatung (intern oder extern) eine Bestandsaufnahme über ihr jeweiliges Einsparpotenzial durch. Sie setzen sich dann für die Laufzeit des Netzwerks je ein eigenes (unverbindliches) Einsparziel sowie aus den kumulierten Zielen aller Unternehmen ein Einsparziel für das Netzwerk insgesamt. Auf dieser Grundlage beginnt der moderierte Erfahrungs- und Ideenaustausch von in der Regel 8 bis 15, mindestens jedoch 5 Unternehmen oder Unternehmensstandorte über in der Regel zwei bis drei Jahre. Energieexperten aus den beteiligten Unternehmen treffen sich regelmäßig, um untereinander und gegebenenfalls mit externen Fachleuten konkrete Themen und Entwicklungen der Energieeffizienz zu diskutieren.

Evaluierungen früherer Netzwerke zeigen, dass Netzwerkpartner ihre Energieeffizienz

im Schnitt deutlich stärker erhöhen konnten als vergleichbare Unternehmen, die sich nicht in Netzwerken zusammengeschlossen hatten. Laut einer Studie, in der knapp 30 Netzwerke mit 323 teilnehmenden Unternehmen untersucht wurden, konnten im Durchschnitt 22 % der Energiekosten der teilnehmenden Unternehmen eingespart werden. Darüber hinaus nutzten 60 % die Netzwerke, um sich mit Anderen auszutauschen.



Stefan Drexelmeier. ■

INFORMATIONEN IM INTERNET

Interessierte Unternehmen können sich direkt an die 10 regionalen Energieagenturen in Bayern wenden. Weitere Informationen im Internet unter Bayerische Energieagenturen e.V. (energieagenturen.bayern) oder VKU Landesgruppe Bayern (vku.de/bayern). ■

Josef Rother:

Arbeitsstätten der Zukunft am Beispiel pendler:stationen

Chancen für die (ländliche) Region

Arbeitswelt und Mobilität neu denken: Dafür steht das Projekt pendler:stationen, mit dem das Beratungsunternehmen quersumme gemeinsam mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH (GEFAK) und anderen strategischen Partnern innovative Wege in Sachen Mobilitätsmanagement geht. Zugleich leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Stärkung ländlicher Räume in Deutschland. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung hat das Konzept vor einem Jahr als „einen der besten Impulse für die Zukunft Deutschlands“ ausgezeichnet.

Fakt ist: Um von ihrem Wohnort zur Arbeitsstätte zu gelangen, pendeln etwa 400.000 Menschen jeden Tag aus dem nahen und nicht mehr ganz so nahen Umland allein nach München. Ein Modell, das sich seit der Industriellen Revolution nicht verändert hat. „Die Arbeit hingegen schon“, wie Kommunalberater Josef Rother, Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsführung der GEFAK, unterstrich. Angesichts neuer technischer Möglichkeiten wie Cloud-Computing, Web-Applikationen und Mobile Devices sowie sich rasant wandelnder Arbeitsmodelle müsse diese Selbstverständlichkeit hinterfragt werden. Die Antwort: „Nicht der Mensch muss zur Arbeit gelangen, die Arbeit muss dort erledigt werden, wo der Mensch das tun möchte“, so Rother.

FLEXIBLE ARBEITSPLÄTZE IN REGIONALEN MITTELZENTREN

Deshalb sollen an mehreren ausgewählten Bürostandorten in regionalen Mittelzentren rund um München flexible Arbeitsplätze für Pendler eingerichtet werden. Bei den Räumlichkeiten handelt es sich um Bestandsobjekte mit guter ÖPNV-Anbindung, die alle technischen, arbeitsrechtlichen und gestalterischen Anforderungen an einen modernen Arbeitsplatz erfüllen.

ARBEITSZEITMODELLE

Die Arbeitgeber buchen ein Zeit- bzw. Flächenkontingent in einer oder mehreren pendler:stationen und vereinbaren mit den

interessierten Mitarbeitern entsprechende Arbeitszeitmodelle: zum Beispiel die Möglichkeit, an ein oder zwei Werktagen pro



Josef Rother. ■

Woche nicht zum eigentlichen Arbeitsort, sondern in die pendler:stationen zu fahren. Auf diese Weise werden wesentliche Vorteile der Telearbeit genutzt – ohne die Nachteile des Home Office wie das subjektiv empfundene Gefühl der sozialen Isolierung, eine fehlende Abgrenzung von Beruf und Privatsphäre, die Gefahr der Selbstaussbeutung, eine

geringere Arbeitskontrolle sowie eine möglicherweise geringere Aussicht auf Beförderung.

MEHR LEBENSQUALITÄT

„Die davon profitierenden Mitarbeiter werden sich durch die gestiegene Lebensqualität enger mit ihrem Arbeitgeber verbunden fühlen“, zeigte sich Rother überzeugt. So hilft das Modellvorhaben den Arbeitgebern bei der Sicherung ihrer Fachkräfte. Mit Blick auf den in und um die Metropolen drohenden Verkehrskollaps stellt das Vorhaben außerdem einen wichtigen Baustein zur nachhaltigen Mobilität dar und bietet einen zukunftsweisenden Ansatz zur partnerschaftlichen Gestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses in den Metropolregionen.

STABILISIERUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME

Zudem trägt das Modellvorhaben zur Stabilisierung der ländlichen Räume bei. Die Pendler, die dank der pendler:stationen zeitweilig in ihrer Heimatregion arbeiten können, werden sich stärker in ihrer Heimat verankern und mit ihr identifizieren (Einkäufe, Freizeitgestaltung, Arztbesuche etc.). Das bindet Kaufkraft in der jeweiligen Region, sichert Arbeitsplätze vor Ort und fördert die lokale bzw. regionale Identität.

„Unser Ziel ist es, mit interessierten Akteuren aus der Metropolregion München Pilotprojekte zu starten“, erläuterte Rother. Dazu würden derzeit die Nachfrage ermittelt und entsprechende Allianzen aufgebaut. „Wir eruiieren Münchner Firmen, die für unsere Idee einerseits relevant sind und andererseits die Offenheit für eine solche Innovation besitzen. Parallel sondieren wir Interessenten aus anderen Regionen Bayerns und darüber hinaus.“

INTERESSE AN PILOTVERSUCH

Die Europäische Metropolregion München (EMM) sowie mehrere Landkreise und Gremien in Oberbayern haben Interesse an einem Pilotversuch bekundet. Bereits einen Schritt weiter ist der Markt Garmisch-Partenkirchen: Dort hat sich Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer bereit erklärt, eine erste Pendlerstation zu errichten. Auf der Suche nach einem geeigneten Standort und teilnehmenden Unternehmen wird sie Josef Rother tatkräftig unterstützen. ■

Dr. Klaus Schulenburg/Christian Klugow/Aurelia Schülen:

Integrierte und buntere Arbeitswelten

Gegen den demographischen Wandel und mit Flüchtlingen

Die Flüchtlingsproblematik stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen, wie Dr. Klaus Schulenburg (Bayerischer Landkreistag) darlegte. Gleichzeitig bieten sich viele Chancen – sowohl für die Asylsuchenden als auch für die Bevölkerung vor Ort. Angesichts der demografischen Entwicklung gerade in ländlichen Regionen seien kreative Ideen und gesellschaftliche Innovation gefragt.

Eine Welle der Hilfsbereitschaft und vielfältige Integrationsbemühungen wie die von der IT-Beratung Netlight ins Leben gerufene Initiative „jobs4refugees.org“ unterstützen

tungsgesetz ins SGB II derzeit zwei Drittel der Kosten der Unterkunft (KdU) tragen. Angesichts der gesamtstaatlichen Verantwortung bei der Integration sei allerdings der Bund

läufe und Qualifikationen, stellen Kontakte zu Unternehmen her, begleiten zu Bewerbungsgesprächen und helfen bei Behörden-gängen“, betonte der Mitarbeiter von jobs4refugees.org, Christian Klugow.

„Um einen Flüchtling vermitteln zu können, kümmern wir uns um die Arbeiterlaubnis, vermitteln Sprachkurse und sorgen somit für eine effektive Kommunikation zwischen allen Beteiligten“, ergänzte Aurelia Schülen.



Dr. Klaus Schulenburg.



Aurelia Schülen.



Christian Klugow.

die Flüchtlinge dabei, sich individuell zu entfalten und eine neue Existenz aufzubauen. Das Münchner Unternehmen entschloss sich im vergangenen Herbst mit eigenen Mitarbeitern im Rahmen der Flüchtlingssituation aktiv zu werden, statt das bereitgestellte Budget an Hilfsorganisationen zu spenden.

Rund 70 % der in Bayern befindlichen Asylantragsteller erhalten nach Statistiken des BAMF derzeit einen Schutzstatus als Flüchtlinge. Sie sind damit zunächst für die nächsten drei Jahre berechtigt in Deutschland zu verbleiben. Bayerns Kommunen stellen sich auf vielfältige Art und Weise den Integrationsaufgaben. Das Thema Wohnen ist dabei eine der größten Herausforderungen.

Schulenburg zufolge müssen die Kommunen beim Übergang vom Asylbewerberleis-

gefordert: Dieser müsse zu 100 % die flüchtlingsbedingten Kosten der KdU erstatten.

Vor dem Hintergrund eines immer weiter zunehmenden Fachkräftemangels stellen sich auch Unternehmerinnen und Unternehmer die Frage, wie sie ihren Beitrag zur Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft leisten können. Neben dem Erwerb der deutschen Sprache sind die Aufnahme einer Arbeit und der Bezug eines eigenen regelmäßigen Erwerbseinkommens die Basis einer gelungenen Integration.

350.000 Flüchtlinge kann laut Studien der deutsche Arbeitsmarkt aufnehmen. „Seit September 2015 unterstützen wir Flüchtlinge bei der Suche nach einem Arbeitsplatz in Berlin und München. Wir kommen zu ihnen in die jeweiligen Unterkünfte, recherchieren Lebens-

Die Erfahrungen der Initiative sind grundsätzlich positiv. Zahlreiche Arbeitnehmer hätten sehr aufgeschlossen und wohlwollend reagiert und ihr Interesse gezeigt. Dabei sprechen nur wenige der Flüchtlinge ausreichendes Deutsch, die meisten seien erst seit wenigen Monaten hier, etwa die Hälfte von ihnen spreche Englisch. Mittlerweile konnten bereits 66 Jobs aus den unterschiedlichsten Bereichen vermittelt werden.

Wie Klugow und Schülen abschließend feststellten, „lassen wir uns trotz mancherlei Fehler nicht entmutigen und machen weiter. Wir sehen uns als langfristige Initiative und sind dabei, uns auf feste Beine zu stellen.“ Überdies ist es ihnen ein großes Anliegen, dass die so erfolgreiche Idee auch weiter transportiert wird. Man freue sich über zahlreiche bundesweite Nachahmer.



Bayerischer Gründerpreis 2016:

Hochmotivierte Gewinner

Im Umfeld der Unternehmerkonferenz zeichneten die bayerischen Sparkassen in Nürnberg die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises aus.

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die Bayerwald Xperium GmbH aus St. Englmar mit ihrem Science-Center Bayerwald Xperium, einem Museum zum Anfassen, geehrt. In der „Welt der Wahrnehmung“ können sich Besucher seit August 2015 spielerisch mit Phänomenen aus vorwiegend naturwissenschaftlichen Bereichen auseinandersetzen. Gemeinsam erforschen sie u. a. die Zusammenhänge von Wellen und Schwingungen, erfahren den Einfluss der Form auf die Stabilität von Brücken und räteln um die Form der schnellsten Rollbahn. Für die Tourismusregion Bayerischer Wald ist die Ausstellung ein weiteres attraktives Ausflugsziel.

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge, hochinnovative Unternehmen Trofilms GmbH aus Georgensgmünd, das mit der Produktion von hochqualitativen Verpackungsfolien innerhalb von drei Jahren zum Marktführer in Europa im Bereich der matten „Hardcoatings“ aufstieg und jetzt den

Weltmarkt ins Visier nimmt. Diese spezielle Bearbeitung von Kaschierfolien, die hauptsächlich in der Druckindustrie eingesetzt werden, gewährleistet mit mehr als 20 Mitarbeitern eine hocheffiziente Weiterverarbeitung und einen makellosen Auftritt am Point of Sale. Das sehr breit aufgestellte Händlernetz des Unternehmens ermöglicht es, innerhalb kurzer Zeit einen flächendeckenden, internationalen Absatz zu realisieren. Seit ihrer Gründung im Mai 2012 erwirtschaftete die Trofilms GmbH einen Umsatz von fast 20 Mio. Euro. Bereits seit dem zweiten Geschäftsjahr schreibt das StartUp-Unternehmen schwarze Zahlen.

BESTE KONZEPTE, ERFOLGREICHE AUFSTEIGER, SUPER STARTUPS

Höchstes Lob bei den Preisrichtern fand als „Aufsteiger“ die SCHEMA Holding GmbH aus Nürnberg. Die Firma entwickelte das hochfunktionelle Content Management System SCHEMA ST4 für die technische Redaktion. Es setzt inzwischen Standards in der Branche. Als einer der führenden Anbieter von XML-Redaktionssystemen kann die SCHEMA Gruppe mit Stolz auf eine sehr gelungene Firmengeschichte zurückblicken. Im Jahr 1995 wurde der Grundstein für ein Unternehmen gelegt, das heute mit mehr als 100 Mitarbeitern und 100 Prozent „made in Franken“ erfolgreich ein weites Kundenspektrum bedient.

Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau setzen SCHEMA ST4 ebenso ein wie Kunden aus den Bereichen Automotive, Informationstechnologie, Elektronik, Medizintechnik und Pharma sowie aus dem Verlagswesen. SCHEMA ST4 bietet alle Funktionen rund um die Erstellung, die Verwaltung, Übersetzung, Qualitätssicherung, Publikation und Distribution von Produktinformationen. Es skaliert dabei von kleinen Redaktionsteams bis hin zur unternehmensweiten Lösung für die Informationslogistik.

In der Kategorie „Nachfolge“ erhielt den Bayerischen Gründerpreis die SD GmbH Klaus Hirsch aus Türkheim im Unterallgäu, die die Unternehmensnachfolge auch in einer schweren Zeit für die Automobilbranche mustergültig von innen regeln konnte. Gegründet 1986 von Klaus Hirsch, trat seine Tochter Alexandra Rosenberg 2008 als Vertreterin der zweiten Generation in die Geschäftsleitung ein und arbeitete zunächst eng mit ihrem Vater zusammen, der sich aber nach 30 Jahren Unternehmensleitung zur Ruhe setzte.

Im Jahr 2009, in der Wirtschaftskrise, hat SD Hirsch investiert und die Automatisierung seiner Produktion weiter vorangetrieben, beispielsweise in Anlagen für robotergestütztes Biegen. So verfügt das Unternehmen heute über einen sehr hohen Automatisierungsgrad. SD Hirsch hebt sich besonders mit der Biegetechnologie mit eigenen Maschinen, die für den jeweiligen Kundenauftrag beziehungsweise das jeweilige Kundenprodukt konstruiert werden, vom Markt ab. Das Unternehmen hat qualifizierte Fertigungstechniker, die die eigenen Werkzeuge automatisiert in Serie bringen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Optimierung von Produktionsmethoden und -effizienz gelegt.

**BAYERISCHE
GemeindeZeitung**

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Brigitte Aiblinger, Sparkassenverband Bayern

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

VERANTWORTUNGSBEWUSSTES UNTERNEHMERTUM

In diesem Jahr wieder doppelt vergeben wurde der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln. Im Bereich „Soziales Engagement“ ging die Auszeichnung an die Stiftung Bunter Kreis aus Augsburg, eine innovative Sozialeinrichtung an der Kinderklinik des Klinikums Augsburg. Die Stiftung betreut Familien mit chronisch-, krebs- und schwerstkranken Kindern in der Nachsorge rund um einen Klinikaufenthalt. Als bundesweit erste ihrer Art ist sie Modell für inzwischen mehr als 50 Einrichtungen. Neben dem Nachsorgezentrum in Augsburg gibt es zwei Außenstellen in Kempten und Memmingen. 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten jährlich rund 2.000 betroffene Familien auf ihrem schweren, oft langwierigen Weg.

Die Stiftungsarbeit wird nur zu 50 Prozent von Krankenkassen und öffentlichen Trägern gedeckt. Für den Rest ist der Bunte Kreis auf Spenden- und Sponsorengelder angewiesen. Deswegen wurde mit hoher Professionalität ein erfolgreiches Spendenmarketing aufgebaut und ein Sponsorenpool gewonnen, zu dem als Förderer der ersten Stunde auch die Kreissparkasse Augsburg zählt.

Mit dem zweiten Sonderpreis „Unternehmen für die Region“ bedacht wurde die Rapunzel Naturkost GmbH aus Legau im Unterallgäu. Über 40 Jahre ist das international tätige Unternehmen seiner Grundidee treu geblieben: kontrolliert biologische, naturbelassene und vegetarische Lebensmittel herzustellen und fair zu handeln. Heute umfasst das Sortiment ca. 550 Produkte. Zum Kernsortiment gehören Teigwaren, Speiseöle, Schoko-



Vizepräsident Roland Schmautz überreichte den Gebrüder Peter, Paul und Hans Segmüller die Auszeichnung für ihr Lebenswerk (v.l.).

laden und Kaffee. Die Hälfte dieser Produkte wird in Legau hergestellt oder verarbeitet.

PRODUKTQUALITÄT ALS OBERSTES PRINZIP

Produktqualität hat bei Rapunzel höchste Priorität. Von Anfang an setzte sich der Bio-Pionier für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein. Daraus sind eigene Anbauprojekte entstanden. Zudem fühlt man sich weltweit den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, fairer Preise und Sicherheit für den Rohstofflieferanten verantwortlich. Deshalb gründete der Naturkosthersteller Anfang der 1990er Jahre ein eigenes Fairhandels-Programm mit dem Namen HAND IN HAND.

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielten die drei Brüder Hans, Peter und Paul Segmüller, die in jeweils über 40 Jahren Unternehmertätigkeit ein gemeinsames Lebenswerk geschaffen haben. Sie haben die Hans Segmüller Polstermöbelfabrik GmbH & Co. KG als familiengeführtes Unternehmen in der Spitzengruppe der deutschen Einrich-

tungsbranche positioniert. Ihre innovativen Konzepte für modernste Einrichtungshäuser sind bis heute wegweisend für die Branche.

BODENSTÄNDIGES FAMILIENUNTERNEHMEN

Trotz aller Expansionen ist Segmüller aber kein anonymer Konzern geworden, sondern ein bodenständiges Familienunternehmen geblieben, das seine Verbundenheit zu Bayern wahrt. Die Segmüllers haben ihre wirtschaftlichen Freiräume immer verbunden mit sozialer Verantwortung für die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Region, in der ihr Familienunternehmen seine Wurzeln hat.

Die drei Söhne des Firmengründers Hans Segmüller senior, der sich mit der Produktion hochwertiger Polstermöbel bereits einen Namen gemacht hatte, wuchsen schon in jungen Jahren in ihre jeweiligen unternehmerischen Aufgaben hinein und führten gemeinsam mit dem Vater die kleine aber feine Polstermöbelfabrikation im bayerischen Friedberg bei Augsburg fort.



Mehr als 1.300 Teilnehmer besuchten dieses Jahr die Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen im NCC der NürnbergMesse.

Der Bau des ersten großen Einrichtungshauses am Standort Friedberg im Jahr 1980 stellte letztlich den Startschuss der Expansion hin zum heutigen Handelsunternehmen dar. Mit ihrer Leidenschaft rund um das Thema Wohnen hatten die Brüder dabei stets das richtige Gespür für die Moden und Trends der jeweiligen Zeit und verfolgten mit großem Engagement ihre Vision, einen Möbelkauf zum Erlebnis werden zu lassen. Heute zählen insgesamt sieben Filialen und fünf Logistikzentren zum Unternehmen, das rund 4.000 Mitarbeiter beschäftigt und zu den Top-Ten des deutschen Möbelhandels gehört.